

Bekanntmachung der Universitätsstadt Siegen

Die 4. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses findet am

Mittwoch, 01.09.2021, 16:00 Uhr,

in der Siegerlandhalle, Koblenzer Straße 151, 57072 Siegen, im Leonhard-Gläser-Saal, statt.

A. ÖFFENTLICHE SITZUNG

1. Hinweise zur Niederschrift über die Sitzung vom 09.06.2021
2. Fragestunde
3. Anträge gemäß § 9 der Geschäftsordnung
4. Anregung/Beschwerde gem. § 24 GO NW
hier: Antrag auf Errichtung einer Lichtsignalanlage in Höhe Freiengründer Straße vom 08.06.2021
5. Kenntnisnahme der über- und außerplanmäßigen Aufwendungen/Auszahlungen des 1. und 2. Quartals 2021
6. Gesamtabschluss für das Haushaltsjahr 2020
Hier: Verzicht auf die Aufstellung gemäß § 116a GO NRW
7. RWE-Aktien der Stadt Siegen
8. Bericht über den Haushaltsvollzug per 30.06.2021
9. Maßnahmen zur Radverkehrsförderung, Erstellung "Strategischer Rahmenplan Radverkehr"
10. Satzung der Stadt Siegen über die Aufhebung von Festsetzungen für gemeinschaftliche Angelegenheiten des Flurbereinigungsverfahrens Langenholdinghausen 27591 (L. 422)
11. Förderprojekt Fischbacherberg – Erfahrungsfeld Schön und Gut: Deckung voraussichtlicher Mehrkosten, aufgrund aktueller Preissteigerungen im Baugewerbe.
12. Sofortmaßnahmen: Klimaneutraler Gebäudebetrieb 2040
13. Mittelbereitstellung für das Außengelände der zukünftigen DRK-Kita Breitscheidsstraße
14. Verteilung der Fördermittel zur Flexibilisierung der Betreuungszeiten nach § 48 KiBiz für den Zeitraum 01.08.2020 bis 31.07.2024

15. Schulentwicklungsplanung 2020/2021 - 2024/2025
- Teilplanung Gymnasien -

B. NICHTÖFFENTLICHE SITZUNG

1. Hinweise zur Niederschrift über die Sitzung vom 09.06.2021
2. Wichtige Verwaltungsangelegenheiten
3. Personalangelegenheiten
4. Städtebauförderung "Stadtumbau West Geisweid"/„Wachstum und nachhaltige Erneuerung .- Siegen-Geisweid“
5. VERSCHIEDENES
6. MITTEILUNGEN AN DIE PRESSE

Alle Informationen sind auch im Ratsinformationssystem der Stadt Siegen unter www.siegen.de abrufbar.

Siegen, 20.08.2021

Der Bürgermeister

ÖFFENTLICHE NIEDERSCHRIFT

über die 4. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses

vom: 01.09.2021
von: 16:00 Uhr
bis: 17:25 Uhr
Ort: Siegerlandhalle, Koblenzer Straße 151,
57072 Siegen, Leonhard-Gläser-Saal

Anwesend waren:

Vom Haupt- und Finanzausschuss:

Bürgermeister Mues, Steffen	als Vorsitzender
Stv Boller, Joachim	
Stv Groß, Michael	
Stv Keßler, Silvia	
Stv Klein, Henning	
Stv Klein, Marc	
Stv Langer, Günther	vertritt Bertelmann, Hans-Günter
Stv Molzberger, Adhemar	
Stv Rujanski, Detlef	
Stv Schiltz, Ingmar	
Stv Shirley, Julia	
Stv Sondermann, Christian Paul	
Stv Tigges, Johannes	
Stv Walter, Klaus Volker	
Stv Weber, Frank	

Als Zuhörer im nichtöffentlichen Teil:

s. B. Hellwig, Raimund

Von der Verwaltung:

StBR Schumann

StR Fries
Kauf. Betriebsleiter ESi Quandel
Städt. BD Schreiber
Städt. VD Erner
Städt. VD Werthenbach
VA Dr. Schutz
StAR Münker

Schriftführung

Nicht anwesend waren:

Stv Bertelmann, Hans-Günter vertreten durch Stv Langer, Günther
Stv Steffe, Roland
Stv Wittenburg, Samuel

A. ÖFFENTLICHE SITZUNG

Der öffentliche Teil wird ergänzt um den nachgereichten Punkt 16.

1. Hinweise zur Niederschrift über die Sitzung vom 09.06.2021

Es werden keine Hinweise vorgebracht.

4. HFA 01.09.2021

2. Fragestunde

Es wurden keine Anfragen eingereicht.

4. HFA 01.09.2021

3. Anträge gemäß § 9 der Geschäftsordnung

Es liegen keine Anträge vor.

4. HFA 01.09.2021

**4. Anregung/Beschwerde gem. § 24 GO NW
hier: Antrag auf Errichtung einer Lichtsignalanlage in Höhe Freigründer Straße
vom 08.06.2021**

Vorlage Nr. VL 471/2021

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss des Rates der Universitätsstadt Siegen bestätigt, gem. Ziff. 4 a) der Anlage II zur Hauptsatzung der Stadt Siegen, die Stellungnahme des Bürgermeisters und erklärt aufgrund der Ausführungen die Anregung/Beschwerde der Anwohner der "Freiengründer Straße" zurück in den Bauausschuss und Verkehrsausschuss zu verweisen.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

4. HFA 01.09.2021

5. Kenntnisaufnahme der über- und außerplanmäßigen Aufwendungen/Auszahlungen des 1. und 2. Quartals 2021

Vorlage Nr. VL 452/2021

=> *Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt die über- und außerplanmäßigen Aufwendungen/Auszahlungen des 1. und 2. Quartals des Haushaltsjahres 2021 zur Kenntnis.*

4. HFA 01.09.2021

**6. Gesamtabchluss für das Haushaltsjahr 2020
Hier: Verzicht auf die Aufstellung gemäß § 116a GO NRW**

Vorlage Nr. VL 455/2021

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt, auf die Aufstellung eines Gesamtabchlusses für das Haushaltsjahr 2020 zu verzichten. Der Beschluss steht unter dem Vorbehalt, dass das Vorliegen der Voraussetzungen hierfür auf Grundlage der relevanten Jahresabschlüsse der Jahre 2019 und 2020 der Stadt Siegen und ihrer vollkonsolidierungspflichtigen Tochterunternehmen bestätigt wird.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

4. HFA 01.09.2021

7. RWE-Aktien der Stadt Siegen

Vorlage Nr. VL 459/2021

Frau Shirley wiederholt die langjährige Kritik der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen an der Geschäftspolitik der RWE AG, die in keinsten Weise den Forderungen nach Natur- und Klimaschutz entspricht. Darüber hinaus erhalten die Vorstände hohe Entschädigungen zu Lasten

der Steuerzahler. Vor diesem Hintergrund ist es nicht richtig, dass die Stadt Siegen durch die Dividenden profitiert.

Herr Weber verweist entgegenend darauf hin, dass es nicht darum geht, das Geschäftsgebahren ideologisch zu bewerten sondern um den rein finanziellen Faktor.

Herr Boller ist der Meinung, dass die Stadt Siegen durchaus ihre Verantwortung wahrnehmen und sich in der Aktionärsversammlung entsprechend gegen die Geschäftspolitik positionieren sollte.

Herr Schiltz verweist auf die Verantwortung des Rates für die städtischen Finanzen. Es wäre fahrlässig, Aktien unter Wert zu verkaufen.

=> *Der Haupt- und Finanzausschuss des Rates der Stadt Siegen nimmt den Bericht zur weiteren Entwicklung des RWE-Konzerns und des Kurses der RWE-Aktie zur Kenntnis.*

4. HFA 01.09.2021

8. Bericht über den Haushaltsvollzug per 30.06.2021

Vorlage Nr. VL 479/2021

=> *Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt den Bericht über den Haushaltsvollzug per 30.06.2021 zur Kenntnis.*

4. HFA 01.09.2021

9. Maßnahmen zur Radverkehrsförderung, Erstellung "Strategischer Rahmenplan Radverkehr"

Vorlage Nr. VL 481/2021

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen begrüßt nach Aussage von Herrn Boller im Grunde die Maßnahmen, auch wenn im Detail Kritik geäußert wird. So werden zum Beispiel die Planungsgrundlagen für veraltet und daher für falsch gehalten. Der anzustrebende Anteil des Radverkehrs ist gegenüber der Zielsetzung des Landes - 8% gegenüber 25% - sehr zurückhaltend. Um die Umsetzung der Maßnahmen in einem zeitlich akzeptablen Rahmen zu ermöglichen, müssten insbesondere in der Anfangsphase deutlich mehr Planungskapazitäten zur Verfügung stehen. Er befürchtet, dass die zeitliche Umsetzung bis 2022/2023 nicht möglich sein wird, zumal sich bei Hinzuziehung externer Büros die Zeitschiene zusätzlich verlängern würde. Dennoch sollten Maßnahmen, wo immer möglich, umgesetzt werden. In diesem Zusammenhang hält der den Zeitraum zwischen der letzten Mobilitätsbefragung im Jahr 2017 und der nächsten für 2025 geplanten für zu groß, um Entwicklungen richtig einordnen zu können.

Auf die Nachfrage von Herrn Schiltz zur Besetzung der Stelle des Radverkehrsplaners hält Frau Schreiber fest, dass diese besetzt, dessen Nachfolge in der Abteilung Straßenunterhaltung aber noch nicht geklärt ist. Im Übrigen sind auch, soweit zur Forderung von Herrn Boller nach mehr Planungskapazitäten, auch die anderen Mitarbeitenden in der Abteilung engagiert und in der Lage, Radwege zu planen.

Bürgermeister Mues weist darauf hin, dass im Tagesgeschäft viele Kleinigkeiten, wie zum Beispiel die Notwendigkeit von Kampfmittelverdachtsuntersuchungen oder Umweltaspekte die Planung verzögern. Zudem ist es nicht einfach, eine Infrastruktur für den Radverkehr, dessen Akzeptanz als Verkehrsmittel sich rasant entwickelt hat, in vorhandene Strukturen mit den topografischen Gegebenheiten einzupassen.

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Universitätsstadt Siegen nimmt die Darstellung zum Radverkehr und die damit verbundenen strukturierten Ausbauplanungen der Radverkehrsinfrastruktur zur Kenntnis.

Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt die Ausarbeitung eines gesamtstädtischen „Strategischen Rahmenplan Radverkehr“ zum Ausbau der Radinfrastruktur unter Berücksichtigung der erarbeiteten oder in Erarbeitung befindlichen Konzepte und Planungen.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

4. HFA 01.09.2021

10. Satzung der Stadt Siegen über die Aufhebung von Festsetzungen für gemeinschaftliche Angelegenheiten des Flurbereinigungsverfahrens Langenholdinghausen 27591 (L. 422)

Vorlage Nr. VL 378/2021

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt folgende Satzung:

Satzung der Stadt Siegen über die Aufhebung von Festsetzungen für gemeinschaftliche Angelegenheiten des Flurbereinigungsverfahrens Langenholdinghausen 27591 (L. 422);
Aufhebung der Zweckwidmung für einen Teilbereich des Wirtschaftsweges Gemarkung Meiswinkel Flur 2 Flurstück 23

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

4. HFA 01.09.2021

11. Förderprojekt Fischbacherberg – Erfahrungsfeld Schön und Gut: Deckung voraussichtlicher Mehrkosten, aufgrund aktueller Preissteigerungen im Baugewerbe.

Vorlage Nr. VL 469/2021

Beschlussvorschlag:

Der Haupt- und Finanzausschuss des Rates der Universitätsstadt Siegen beschließt, weil es sich um einen Fall von Dringlichkeit handelt, gem. § 60 Absatz 1 Satz 1 GO NRW:

1. dass die Stadt Siegen im Falle von auftretenden Mehrkosten zur baulichen Umsetzung des Projektes Fischbacherberg – Erfahrungsfeld Schön und Gut die zusätzlichen Kosten bis zu einer maximalen Höhe von 240.000 € aus ihren Haushaltsmitteln bezahlen wird.
2. die Bereitstellung einer außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung gemäß § 85 Abs. 1 GO NRW in Höhe von 400.000 € auf „T090201080/7851000 – Erfahrungsfeld Fischbacherberg/Auszahlung für Hochbaumaßnahmen“. Die Deckung erfolgt durch Nichtinanspruchnahme der Verpflichtungsermächtigung bei der Investitionsmaßnahme T120204084 – Kreisverkehr Schleifmühlchen.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

4. HFA 01.09.2021

12. Sofortmaßnahmen: Klimaneutraler Gebäudebetrieb 2040

Vorlage Nr. VL 379/2021

Bezug nehmend auf den Wortbeitrag von Herrn Boller erläutert Herr Schumann die Überlegungen der Verwaltung, den Standard KfW55 bei der Sanierung von Bestandsgebäuden nicht festzuschreiben, da dazu zunächst sehr spezielle Fachkenntnisse erforderlich sind. Sowohl in diesen Fällen, als auch bei der Erweiterung vorhandener Gebäude ist abzuwägen, wie sich Energiesparmaßnahmen auf die vorhandene Bausubstanz auswirken.

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt, wie von der Verwaltung vorgeschlagen, bis zur Verifizierung durch die Roadmap/Fahrplan „Klimaneutraler Gebäudebetrieb 2040“ folgende Sofortmaßnahmen:

1. sich zunächst der Definition des EU-Parlaments zur Klimaneutralität anzuschließen.
2. Neubauten (auch Anbauten im Bestand) der Stadt Siegen mindestens im Passivhausstandard zu errichten. (vorbehaltlich Einzelfallfestlegungen für besondere Gebäude, wie etwa Schwimmbäder, Veranstaltungsgebäude)
3. die CO₂-neutrale Wärmeversorgung der Liegenschaften anzustreben (fossile Wärmeerzeuger sind nur in technisch zuvor begründeten Einzelfällen zulässig) und verfügbare Fördermittel bei jeder Heizungssanierung zu beantragen.

4. bei allen Neubauten und Dachsanierungen die solare Nutzung der Dachfläche verpflichtend umzusetzen, entweder in Eigenregie oder mit Hilfe eines externen Dienstleisters, welcher den Strom aus der Anlage an die Stadt direkt liefert. Die **Maximalauslegung** („Maximalauslegung bedeutet die Dachflächen abzüglich der Flächenanteile des Daches, die wegen Verschattung, Dachaufbauten, Dachfenstern, anderer Dachnutzungen oder Ausrichtung nach Norden (Himmelsrichtungen zwischen Ostnordost und Westnordwest) nicht genutzt werden können) der Anlagen ist anzustreben, wo möglich in Kombination mit einer Dachbegrünung.
5. schon jetzt Kompensationsmaßnahmen anzugehen und diese bilanziell zu erfassen.
6. dass die Kompensation von Emissionen zunächst vorrangig innerhalb des Stadtgebietes und erst nachrangig außerhalb des Stadtgebietes erfolgen muss.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Universitätsstadt Siegen spricht sich dafür aus, die vorstehenden Beschlüsse auch auf die KEG anzuwenden.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

4. HFA 01.09.2021

13. Mittelbereitstellung für das Außengelände der zukünftigen DRK-Kita Breitscheidstraße

Vorlage Nr. VL 444/2021

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt, dem DRK-Kreisverband Siegen-Wittgenstein als zukünftigen Träger der Kita Breitscheidstraße einen freiwilligen Zuschuss zur Herrichtung des Außenspielgeländes in Höhe von 25.000,00 € zu gewähren.
Die erforderlichen Mittel werden im Haushaltsplan 2022 eingestellt.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

4. HFA 01.09.2021

14. Verteilung der Fördermittel zur Flexibilisierung der Betreuungszeiten nach § 48 KiBiz für den Zeitraum 01.08.2020 bis 31.07.2024

Vorlage Nr. VL 465/2021

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt:

1. Die Förderung der seit 01.08.2020 im Projekt „Flexibilisierung von Betreuungszeiten“ gemäß § 48 KiBiz befindlichen 4 Tageseinrichtungen für Kinder wird längstens bis zum 31.07.2024 fortgesetzt.
2. Gefördert werden die in Punkt 2 der Vorlage genannten Angebote.
3. Die Angebote werden prozessbegleitend evaluiert. Über die Entwicklung der Angebote wird dem Jugendhilfeausschuss im Rahmen der jährlichen Bedarfsplanung berichtet.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

4. HFA 01.09.2021

**15. Schulentwicklungsplanung 2020/2021 - 2024/2025
- Teilplanung Gymnasien -**

Vorlage Nr. VL 413/2021

Vorlage Nr. VL 413/2021 A

Herr Schmidt erläutert, dass die Verwaltung den Prüfauftrag des Fachausschusses in der Sommerpause mit dem in der Ergänzungsvorlage dargestellten Ergebnis abgearbeitet hat. Aktuell hat die Bezirksregierung ihre Zustimmung dazu signalisiert. Er betont, dass die Frage, inwieweit eine sukzessive auslaufende Schule bis zum letzten Jahrgang vollumfänglich in Betrieb bleiben wird, nicht beantwortet werden kann. Diesbezüglich liegt die Zuständigkeit bei der Schulaufsicht.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen begrüßt die Vorschläge, erklärt Herr Groß, wenn es auch immer sehr schwierig ist, über die Schließung einer Schule zu befinden. Er stellt heraus, dass es um eine rein faktenbasierte Entscheidung aufgrund der Anmeldezahlen geht und damit keine inhaltliche Bewertung des pädagogischen Konzeptes am Peter-Paul-Rubens-Gymnasium (PPR) verbunden ist. Es zeichnete sich in der Schulentwicklungsplanung bereits seit geraumer Zeit ab, dass das gymnasiale Angebot in der Stadt Siegen über dem Bedarf liegt. Auch seine Fraktion ist der Meinung, dass der Schulstandort Rosterberg mittelfristig erhalten werden sollte und sich für eine in der Diskussion stehende vierte Gesamtschule anbieten würde.

Die Verwaltung sieht den Standort als einen der besten im Stadtgebiet und möchte diesen für eine schulische Nutzung erhalten, so Herr Schmidt. Bezüglich einer weiteren Gesamtschule besteht jedoch eine gewisse Skepsis hinsichtlich der rechtlichen Anforderungen.

Die FDP-Fraktion hatte sich im Fachausschuss für eine Verlängerung des Anmeldeverfahrens eingesetzt, so Herr Walter, um dem PPR noch eine Chance zu geben. Große Sorge bereitet

auch der Vorschlag, die Zahl der auswärtigen Schüler zu begrenzen, was vor allem zu Lasten des Gymnasiums Auf der Morgenröthe (GAM) gehen würde. Daher hatte die FDP vorge schlagen, das PPR mit dem GAM am Standort Morgenröthe zu fusionieren. Mit diesem und den weiteren im Schulausschuss vorgelegten Vorschlägen könnte nach Auffassung seiner Fraktion auf Dauer Ruhe im Schulsystem erreicht werden. Die Bedenken und Vorschläge fanden aber weder im Fachausschuss noch in der Verwaltung Gehör.

Zwischenzeitlich habe die Schulverwaltung kurzfristig ihre Einschätzung zum Raumangebot am Löhrtor-Gymnasium und am GAM revidiert, was die Vorbereitung in der Politik und die Diskussion mit den Schulen erheblich erschwert habe. Auch der heute vorliegende Vorschlag war bisher nicht abgesprochen.

Im Übrigen bitte die Fraktion um eine Aussage im Protokoll, ob ab dem Schuljahr 2023/2024 am PPR noch Schüler in die Oberstufe aufgenommen werden.

Er geht davon aus, dass für die nächsten Jahre Unruhe im Schulsystem bestehen wird, wenn die Mehrheit so wie vorgeschlagen entscheiden sollte. Er appelliert, die Schulausschusssitzung am 14.09.2021 abzuwarten und dort noch einmal zu beraten.

Herr Schmidt entgegnet, dass vielmehr die vielen Vorschläge und Prüfaufträge zu Unruhe bei den potenziell Betroffenen geführt haben. Die Vorschläge der FDP-Fraktion hätten bedeutet, zwei Gymnasien und zwei Realschulen zu schließen sowie zwei Neugründungen zu organisieren. Diese Problematik wurde im Fachausschuss erkannt und nicht befürwortet. Er weist auch den Vorwurf zurück, die Schulverwaltung habe nicht ordentlich gearbeitet. Die Verwaltung habe einen aus ihrer Sicht gut begründeten Vorschlag vorgelegt. Die Mehrheit im Fachausschuss hatte dagegen andere Vorstellungen, die entsprechend in kürzester Zeit in den Sommerferien geprüft wurden mit vorliegendem Ergebnis. Aufgrund des engen Zeitfensters wurde es in Absprache mit dem Vorsitzenden als vertretbar angesehen, die Beratung im Fachausschuss nach der der heutigen Beratung vorzusehen.

Herr Weber weist die Aussage von Herrn Walter zurück, CDU und SPD wollten die Schule schließen. Es gehe nur um die Notwendigkeit aufgrund der Anmeldezahlen.

Herr Schiltz stellt positiv heraus, dass die Verwaltung und die Schulen den Prüfauftrag in den Sommerferien zügig abarbeiten konnten. Es liegt nun ein Kompromiss vor, der eine breite Zustimmung ermöglicht und mit dem alle Beteiligten in den nächsten Jahren agieren können und mit dem alle die Betreuung in Anspruch nehmen können, für die sie sich entschieden haben. Er teilt jedoch die Skepsis, dass auch der jetzige (letzte) Einschulungsjahrgang das Abitur am PPR ablegen können wird. Angesichts der seit mindestens 10 Jahren geführten Diskussion über die Überkapazitäten bei den Gymnasien hat er kein Verständnis für die ad hoc vorgelegten, weitreichenden Vorschläge der FDP-Fraktion und erachtet das Vorgehen als Kontraproduktiv, insbesondere für die davon potenziell betroffenen Schulen. Er betont abschließend, dass die aktuelle Entscheidung fachlich in keinem Zusammenhang mit dem Prüfauftrag für eine weitere Gesamtschule steht, wenngleich die Diskussion in dieser Richtung nicht ausbleiben wird.

Herr Langer unterstreicht die Aussage seiner Vorredner, dass die Entscheidung über das Auslaufen der Schule kein Urteil zur Qualität des pädagogischen Konzeptes beinhaltet. Es ist eine schwere Entscheidung, die sich aber aus Fakten ergibt. Da noch keine Gelegenheit bestand, die Ergänzungsvorlage in der Fraktion zu beraten wird er sich bei der Abstimmung enthalten.

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt die nachstehenden Maßnahmen.

1. Das Ganztagsgymnasium Peter-Paul-Rubens-Gymnasium, Rosterstraße 143, 57074 Siegen, nimmt am Anmeldeverfahren des Schuljahres 2022/2023 nicht mehr teil. Die Schule wird ab dem Schuljahr 2022/2023 (01.08.2022) sukzessive aufgelöst.
2. Für die Gymnasien wird gemäß § 46 Abs. 6 Schulgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen (Schulgesetz NRW – SchulG) festgelegt, dass Schülerinnen und Schülern, die in ihrer Gemeinde eine Schule der gewählten Schulform Gymnasium im Sinne des § 10 SchulG besuchen können, die Aufnahme verweigert wird, wenn die Zahl der Anmeldungen die Aufnahmekapazität der Schule übersteigt.
3. Die Zügigkeit der dann drei städtischen Gymnasien wird ab dem Schuljahr 2022/2023 auf insgesamt 10 Züge, je 3 Züge am Fürst-Johann-Moritz-Gymnasium und Gymnasium Auf der Morgenröthe sowie 4 Züge am Gymnasium Am Löhrtor, festgelegt.

Für die schulorganisatorischen Maßnahmen nach Ziff. 1 und 3 ist das Genehmigungsverfahren nach § 81 Abs. 3 SchulG einzuleiten.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 2 Enthaltungen (UWG, FDP)

4. HFA 01.09.2021

16. Rückbau Weißwehr Lothar-Irle-Straße: Deckung von Mehrkosten

Vorlage Nr. VL 507/2021

Beschlussvorschlag:

Der Haupt- und Finanzausschuss des Rates der Universitätsstadt Siegen beschließt, weil es sich um einen besonderen Fall von Dringlichkeit handelt, gem. § 60 Absatz 1 Satz 1 GO NRW:

Die Bereitstellung einer außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung gem. § 85 GO NRW in Höhe von 320.000,- € für die Vergabe der submittierten Bauleistungen Bauarbeiten „**Rückbau Weißwehr Lothar-Irle Straße**“ Die Deckung erfolgt durch Nichtinanspruchnahme der Verpflichtungsermächtigung bei der Investition T 130203017 -Verrohrung Hofbach-.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

4. HFA 01.09.2021

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich: 4
Bereich: Straßen- und Verkehrsplanung
Bearbeitet von: Herr Hinkel

Siegen, 05.08.2021

Beratungsfolge: ☒ öffentlich ☐ nichtöffentlich

Haupt- und Finanzausschuss

01.09.2021

Kurzbezeichnung:

Anregung/Beschwerde gem. § 24 GO NW

**hier: Antrag auf Errichtung einer Lichtsignalanlage in Höhe Freigründer Straße
vom 08.06.2021**

Beschlussvorschlag:

Der Haupt- und Finanzausschuss des Rates der Universitätsstadt Siegen bestätigt, gem. Ziff. 4 a) der Anlage II zur Hauptsatzung der Stadt Siegen, die Stellungnahme des Bürgermeisters und erklärt aufgrund nachstehender Ausführungen die Anregung/Beschwerde der Anwohner der "Freigründer Straße" zurück in den Bauausschuss und Verkehrsausschuss zu verweisen.

Sachverhalt / Begründung:

Die Anregung/Beschwerde der Anwohner der "Freigründer Straße" erfüllt die Voraussetzungen des § 24 GO NW.

Die Petenten sind Anwohner der "Freigründer Straße" und regen an, an Stelle des beschlossenen Fußgängerüberwegs in Höhe des Hauses Freigründer Straße Nr. 129 die Querungshilfe als Lichtsignalanlage auszubilden.

1. Historie

Mit Beschluss des Verkehrsausschusses vom 15.05.2019 wurde die Verwaltung beauftragt in der Freigründer Straße Höhe Einmündung Wiedthalstraße die Möglichkeit eines Fußgängerüberweges zu prüfen.

Grundlage der Anregung/Beschwerde gemäß § 24 GO NW ist die Verwaltungsvorlage 102/2020 „Fußgängerüberweg Freieingränder Straße – Wiedthalstraße“ und entsprechender Anlage 1 vom 26.11.2020.

In der Vorlage 102/2020 ist zusätzlich zu dem Prüfauftrag des Verkehrsausschusses auch die Möglichkeit der Einrichtung einer Lichtsignalanlage geprüft worden. Die Empfehlung der Verwaltung war die Einrichtung eines Fußgängerüberweg. Der Bau- und der Verkehrsausschuss haben entsprechend dem Beschlussvorschlag einstimmig für den Fußgängerüberweg entschieden.

2. Anregung/Beschwerde

Die Anwohner und Anwohnerinnen baten im Nachgang zur Beschlussfassung die Fachabteilung 4/1 um einen Ortstermin. Dieser ist am 31.05.2021 wahrgenommen worden und den Anliegern und Anliegerinnen ist die Planung erklärt und Fragen beantwortet worden. Die Anregung/Beschwerde gemäß § 24 GO NW mit entsprechender Begründung seitens der Anlieger und Anliegerinnen liegt der Vorlage als Anlage 1 bei.

3. Stellungnahme des Bürgermeisters

Im Folgenden wird Bezug genommen auf die eingebrachten Anmerkungen zum Fußgängerüberweg der Anlage 1:

Zu 1.: Gemäß Richtlinie für die Anlage und Ausstattung von Fußgängerüberwegen (R-FGÜ) sind Fußgängerüberwege auf Straßenabschnitten zulässig sofern maximal 50 km/h als Höchstgeschwindigkeit zugelassen sind. Dies ist in diesem Straßenabschnitt der Fall. Diese Höchstgeschwindigkeit ist gemäß R-FGÜ **hinreichend** einzuhalten. Durch den zusätzlichen Hinweis auf den FGÜ durch ein Blinklicht (siehe zu 2. und Beschlusslage), sowie den Hinweis auf verengte Fahrstreifen durch Zeichen 121 vor dem FGÜ, sieht die Fachabteilung unter Berücksichtigung unter anderem des § 1 der Straßenverkehrsordnung (StVO) die Einrichtung eines FGÜ in diesem Bereich als zulässig an. Durch diese Vorhinweise und die „Torwirkung“ des FGÜ mit ausreichenden Sichtverhältnissen bei Tempo 50 km/h wird, wie in der Vorlage beschrieben, eine Reduzierung der Geschwindigkeit erwartet.

Zu 2.: Die Sichtverhältnisse sind im Zuge der Planung geprüft worden. Die notwendigen Haltesichtweiten sind gegeben. Zusätzlich ist in beiden Ausschüssen die Beschlusslage erweitert worden, um zusätzlich frühzeitig auf den Fußgängerüberweg hinzuweisen. Das soll durch die zusätzliche Prüfung eines Blinklichtes vor der Kurve, von der Schränke kommend, erfolgen. Die Installation eines solchen Blinklichtes ist möglich.

Zu 3 bis 5.: Die im Schreiben angegebenen 9,0 m Breite ergeben sich aus der notwendigen Fahrbahnbreite für die Begegnungssituation Bus-LKW und der notwendigen Breite der Mittelinsel für den Fußverkehr und geben die Regelbreite an. Gleiches betrifft die Fahrbahnbreite von 3,25m. In der Richtlinie für die Anlagen von Stadtstraßen (RASt 06) sind ebenso Breitenvorgaben für beengte Verhältnisse vorgegeben, die bei der Planung des FGÜ berücksichtigt wurden.

Zu 6.: Ob und wie sehr die Lärmbelastung durch das „Heranschieben“ des Verkehrs an die Bebauung negativen Einfluss hat kann nur durch ein Gutachten beurteilt werden.

Zu 7.: Die An- und Abfahrtssituationen zu den anliegenden Grundstückszufahrten sind im Zuge der Planung überprüft worden. Alle heutigen An- und Abfahrtssituationen sind auch mit Mittelinsel möglich.

Auf die Anmerkungen zu der Lichtsignalanlage (LSA) wird im Detail nicht eingegangen, da weiterhin, wie in der Vorlage 102/2020 beschreiben, die Ausführung der Querungsmöglichkeit in Form einer LSA auch möglich ist.

Die Verwaltung befürwortet weiterhin den Fußgängerüberweg als Vorzugsvariante und schlägt zur erneuten Beratung die Übertragung in den Bauausschuss und Verkehrsausschuss vor.

Finanzielle Auswirkungen ☐ ja ☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objektbezogene Einzahlungen	Abstimmung mit dem Kämmerer <input type="checkbox"/> ist erfolgt. <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen.
34.580,00 Euro		30 %	70 %	

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im Finanzplan	<input type="checkbox"/> im Ergebnisplan	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Kostenträger/ Investitionscode Sachkonto
--	--	-------------------------------	----------------------------------	--

Klimaschutz

Klimarelevanz <input type="checkbox"/> Nein <input checked="" type="checkbox"/> Ja, positiv <input type="checkbox"/> Ja, negativ <input type="checkbox"/> Prüfbedarf	Veränderungen CO₂-Emissionen <input type="checkbox"/> erhebliche Reduktion <input checked="" type="checkbox"/> geringe Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Erhöhung <input type="checkbox"/> erhebliche Erhöhung	Übereinstimmung mit dem Zielen bzw. dem Zielkonzept der Stadt Siegen <input checked="" type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unbekannt	Bestehen alternative Handlungsoptionen? <input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja
Erläuterung Klimarelevanz 			
Begründung (Veränderung / Übereinstimmung / Handlungsoptionen) 			

--

i.V.

gez.

Schumann
Stadtbaurat

Die Verwaltungsvorlage wurde im Rahmen eines Workflows durch die beteiligten Adressaten digital verifiziert und weitergegeben und ist ohne Unterschrift gültig.

Anlage(n):

1. [Anlage 1 Antrag Frau Keßler](#)
2. [Anlage 2 VL 102-2020](#)
3. [Anlage 3 Beschlussfassung](#)

Irle, Pia

Abteilung
Straße und Verkehr

10. Juni 2021

15.06.

4/1 - 1 GL

Vor:	EINGANG	
Gesendet:	BÜRGERMEISTER	
An:	- 9. Juni 2021	
Cc:		
Betreff:		
GB:	PR	
Abt.	INSTITUTE	

Sabine Keßler <sabinek71@icloud.com>
 Dienstag, 8. Juni 2021 12:09
 Bürgermeister, Siegen
 Hans Walter Klein
 Einwand nach Paragraph 24 SGV.NRW zum Fußgängerüberweg
 Freiegründer Straße

GB:	4	FG-Anschut	4/1
der Bitte um			
<input type="checkbox"/>	Rücksprache		
<input type="checkbox"/>	Stellungnahme		
<input checked="" type="checkbox"/>	Antwortschreiben vor Abgang BM		
231 6/21			
<input type="checkbox"/>	VNI Robert	<input checked="" type="checkbox"/>	ER durch Büro BM mit

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

wir, die direkt betroffenen Anlieger der Freiegründer Straße, haben erhebliche Bedenken gegenüber dem
 angedachten Fußgängerüberweg in Höhe des Hauses Freiegründer Straße 129.

Unsere Bedenken betreffen in erster Linie die Verkehrssicherheit der Schulkinder, die dann zukünftig an dieser Stelle
 die vielbefahrene L 531 queren sollen. Aus unserer Sicht ohne ausreichenden Schutz.

Dies wollen wir nachstehend im Detail begründen:

1. Bei der angedachten Stelle für den Fußgängerüberweg (FGÜ) handelt es sich um einen Ortseingangsbereich. Nach der Richtlinie für die Anlage und Ausstattung von Fußgängerüberwegen (R-FGÜ) muss im Bereich des FGÜ die zulässige Geschwindigkeit (hier 50 km/h) zwingend eingehalten werden. Ansonsten sind vor allem in Ortseingangsbereichen geschwindigkeitsdämpfende Maßnahmen vorzusehen. Die angedachte Insel ist wegen der fehlenden Auslenkung und der dadurch zu geringen Dämpfungswirkung nicht als solche anzusehen. Es sind daher latente Gefährdungen durch zu schnell in den Ort fahrende Verkehrsteilnehmer für die querenden Fußgänger zu erwarten.
2. Die Freiegründer Straße verläuft von der Schränke kommend in einer leichten Rechtskurve. Dadurch sind die Sichtverhältnisse auf den FGÜ für den in den Ort fahrenden Verkehr schlecht bzw. nicht ausreichend (vor allem auf die talwärts liegende Wartefläche).
3. Die vorhandene Fahrbahnbreite von 8,10 m reicht für die angedachte Querunginsel nicht aus. Nach der Richtlinie für die Anlage von Stadtstraßen (RASt) müsste hierfür mindestens eine Breite von 9,00 m zur Verfügung stehen.
4. Die angedachte Fahrbahnbreite von 3,05 m reicht nach der RAST für den vorhandenen Verkehr mit einem hohen Lkw-Anteil ebenfalls nicht aus. Hier müssten nach der Richtlinie mindestens 3,25 m vorhanden sein.
5. Durch die angedachte Insel und die zu schmale Fahrbahnbreite würde vor allem der Lkw-Verkehr dicht an den Gehweg und die vorhandene Bebauung geschoben. Hierdurch wird die Sicherheit der den Gehweg benutzenden Fußgänger in hohem Maß gefährdet. Außerdem wäre der Lkw-Verkehr teilweise gezwungen die Entwässerungsrinnen zu benutzen, was bei Regenwetter problematisch werden könnte.
6. Durch das Heranschieben des Verkehrs in Richtung Bebauung wird die Lärmsituation der Anlieger in hohem Maß negativ beeinflusst.
7. Durch die angedachte Insel wird die Zufahrtssituation zu den anliegenden Grundstücken verschlechtert.

Diese aufgezeigten Gefährdungen und Nachteile für die Anwohner würden bei einer Fußgängerlichtsignalanlage (LSA) an gleicher Stelle so nicht auftreten.

1. Bei einer LSA gibt es keine Forderungen (gemäß der Richtlinie für den Bau von Lichtsignalanlagen RILSA) nach einer zusätzlichen Geschwindigkeitsdämpfung am Ortseingang.
2. Eine LSA ist aufgrund des LED-Lichtes deutlich besser aus der Entfernung wahrzunehmen (Vor allem in der dunklen Jahreszeit).
3. Die Sicherheit für querende Fußgänger ist bei einer LSA (vor allem für Schulkinder) deutlich höher anzusetzen als bei einem FGÜ, da hier die Verkehrsregeln nach der Straßenverkehrsordnung deutlich restriktiver sind. Das würden sicher auch die Eltern so sehen, die den Antrag für ihre Kinder auf den Weg gebracht haben. Für eine zusätzlich Sicherheit an dieser Stelle könnte eine auf 2 Sekunden angehobene Allrotzeit sorgen.
4. Durch den Wegfall der Insel entfallen auch alle diesbezüglichen Sicherheitsdefizite, die negative Lärmsituation und das Spritzwasser-/ Schneematschproblem für die Anwohner.
5. Durch die LED-Technik sind moderne LSA's kaum teurer als FGÜ's, da diese ja nach DIN beleuchtet werden müssen.

Daher bitten wir betroffenen Anlieger darum, diese Querungshilfe als Lichtsignalanlage auszubilden. Diesen Alternativvorschlag hatte die Ausschussvorlage ohnehin schon beinhaltet. Aber im Gegensatz

zur jetzt angedachten Lösung würde die LSA auch auf die Zustimmung der Anwohner (und wahrscheinlich auch auf die der Antragsteller) treffen und wäre, wie oben stehend ausgeführt, auch bei bei weitem die sicherere Lösung für die querenden Schulkinder.

Mit freundlichen Grüßen
Die Anwöhner

UNIVERSITÄTSSTADT SIEGEN
Der Bürgermeister

Vorlage Nr.
VL 102/2020

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich: 4
Bereich: Straßenplanung
Bearbeitet von: Herr Hinkel

Siegen, 26.11.2020

Beratungsfolge:

☒ öffentlich

☐ nichtöffentlich

Bauausschuss

10.03.2020

Verkehrsausschuss

09.02.2021

Kurzbezeichnung:

Fußgängerüberweg Freiegründer Straße - Wiedthalstraße

Beschlussvorschlag:

Der Bauausschuss des Rates der Universitätsstadt Siegen beschließt, vorbehaltlich der Finanzierung, den Bau des Fußgängerüberweges Freiegründer Straße auf Höhe Wiedthalstraße gemäß Anlage 1.

Sachverhalt / Begründung:

Mit Beschluss des Verkehrsausschusses vom 15.05.2019 wurde die Verwaltung beauftragt in der Freiegründer Straße Höhe Einmündung Wiedthalstraße die Möglichkeit eines Fußgängerüberweges zu prüfen.

Beschreibung der Maßnahme

Die Einrichtung eines Fußgängerüberweges (FGÜ) in der Freiegründer Straße Höhe Einmündung Wiedthalstraße ist aufgrund der vorhandenen Verkehrsbelastung nur mit einer baulichen Mittelinsel möglich.

Die Einrichtung des FGÜ mit Mittelinsel, den daraus resultierenden zwei 3,05m breiten Fahrstreifen, der markanten Beschilderung des FGÜ und der entsprechenden Beleuchtung hat den Charakter eines Eingangstores. Aufgrund dessen wird erwartet, dass sich die Geschwindigkeiten des Verkehrs in diesem Bereich reduzieren werden.

Beim Queren der Freigründer Straße kann sich der Fußgänger zudem, aufgrund der Mittelinsel, stets auf eine Fahrtrichtung konzentrieren und ist nicht gezwungen beide Fahrtrichtungen gleichermaßen konzentriert zu berücksichtigen.

Der FGÜ wird barrierefrei ausgebaut und entsprechend DIN 67523 beleuchtet.

Im Zuge der Planung und Überprüfung eines Fußgängerüberweges ist auch die Möglichkeit einer Lichtsignalanlage und einer Querungshilfe untersucht worden. Beide Varianten sind umsetzbar aber aus folgenden Gründen werden diese nicht als Vorzugsvariante empfohlen:

Lichtsignalanlage

Bei einer Lichtsignalanlage ist keine Veränderung des Fahrbahnquerschnittes durch eine Mittelinsel erforderlich, die zuvor beschriebene Torwirkung entfällt. Während der Grünzeit für den Kfz-Verkehr ist eine Reduzierung der Geschwindigkeit auf dem Streckenabschnitt somit nicht zu erwarten. Im unmittelbaren Umfeld der Querungsstelle befindet sich zudem die Haltestelle „Wiedthalstraße“. Es wird aufgrund der Erfahrung und Beobachtung befürchtet, dass Schulkinder die Grünzeit nicht abwarten wenn der Bus an der Haltestelle steht und die Straße bei Rot gequert wird.

Querungshilfe

Die Querungshilfe bietet dem Fußgänger keinen Vorrang vor dem motorisierten Individualverkehr und ist lediglich eine ungesicherte Querungsstelle. Diese Art der Quermöglichkeit wird auch im städtischen Leitfaden für barrierefreies Bauen nicht für mobilitätseingeschränkte Menschen vorgesehen. Aufgrund der wenigen Querungsstellen in der Freigründer Straße ist unter Berücksichtigung der Barrierefreiheit und älterer Bürger diese Art der Querung nicht im Sinne der Förderung des Fußverkehrs.

Stellungnahme der Beauftragten für Behindertenfragen der Universitätsstadt Siegen

Der barrierefreie Ausbau des FGÜs entspricht den Vorgaben des Leitfadens Barrierefreies Bauen im Straßenbereich der Universitätsstadt Siegen.

Finanzierung / Kosten

Vergleich FGÜ / LSA / Querungshilfe

FGÜ	LSA	Querungshilfe
34.850,00 € brutto	41.850,00 € brutto	11.750,00 € brutto

Die Kostenschätzung für den Ausbau eines barrierefreien und regelkonformen FGÜ belaufen sich auf 34.850,00 €.

Über die Förderrichtlinie Nahmobilität soll eine Zuwendung beantragt werden. Ein Zuwendungsantrag wird 2021 fristgerecht bis Ende Juni eingereicht.

Die Universitätsstadt Siegen erwartet, dass für die zuvor beschriebene Maßnahme in 2022 eine Zuwendung bewilligt wird. Für die Gesamtkosten in Höhe von 34.850,00 € wird eine

Zuwendung in Höhe von 70 % der zuwendungsfähigen Kosten erwartet. Nach erfolgter Bewilligung und Bereitstellung der Mittel im städtischen Haushalt können die Maßnahmen ausgeführt werden.

Finanzielle Auswirkungen ☒ ja ☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objektbezogene Einzahlungen	Abstimmung mit dem Kämmerer <input type="checkbox"/> ist erfolgt. <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen.
34.850,00 Euro		30 %	70 %	

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im Finanzplan	<input type="checkbox"/> im Ergebnisplan	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Kostenträger/ Investitionscode
				Sachkonto

Klimaschutz

Klimarelevanz <input type="checkbox"/> Nein <input checked="" type="checkbox"/> Ja, positiv <input type="checkbox"/> Ja, negativ <input type="checkbox"/> Prüfbedarf	Veränderungen CO₂-Emissionen <input type="checkbox"/> erhebliche Reduktion <input checked="" type="checkbox"/> geringe Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Erhöhung <input type="checkbox"/> erhebliche Erhöhung	Übereinstimmung mit dem Zielen bzw. dem Zielkonzept der Stadt Siegen <input checked="" type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unbekannt	Bestehen alternative Handlungsoptionen? <input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja
Erläuterung Klimarelevanz Förderung des Fußverkehrs			
Begründung (Veränderung / Übereinstimmung / Handlungsoptionen)			

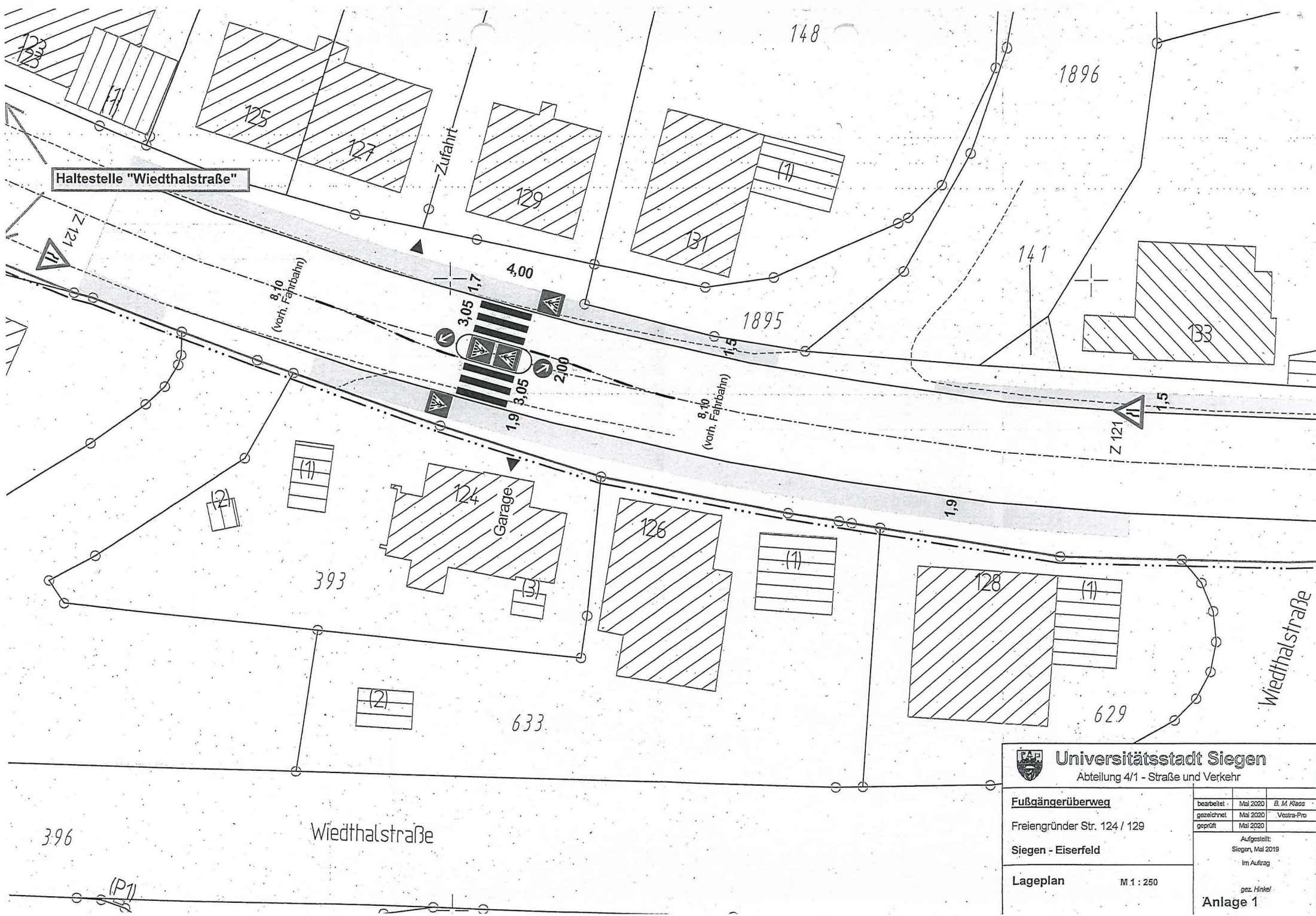
i.A.



Anke Schreiber
Abteilungsleiterin

Anlage(n):

1. FGÜ_Freigründer Straße_Anlage 1




Universitätsstadt Siegen
 Abteilung 4/1 - Straße und Verkehr

Fußgängerüberweg
 Freiengründer Str. 124 / 129
 Siegen - Eisfeld
 Lageplan

bearbeitet	Mai 2020	B. M. Knaas
gezeichnet	Mai 2020	Vestra-Pro
geprüft	Mai 2020	

Aufgestellt:
 Siegen, Mai 2019
 Im Auftrag
 gez. Hinkel

M 1 : 250
Anlage 1

Universitätsstadt
Siegen
Der Bürgermeister

Siegen, 04.05.2021

BESCHLUSS

aus der Sitzung des Bauausschusses vom 10.03.2021

A. ÖFFENTLICHE SITZUNG

10. Fußgängerüberweg Freiengründer Straße - Wiedthalstraße

Vorlage Nr. VL 102/2020

Beschluss:

Der Bauausschuss des Rates der Universitätsstadt Siegen beschließt, vorbehaltlich der Finanzierung, den Bau des Fußgängerüberweges Freiengründer Straße auf Höhe Wiedthalstraße gemäß Anlage 1 der Vorlage VL 102/2021. Seitens der Verwaltung wird geprüft, ob vor dem Fußgängerüberweg ein Blinklicht installiert werden kann, um bereits im Vorfeld auf den Fußgängerüberweg hinzuweisen.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

3. BA 10.03.2021

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich: 3
Bereich: Kämmerei
Bearbeitet von: 3/1-1 Kämmerei

Siegen, 26.07.2021

Beratungsfolge:

☒ öffentlich

☐ nichtöffentlich

Haupt- und Finanzausschuss

01.09.2021

Rat

22.09.2021

Kurzbezeichnung:

Kenntnisnahme der über- und außerplanmäßigen Aufwendungen/Auszahlungen des 1. und 2. Quartals 2021

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen nimmt die über- und außerplanmäßigen Aufwendungen/Auszahlungen des 1. und 2. Quartals des Haushaltsjahres 2021 zur Kenntnis.

Sachverhalt / Begründung:

Nach § 83 GO NRW in Verbindung mit dem Ratsbeschluss über die Zuständigkeitsabgrenzung für die Genehmigung über- und außerplanmäßiger Aufwendungen/Auszahlungen vom 28.11.2001 sind die über- und außerplanmäßigen Aufwendungen/Auszahlungen dem Rat zur Kenntnisnahme vorzulegen, die nicht der vorherigen Zustimmung des Rates bedürfen.

Der Rat hat den Haushalt 2021 am 14.04.2021 beschlossen. Im 1. und 2. Quartal 2021 waren über- und außerplanmäßige Mittelbereitstellungen in Höhe von 16.070,20 € in der Zuständigkeit des Stadtkämmerers erforderlich.

Gemäß § 83 Abs. 1 GO NRW ist die Deckung der über- und außerplanmäßigen Aufwendungen bzw. Auszahlungen durch Minderaufwendungen/-auszahlungen von 16.070,20 € gegenüber der Haushaltsveranschlagung sichergestellt worden.

Finanzielle Auswirkungen ☐ ja ☒ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objektbezogene Einzahlungen	Abstimmung mit dem Kämmerer <input type="checkbox"/> ist erfolgt. <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen.
---------------------------	-----------------------	--------------------------	--	--

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im Finanzplan	<input type="checkbox"/> im Ergebnisplan	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Kostenträger/ Investitionscode Sachkonto
--	--	-------------------------------	----------------------------------	--

Klimaschutz

Klimarelevanz <input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, positiv <input type="checkbox"/> Ja, negativ <input type="checkbox"/> Prüfbedarf	Veränderungen CO₂-Emissionen <input type="checkbox"/> erhebliche Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Erhöhung <input type="checkbox"/> erhebliche Erhöhung	Übereinstimmung mit dem Zielen bzw. dem Zielkonzept der Stadt Siegen <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unbekannt	Bestehen alternative Handlungsoptionen? <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja
Erläuterung Klimarelevanz			
Begründung (Veränderung / Übereinstimmung / Handlungsoptionen)			

In Vertretung

gez.

Wolfgang Cavelius

I. Beigeordneter und Stadtkämmerer

Die Verwaltungsvorlage wurde im Rahmen eines Workflows durch die beteiligten Adressaten digital verifiziert und weitergegeben und ist ohne Unterschrift gültig.

Anlage(n):

1. [apl üpl 1.+2.Quartal 2021.xls](#)

Zusammenstellung der dem Rat bekanntzugebenden über- und außerplanmäßigen Aufwendungen/Auszahlungen im 1. + 2. Quartal 2021:

Kostenträger bzw. Auftrag / Sachkonto	Bezeichnung	HH-Soll einschl. Sollübertra- gungen in €	über- / außer- planmäßige Auszahlung in €	Bemerkung
<u>Konsumtiver Mehraufwand/-auszahlungen</u>				
03010600/ 5291020	Gymnasien allgemein/ Gutachter-/Beratungskosten	0,00	3.070,20	Für die Begutachtung von Schäden an 86 iPad Pro-Geräten im Rahmen der extern vorgenommenen Ersteinrichtung wurden außerplanmäßige Mittel bereitgestellt, die durch Minderausgaben bei 03010600/ 5255000 - Gymnasien allgemein/ Unterhaltung sonstiges bewegliches Vermögen - gedeckt wurden.
<u>Investive Mehrauszahlungen</u>				
V030108100/ 7853000	Bertha-von-S. Gesamtschule, Beachvolleyballanlage/ Betriebsvorrichtungen	25.146,36	13.000,00	Insbesondere durch Mengenmehrungen bei den Erdbaupositionen sowie den Kosten für den Stromanschluss ergaben sich Mehrausgaben, die durch Minderauszahlungen bei V030108021 - Netzwerk Gesamtschule Auf dem Schießberg - gedeckt wurden.

	16.070,20 Gesamtsumme
→	Mehreinzahlungen: 0,00
→	Minderauszahlungen: 16.070,20

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich: 3
Bereich: Kämmerei
Bearbeitet von: Herrn Ladda

Siegen, 04.08.2020

Beratungsfolge:

☒ öffentlich

☐ nichtöffentlich

Haupt- und Finanzausschuss

01.09.2021

Rat

22.09.2021

Kurzbezeichnung:

Gesamtabschluss für das Haushaltsjahr 2020

Hier: Verzicht auf die Aufstellung gemäß § 116a GO NRW

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt, auf die Aufstellung eines Gesamtabschlusses für das Haushaltsjahr 2020 zu verzichten. Der Beschluss steht unter dem Vorbehalt, dass das Vorliegen der Voraussetzungen hierfür auf Grundlage der relevanten Jahresabschlüsse der Jahre 2019 und 2020 der Stadt Siegen und ihrer vollkonsolidierungspflichtigen Tochterunternehmen bestätigt wird.

Sachverhalt / Begründung:

Durch das 2. NKF-Weiterentwicklungsgesetz wurde die Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen um den § 116a, der die größenabhängige Befreiung von der Pflicht zur Aufstellung eines Gesamtabschlusses gemäß § 116 GO regelt, ergänzt.

§ 116a GO NRW hat folgenden Wortlaut:

(1) Eine Gemeinde ist von der Pflicht einen Gesamtabschluss und einen Gesamtlagebericht aufzustellen, befreit, wenn am Abschlussstichtag ihres Jahresabschlusses und am vorhergehenden Abschlussstichtag jeweils mindestens zwei der nachstehenden Merkmale zutreffen:

1. Die Bilanzsummen in den Bilanzen der Gemeinde und der einzubeziehenden verselbstständigten Aufgabenbereiche nach § 116 Absatz 3 übersteigen insgesamt nicht mehr als 1.500.000.000 Euro.
2. Die der Gemeinde zuzurechnenden Erträge aller vollkonsolidierungspflichtigen verselbstständigten Aufgabenbereiche nach § 116 Absatz 3 machen weniger als 50 Prozent der ordentlichen Erträge der Gesamtergebnisrechnung der Gemeinde aus.
3. Die der Gemeinde zuzurechnenden Bilanzsummen aller vollkonsolidierungspflichtigen verselbstständigten Aufgabenbereiche nach § 116 Absatz 3 machen insgesamt weniger als 50 Prozent der Bilanzsumme der Gemeinde aus.

(2) Über das Vorliegen der Voraussetzungen für die Befreiung von der Pflicht zur Aufstellung eines Gesamtabchlusses entscheidet der Rat für jedes Haushaltsjahr bis zum 30. September des auf das Haushaltsjahr folgenden Jahres. Das Vorliegen der Voraussetzungen nach Absatz 1 ist dem Rat anhand geeigneter Unterlagen nachzuweisen. Die Entscheidung des Rates ist der Aufsichtsbehörde jährlich mit der Anzeige des durch den Rat festgestellten Jahresabschlusses der Gemeinde vorzulegen.

(3) Sofern eine Gemeinde von der größenabhängigen Befreiung im Zusammenhang mit der Erstellung eines Gesamtabchlusses Gebrauch macht, ist ein Beteiligungbericht gemäß § 117 zu erstellen.

Die Befreiungsmöglichkeit gemäß § 116a GO NRW konnte erstmals für das Haushaltsjahr 2019 in Bezug auf den Gesamtabschluss zum 31.12.2019 genutzt werden. Der Rat der Stadt Siegen hat am 26.08.2020 beschlossen, vorbehaltlich der Erfüllung der Befreiungskriterien auf die Aufstellung eines Gesamtabchlusses für das Haushaltsjahr 2019 zu verzichten (Vorlage Nr. 3043/2020).

Bei der Prüfung der Voraussetzungen für eine Befreiung sind alle Tochterunternehmen der Stadt Siegen, die dem Grunde nach vollkonsolidierungspflichtig wären, zu berücksichtigen. Dies waren in 2020 die Eigengesellschaften KEG, ESi GmbH und die Stadtmarketing Siegen GmbH, die Mehrheitsbeteiligungen SVB und Stromnetzgesellschaft Siegen GmbH & Co. KG sowie der ESi als Sondervermögen der Stadt.

Um die gesetzliche Frist für die Entscheidung des Rates bis zum 30.09.2021 einhalten zu können, wurde die Prüfung der Befreiungsvoraussetzungen anhand der vollständig vorliegenden Jahresabschlüsse für 2017 und 2018 vorgenommen. Für 2019 fehlt aktuell noch der Jahresabschluss der Stadt Siegen sowie für 2020 der Jahresabschluss der Stadt und die Jahresabschlüsse der Tochterunternehmen mit Ausnahme der SVB.

Wie die beigefügte Auswertung zeigt, werden alle drei Befreiungskriterien in beiden Jahren erfüllt. Dabei besteht zu den Schwellenwerten, ab denen eine Befreiung nicht mehr möglich wäre, ein deutlicher Sicherheitsabstand. Es ist daher davon auszugehen, dass die Befreiungskriterien auch bei Zugrundelegen der Daten aus 2019 und 2020 erfüllt sind. Daran ändert auch die Neugründung der Stadtmarketing Siegen GmbH in 2019 nichts, da deren Geschäftsvolumen vergleichsweise gering ist. Eine überschlägige Berechnung hat zudem ergeben, dass auch unter Einbeziehung der Beteiligung an der Stromnetzgesellschaft Siegen GmbH & Co.

KG ab 01.01.2020 die Schwellenwerte unterschritten werden und somit die Befreiungsvoraussetzungen weiterhin vorliegen.

Daher kann voraussichtlich auch in der längerfristigen Perspektive auf die Erstellung eines Gesamtabchlusses verzichtet werden.

Angesichts des überschaubaren Beteiligungsportfolios der Stadt Siegen ergibt sich aus der Erstellung von Gesamtabchlüssen für Politik und Verwaltung kein zusätzlicher Informationsgewinn, der die für die Erstellung und Prüfung anfallenden Kosten rechtfertigen würde. Die Verwaltung empfiehlt daher, die gesetzliche Befreiungsmöglichkeit weiterhin zu nutzen.

Die wirtschaftliche Lage der städtischen Beteiligungen und deren Finanz- und Leistungsbeziehungen zur Stadt Siegen werden ohnehin in dem jährlich zu erstellenden Beteiligungsbericht ausführlich dargestellt und erläutert.

Sobald das Vorliegen der Befreiungsvoraussetzungen für den Gesamtabschluss zum 31.12.2020 anhand der Jahresabschlüsse 2019 und 2020 abschließend geprüft werden kann, wird die Verwaltung den Rat über das Ergebnis unterrichten.

Finanzielle Auswirkungen ☐ ja ☒ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objektbezogene Einzahlungen	Abstimmung mit dem Kämmerer <input type="checkbox"/> ist erfolgt. <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen.
---------------------------	-----------------------	--------------------------	--	--

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im Finanzplan	<input type="checkbox"/> im Ergebnisplan	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Kostenträger/ Investitionscode Sachkonto
--	--	-------------------------------	----------------------------------	--

Klimaschutz

Klimarelevanz <input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, positiv <input type="checkbox"/> Ja, negativ <input type="checkbox"/> Prüfbedarf	Veränderungen CO₂-Emissionen <input type="checkbox"/> erhebliche Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Erhöhung <input type="checkbox"/> erhebliche Erhöhung	Übereinstimmung mit dem Zielen bzw. dem Zielkonzept der Stadt Siegen <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unbekannt	Bestehen alternative Handlungsoptionen? <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja
Erläuterung Klimarelevanz <div style="height: 100px;"></div>			

Begründung (Veränderung / Übereinstimmung / Handlungsoptionen)

i. V.

gez.

Wolfgang Cavelius

1. Beigeordneter

Die Verwaltungsvorlage wurde im Rahmen eines Workflows durch die beteiligten Adressaten digital verifiziert und weitergegeben und ist ohne Unterschrift gültig.

Anlage(n):

1. [GA 2020 Vorlage Befreiung Anlage Kriterien](#)

**Prüfung der Befreiungsmöglichkeit nach § 116a GO NRW
zur Aufstellung eines NKF-Gesamtabschlusses**

Anlage 1

Datenerfassung

A. Jahr der Befreiung: **2020**

B. Daten der Kommune

Name		Bilanzsumme in Euro			Ordentliche Erträge in Euro		
		2018	2017		2018	2017	
Stadt Siegen		1.008.974.182,24	1.022.631.252,94		296.077.923,22	286.825.436,71	

C. Daten der vollkonsolidierungspflichtigen verselbständigten Aufgabenbereiche

Name	Beteiligungsquote in Prozent		Bilanzsumme in Euro		Anteilige Bilanzsumme in Euro		Ordentliche Erträge in Euro		Anteilige ordentliche Erträge in Euro	
	2018	2017	2018	2017	2018	2017	2018	2017	2018	2017
KEG	100,0	100,0	40.822.687,62	41.557.851,45	40.822.687,62	41.557.851,45	5.680.383,55	5.629.091,27	5.680.383,55	5.629.091,27
SVB	74,9	74,9	54.643.138,36	53.262.713,70	40.927.710,63	39.893.772,56	56.095.985,85	58.106.138,14	42.015.893,40	43.521.497,47
Esi	100,0	100,0	227.159.171,66	220.238.937,16	227.159.171,66	220.238.937,16	22.979.144,43	24.788.829,70	22.979.144,43	24.788.829,70
Esi GmbH	100,0	100,0	277.302,80	277.605,39	277.302,80	277.605,39	0,00	55.425,99	0,00	55.425,99
Summe			322.902.300,44	315.337.107,70	309.186.872,71	301.968.166,56	84.755.513,83	88.579.485,10	70.675.421,38	73.994.844,43

**Prüfung der Befreiungsmöglichkeit nach § 116a GO NRW
zur Aufstellung eines NKF-Gesamtabschlusses**

Anlage 2

Auswertung

Kriterium 1 - Bilanzsumme

Berechnung	2018	2017	
Bilanzsumme der Kommune	1.008.974.182,24	1.022.631.252,94	
+	+	+	
Summe der Bilanzsummen der verselbständigten Aufgabenbereiche	322.902.300,44	315.337.107,70	
<hr/>	<hr/>	<hr/>	
<= 1.500.000.000,00 € ?	1.331.876.482,68	1.337.968.360,64	Das Kriterium ist erfüllt.

Kriterium 2 - Anteil Erträge

Berechnung	2018	2017	
Anteilige ordentliche Erträge der verselbständigten Aufgabenbereiche	70.675.421,38	73.994.844,43	
/	/	/	
Ordentliche Erträge der Kommune	296.077.923,22	286.825.436,71	
<hr/>	<hr/>	<hr/>	
< 50% ?	23,87%	25,80%	Das Kriterium ist erfüllt.

Kriterium 3 - Anteil Bilanzsumme

Berechnung	2018	2017	
Anteilige Bilanzsummen der verselbständigten Aufgabenbereiche	309.186.872,71	301.968.166,56	
/	/	/	
Bilanzsumme der Kommune	1.008.974.182,24	1.022.631.252,94	
<hr/>	<hr/>	<hr/>	
< 50% ?	30,64%	29,53%	Das Kriterium ist erfüllt.

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich: 3
Bereich: Kämmerei
Bearbeitet von: Herrn Ladda

Siegen, 02.08.2021

Beratungsfolge: ☒ öffentlich ☐ nichtöffentlich

Haupt- und Finanzausschuss

01.09.2021

Kurzbezeichnung:

RWE-Aktien der Stadt Siegen

Beschlussvorschlag:

Der Haupt- und Finanzausschuss des Rates der Stadt Siegen nimmt den Bericht zur weiteren Entwicklung des RWE-Konzerns und des Kurses der RWE-Aktie zur Kenntnis.

Sachverhalt / Begründung:

Die im Zuge der Energiewende eingetretenen strukturellen Veränderungen im Stromsektor (Ausstieg aus der Kernenergie, Ausbau der erneuerbaren Energien) haben sich vor einigen Jahren ungünstig auf die wirtschaftliche Lage der RWE AG ausgewirkt. Dies hatte einen nachhaltigen Rückgang des Börsenkurses der RWE-Aktie und eine Aussetzung der Dividendenzahlung für die Geschäftsjahre 2015 und 2016 zur Folge.

Vor diesem Hintergrund haben die politischen Gremien nach Vorberatung im Arbeitskreis Finanzen Ende 2016 folgenden Beschluss über den weiteren Umgang mit dem städtischen Aktienbestand von 420.898 RWE-Stammaktien gefasst (Vorlage Nr. 1171/2016, HFA 07.12./Rat 21.12.2016):

1. Der Rat der Stadt Siegen nimmt die Empfehlung des Arbeitskreises Finanzen zur Kenntnis und beschließt, zum jetzigen Zeitpunkt keine RWE-Aktien zu verkaufen.
2. Der Bürgermeister wird beauftragt, die weitere Entwicklung des RWE-Konzerns und des Kurses der RWE-Aktie zu beobachten und dem Haupt- und Finanzausschuss einmal jährlich zu berichten.

Bericht der Verwaltung

RWE hat das Geschäftsjahr 2020 mit einem Konzernergebnis von 1,1 Mrd. € abgeschlossen. Dabei hat sich das operative Geschäft (Stromerzeugung, Energiehandel) positiv entwickelt. Der deutliche Ergebnissrückgang gegenüber 2019 (9,2 Mrd. €) resultiert aus dem bilanziellen Sondereffekt aus dem Tausch von Vermögenswerten und Geschäftsaktivitäten mit der E.ON AG, der im Vorjahr einmalig realisiert wurde.

Für das Geschäftsjahr 2020 konnte daher eine Dividende von 0,85 € je Aktie ausgeschüttet werden (Vorjahr: 0,80 €). **Die Stadt Siegen hat im Mai 2021 eine Dividende in Höhe von 357.763,30 € erhalten.**

Für das Geschäftsjahr 2021 zeichnet sich bisher eine verhaltene Entwicklung ab. Während das Geschäft in den Bereichen Braunkohle und Kernenergie, Energiehandel und Wasser/Biomasse/Gas im Rahmen der Erwartungen des Unternehmens verläuft, liegen die Ergebnisbeiträge im Bereich Wind/Solar bisher deutlich unter Vorjahresniveau. Ursächlich sind insbesondere ein geringeres Windaufkommen sowie extreme Witterungsverhältnisse in den USA zu Beginn des Jahres, die dort zum zeitweiligen Ausfall von Windparks geführt haben.

RWE strebt für das Geschäftsjahr 2021 eine Dividende in Höhe von 0,90 € je Aktie an. Dies würde für die Stadt Siegen einen Ertrag von rd. 379.000,00 € im Haushaltsjahr 2022 bedeuten.

Der Börsenkurs der RWE-Stammaktie bewegte sich im Berichtszeitraum August 2020 bis Juli 2021 in einer Bandbreite zwischen 28,63 € (Tiefstkurs am 19.07.2021) und 38,52 € (Höchstkurs am 11.01.2021) und lag zuletzt bei rd. 30 € (s. Anlage).

Die stabile Entwicklung des Aktienkurses, die Dividendenzahlung für das Geschäftsjahr 2020 und der positive Dividendenausblick für 2021 legen nahe, die RWE-Aktien weiter zu halten.

Mit dem weiteren Ausbau der Kapazitäten für regenerative Stromerzeugung aus Sonne, Wind, Wasser und Biomasse wird sich der Schwerpunkt der Stromerzeugung bei RWE immer stärker weg von fossilen Energieträgern hin zu CO₂-armen bzw. CO₂-freien Energieträgern verlagern. RWE wird damit zu einem der größten Stromerzeuger aus regenerativen Quellen in Europa. Ziel des Unternehmens ist es, bis 2040 klimaneutral zu sein.

Im Zuge des vom deutschen Bundestag beschlossenen Kohleausstiegs wird RWE die Verstromung von Kohle in Deutschland bis spätestens 2038 beenden. Damit verbunden ist die Stilllegung von 36% der zum Stichtag 01.01.2020 im rheinischen Revier betriebenen Kraftwerkskapazität zur Braunkohleverstromung bis 2025 und weiterer 28% bis 2029. Danach verbleiben dort nur noch die drei modernsten Kraftwerksblöcke. Die letzten beiden Steinkohlekraftwerke (Ibbenbüren, Hamm) wurden im Juli 2021 stillgelegt. Im Ergebnis werden die CO₂-Emissionen bereits bis 2029 deutlich zurückgehen und bis 2038 auf 0 zurückgeführt.

Im Jahr 2020 betrugen die CO₂-Emissionen der Stromerzeugung im RWE-Konzern aber immer noch 68,9 Millionen Tonnen (Vorjahr: 88,1 Mio. t). Dies entspricht 470 Gramm CO₂ je Kilowattstunde (Vorjahr: 580 g/kWh).

Zum Vergleich: Die Siegener Versorgungsbetriebe haben im vergangenen Jahr zahlreiche Haushalte, Unternehmen und Kommunen in der Region – darunter auch die Stadt Siegen – auf Basis von insgesamt rd. 11.300 Abnahmeverträgen mit regenerativ erzeugtem Strom aus Sonne, Wind und Wasserkraft beliefert. CO₂-Emissionen: 0.

Die Abschaltung der letzten von RWE betriebenen Kernkraftwerke erfolgt bis Ende 2022.

Weitere Informationen sind dem Geschäftsbericht 2020 und den aktuellen Pressemitteilungen der RWE AG zu entnehmen, die auf der Internetseite des Unternehmens unter www.rwe.com abgerufen werden können.

Insgesamt ist festzustellen, dass RWE sich auf einem guten Weg befindet. Dies zeigt sich am Niveau des Aktienkurses und der Dividenden wie auch an den bereits umgesetzten und geplanten strukturellen Maßnahmen, die zu einer emissionsärmeren Stromerzeugung beitragen. Die Beteiligung der Stadt Siegen an RWE ist insoweit finanziell attraktiv und auch im Hinblick auf die Bedeutung des Themas Klimawandel verantwortbar.

Finanzielle Auswirkungen ☐ ja ☒ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objektbezogene Einzahlungen	Abstimmung mit dem Kämmerer <input type="checkbox"/> ist erfolgt. <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen.
---------------------------	-----------------------	--------------------------	--	--

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im Finanzplan	<input type="checkbox"/> im Ergebnisplan	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Kostenträger/ Investitionscode Sachkonto
--	--	-------------------------------	----------------------------------	--

Klimaschutz

Klimarelevanz <input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, positiv <input type="checkbox"/> Ja, negativ <input type="checkbox"/> Prüfbedarf	Veränderungen CO₂-Emissionen <input type="checkbox"/> erhebliche Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Erhöhung <input type="checkbox"/> erhebliche Erhöhung	Übereinstimmung mit dem Zielen bzw. dem Zielkonzept der Stadt Siegen <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unbekannt	Bestehen alternative Handlungsoptionen? <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja
Erläuterung Klimarelevanz <div style="height: 60px;"></div>			
Begründung (Veränderung / Übereinstimmung / Handlungsoptionen)			

--

i. V.

gez.

Wolfgang Cavelius

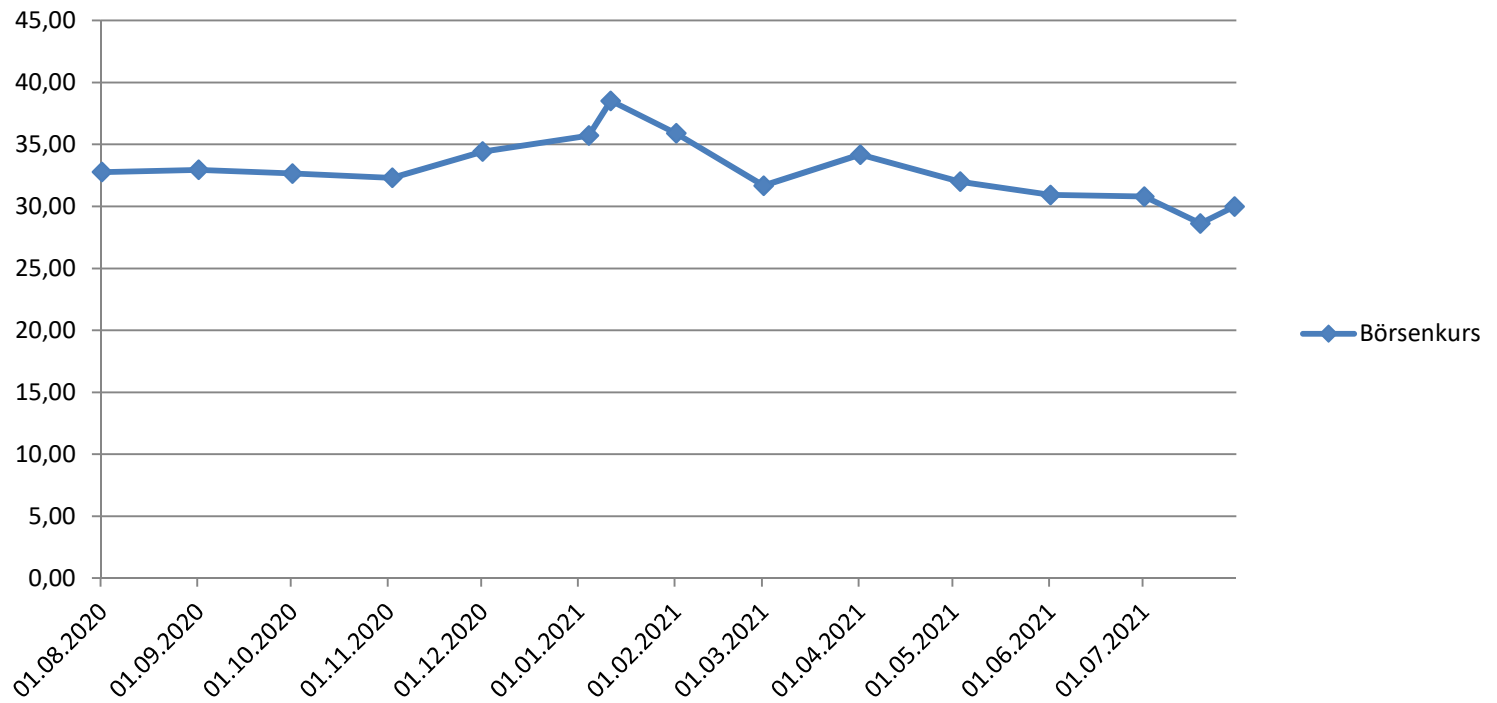
1. Beigeordneter

Die Verwaltungsvorlage wurde im Rahmen eines Workflows durch die beteiligten Adressaten digital verifiziert und weitergegeben und ist ohne Unterschrift gültig.

Anlage(n):

1. [Berichtsvorlage Kursentwicklung.xlsx](#)

RWE-Stammaktie - Kursentwicklung 2020/2021 (Schlusskurse)



VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich: 3
Bereich: Kämmerei
Bearbeitet von: AG 3/1-1 Zentrales Controlling

Siegen, 18.08.2021

Beratungsfolge: ☒ öffentlich ☐ nichtöffentlich

Haupt- und Finanzausschuss **01.09.2021**

Rat **22.09.2021**

Kurzbezeichnung:

Bericht über den Haushaltsvollzug per 30.06.2021

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen nimmt den Bericht über den Haushaltsvollzug per 30.06.2021 zur Kenntnis.

Sachverhalt / Begründung:

1. Ergebnisplan

Zunächst wird auf den erfolgten Bericht (TOP 5) in der Ratssitzung vom 23.06.2021 verwiesen.

Gemäß § 2 Abs. 2 des sog. „COVID 19 Isolierungsgesetzes“ des Landes NRW soll der Kämmerer dem Rat jeweils zum Ende eines Vierteljahres über die finanzielle Lage berichten.

Nachstehend wird ein Bericht über die Abwicklung der Haushaltswirtschaft 2021 zum Stand 30.06.2021 vorgelegt und gleichzeitig, auf Grundlage des derzeitigen Erkenntnisstandes, eine Prognose zum voraussichtlichen Jahresergebnis vorgenommen.

Der Haushalt 2021 wurde vom Rat der Stadt am 14.04.2021 mit folgenden Eckwerten im Ergebnisplan beschlossen:

Ertrags- und Aufwandsarten	ANSATZ 2021 Mio. €
Ordentliche Erträge	306,9
Ordentliche Aufwendungen	325,2
Ordentliches Ergebnis	-18,3
Finanzerträge	5,0
Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	4,6
Finanzergebnis	0,4
Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	-17,9
Außerordentlicher Ertrag	14,0
Jahresergebnis	-3,9

Das Defizit der laufenden Verwaltungstätigkeit beträgt fast 18 Mio. €. Nur durch den außerordentlichen Ertrag, der den prognostizierten „Corona-Schaden“ enthält, reduziert sich das Defizit auf rd. 3,9 Mio. €.

Die Genehmigung des Haushaltssicherungskonzeptes (HSK) 2021 erfolgte durch den Landrat des Kreises Siegen-Wittgenstein – als untere staatliche Verwaltungsbehörde- mit Verfügung vom 29.06.2021.

Derzeit sind folgende wesentliche Veränderungen gegenüber den Planwerten zu erwarten:

1.1 Ergebnis der lfd. Verwaltungstätigkeit

1.1.1 Erträge

Aufgrund einer atypisch hohen Nachzahlung eines großen Gewerbesteuerzahlers wird die **Gewerbesteuer** und der saldierte **Ertrag aus der Vollverzinsung** im Ergebnis rd. 63,8 Mio. € betragen. Gegenüber dem Ansatz ergeben sich insofern Mehrerträge in Höhe von rd. 8,4 Mio. €.

Unter Berücksichtigung der bisherigen pandemiebedingten Schließzeiten wird bei der **Wettbüro- und Vergnügungssteuer** ein Minderertrag von rd. 0,5 Mio. € erwartet (Ansatz 1,3 Mio. €).

Bei den **öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelten** zeichnet sich ein Minderertrag von ca. 260 T€, insbesondere im Bereich der Sondernutzungs- und Parkscheingebühren, ab.

Bei den **privatrechtlichen Leistungsentgelten** wird vor allem pandemiebedingt mit Mindererträgen von rd. 0,9 Mio. € (vor allem Mieten Siegerlandhalle) gerechnet. Dem Minderertrag stehen teilweise Minderaufwendungen gegenüber (vgl. Ziffer 1.2).

Aus **Bußgeldern der Überwachung des ruhenden und fließenden Verkehrs** werden rd. 0,5 Mio. € Mindererträge angenommen (Ansatz 1,5 Mio. €). Diese resultieren aus dem corona-bedingten Lockdown, der zu einer erheblichen Einschränkung der Mobilität der Bürgerinnen und Bürgern führte, woraus folglich auch weniger Verkehrsordnungswidrigkeiten resultie-

ren. Zudem mussten die Kapazitäten der Außendienstmitarbeiter zeitweise auf die Kontrolle der Maskenpflicht innerhalb der Fußgängerzonen verschoben werden. In diesen Zeiten konnte eine Verkehrsüberwachung nur eingeschränkt erfolgen.

In Summe ergeben sich Mehrerträge von rd. 6,2 Mio. €.

1.1.2 Aufwendungen

Bedingt durch das Plus bei der Gewerbesteuer fallen die Aufwendungen für die **Gewerbesteuerumlage** um rd. 540 T € höher aus (Ansatz rd. 4 Mio. €).

Bei der **Gebäudebewirtschaftung** kann von einem Minderaufwand von ca. 0,4 Mio. € ausgegangen werden, der insbesondere dem Bäderbetrieb und der Siegerlandhalle zuzuordnen ist.

Im Bereich der **Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen** wird es erfahrungsgemäß zu einer „pauschalen“ Einsparung von rd. 1,0 Mio. € kommen, die insbesondere aufgrund von verzögerten baulichen Maßnahmen eintritt.

Im **Unterhaltungsvorschuss-Bereich** muss mit einem Netto-Mehraufwand von rd. 250 T€ gerechnet werden. Ursächlich sind die Erhöhung der Fallzahlen und die sich jährlich erhöhenden Leistungssätze.

Das Zinsniveau ist weiterhin äußerst niedrig, weshalb voraussichtlich ca. 0,5 Mio. € des Ansatzes von 1,5 Mio. € für **Zinsaufwendungen** für Kassenkredite nicht in Anspruch genommen werden müssen.

In Summe ergeben sich Minderaufwendungen von ca. 1,1 Mio. €.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass das „Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit“ 2021 voraussichtlich um rd. 7,3 Mio. € besser als geplant (-17,9 Mio. €) abschließt.

1.2 Außerordentlicher Ertrag – „Corona-Schaden“

Zunächst wird auf die Anlage 1 des Vorberichtes zum Haushalt 2021 verwiesen.

Die Kalkulation des „Corona-Schadens“, welcher als nicht-zahlungswirksamer außerordentlicher Ertrag eingeplant wurde, fokussiert sich auf den Produktbereich 16 und beinhaltet im Schwerpunkt die Gewerbesteuer, deren Ertrag nun – wie unter Ziffer 1.1.1 dargestellt – deutlich höher als veranschlagt ausfällt.

Insofern ist davon auszugehen, dass der „Corona-Schaden“ im Jahresabschluss 2021 nicht in der geplanten Höhe (14 Mio. €) tatsächlich gebucht wird. Prognostiziert wird nunmehr ein Volumen von rd. 7 Mio. €.

Insgesamt wird die Entwicklung des Ergebnisplans 2021 somit aus heutiger Sicht wie folgt eingeschätzt:

in Mio. €	Ansatz 2021	Voraussichtliches Ergebnis zum 31.12.2021
Ergebnis der lfd. Verwaltungstätigkeit	-17,9	-10,6
Außerordentlicher Ertrag	14,0	7,0
Jahresergebnis	-3,9	-3,6

Zu konstatieren ist, dass das Jahresergebnis damit beinahe unverändert bleibt.

Es wird nochmals deutlich darauf hingewiesen, dass die Prognose zu diesem Zeitpunkt mit vielen Unsicherheiten einhergeht. Weitere Folgen der Corona-Pandemie im 4. Quartal 2021 sind ebenso wenig auszuschließen wie nicht vorhersehbare Verwerfungen bei den Steuereinnahmen. Die notwendigen Jahresabschlussbuchungen (z. B. Abschreibungen, Zuführungen zu Rückstellungen, etc.) können das prognostizierte Jahresergebnis außerdem noch nennenswert beeinflussen.

2. Finanzplan

Das **planmäßige Defizit** des Finanzplans beträgt im Haushaltsjahr 2021 rd. **13,2 Mio. €**. Von besonderer Bedeutung ist die **Investitionstätigkeit**. Am 31.07.2021 ergibt sich folgendes Bild:

in Mio. €	HH-Soll 2021	Übertragung aus 2020	Summe	angeordnet	Vormerkungen	offen
investive Einzahlungen	23,12		23,12	8,71		14,41
investive Auszahlungen	36,27	23,55	59,82	13,80	16,30	29,72

Das Investitionsvolumen 2021 beträgt (einschl. Reste (VL 389/2021)) rd. **60 Mio. €**. Die gebundenen Mittel betragen rd. **30,1 Mio. €**. Folglich wurden aktuell rd. **50 % der Auszahlungsmittel** bewirtschaftet.

Die Kreditermächtigung 2021 beträgt rd. 13,2 Mio. €. Im Rahmen der Jahresabschlusses 2020 erfolgt eine Übertragung von weiteren Kreditmitteln (analog zu der Übertragung der Auszahlungsermächtigungen) i. H. v. rd. 10 Mio. €, sodass eine Gesamtermächtigung von insg. rd. 23 Mio. € besteht. In 2021 wurde bisher kein Investitionskredit aufgenommen.

Der Liquiditätsbedarf der Stadtkasse zur Sicherstellung der dauernden Zahlungsfähigkeit (**Kassenkreditbestand**) lag am 17.08.2021 bei rd. 223 Mio. €.

Finanzielle Auswirkungen ☒ ja ☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objektbezogene Einzahlungen	Abstimmung mit dem Kämmerer <input type="checkbox"/> ist erfolgt. <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen.
---------------------------	-----------------------	--------------------------	--	--

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im Finanzplan	<input type="checkbox"/> im Ergebnisplan	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Kostenträger/ Investitionscode Sachkonto
--	--	-------------------------------	----------------------------------	--

Klimaschutz

Klimarelevanz <input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, positiv <input type="checkbox"/> Ja, negativ <input type="checkbox"/> Prüfbedarf	Veränderungen CO₂-Emissionen <input type="checkbox"/> erhebliche Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Erhöhung <input type="checkbox"/> erhebliche Erhöhung	Übereinstimmung mit dem Zielen bzw. dem Zielkonzept der Stadt Siegen <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unbekannt	Bestehen alternative Handlungsoptionen? <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja
Erläuterung Klimarelevanz 			
Begründung (Veränderung / Übereinstimmung / Handlungsoptionen) 			

gez.

Wolfgang Cavelius
Stadtkämmerer

Die Verwaltungsvorlage wurde im Rahmen eines Workflows durch die beteiligten Adressaten digital verifiziert und weitergegeben und ist ohne Unterschrift gültig.

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich: 4
Bereich: Straßen- und Verkehrsplanung
Bearbeitet von: Larena Kühnel

Siegen, 11.08.2021

Beratungsfolge: ☒ öffentlich ☐ nichtöffentlich

Verkehrsausschuss	31.08.2021
Haupt- und Finanzausschuss	01.09.2021
Rat	22.09.2021

Kurzbezeichnung:

Maßnahmen zur Radverkehrsförderung, Erstellung "Strategischer Rahmenplan Radverkehr"

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Universitätsstadt Siegen nimmt die Darstellung zum Radverkehr und die damit verbundenen strukturierten Ausbauplanungen der Radverkehrsinfrastruktur zur Kenntnis.

Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt die Ausarbeitung eines gesamtstädtischen „Strategischen Rahmenplan Radverkehr“ zum Ausbau der Radinfrastruktur unter Berücksichtigung der erarbeiteten oder in Erarbeitung befindlichen Konzepte und Planungen.

Sachverhalt / Begründung:

In der Ratssitzung vom 23.06.2021 wurde mit dem Antrag AT 104/2021 unter Bezugnahme auf Aspekte des Klimaaantrages in der Ratssitzung vom 26.02.2020 ein Sachstandsbericht und eine detaillierte Ausarbeitung über die Bemühungen zur Verbesserung der Radinfrastruktur und den Ausbau der Radinfrastruktur auf den Nord/Süd- und Ost/West-Hauptachsen gefordert.

Eine umfassende Darstellung und Erläuterung zu durchgeführten sowie geplanten Maßnahmen wird im Rahmen dieser Vorlage gegeben.

1. Allgemein

Siegen ist im näheren Umkreis das einzige Oberzentrum (nächste Oberzentren sind Wetzlar, Marburg und der Raum Köln/Bonn sowie das Ruhrgebiet). Dementsprechend hat Siegen eine hohe Anziehung auf die umliegenden Gebiete und weist eine positive Pendlerbilanz auf.

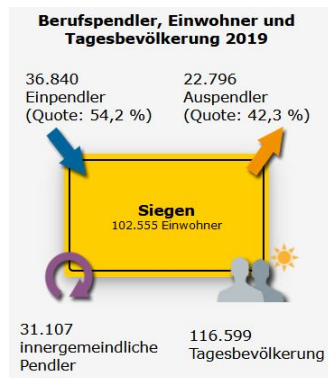


Abbildung 1: Pendlerstatistik der Stadt Siegen im Jahr 2019
(Quelle: www.pendleratlas.nrw.de)

Personen).

Im Jahr 2019 pendelten rund 14.000 Personen mehr nach Siegen ein als Menschen die Stadt zum Arbeiten verließen.

Hinzu kamen etwas mehr als 30.000 innergemeindliche Pendler. Damit entsteht allein durch die Pendlerverflechtungen im Beschäftigtensektor ein hoher Mobilitätsbedarf.

Durch die anspruchsvolle Topografie im innerstädtischen Bereich (Höhendifferenz zw. Niedrigstem und höchsten Punkt: 285,7 m) und auch in und zu den umliegenden Kommunen, ist das Kfz das bevorzugte Verkehrsmittel, um die notwendigen Wege sowohl in der Stadt als auch auf Pendlerstecken zurückzulegen.

Diese Aussage wird unterstützt durch die Mobilitätsbefragung, die im Jahr 2017 in der Stadt Siegen unter der städtischen Bevölkerung durchgeführt wurde (keine Befragung von einpendelnden Personen).

Der darin für die Stadt Siegen ermittelte Modal Split (Verkehrsmittelaufteilung) sieht wie folgt aus:

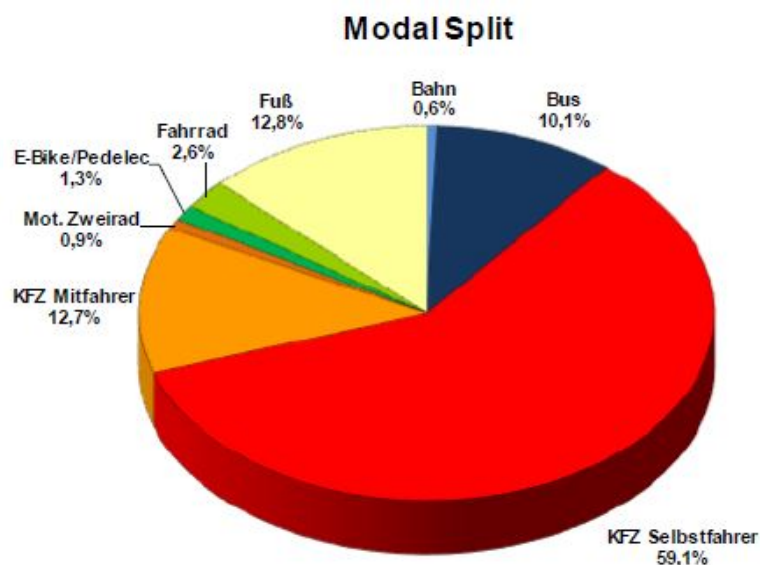


Abbildung 2: Modal Split der Stadt Siegen
(Quelle: Haushaltsbefragung 2017 in der Stadt Siegen)

Jahrzehntelang wurde die Entwicklung der städtischen Infrastruktur insbesondere auf den Bedarf des Motorisierten Individualverkehrs (MIV) abgestimmt.

Ohnehin begrenzt zur Verfügung stehender Straßenraum wurde nach Bedarf des MIV aufgeteilt und Restflächen für den Fuß- und Radverkehr hergerichtet.

Dies hat neben den vor genannten Aspekten, wie z.B. der Topografie, dazu beigetragen, dass der MIV-Anteil sich bis zum heutigen Stand (73 % MIV-Anteil in 2017) entwickelt hat.

Eine Besinnung auf alternative Formen der Fortbewegung, die z.B. mit Hilfe von Elektroantrieben auch über weitere Entfernungen genutzt werden können (z.B. Pedelecs/E-Bikes) und der damit verbundene Anstieg an Radfahrenden, kann nun aber nicht gleichzeitig mit einer kurzfristigen Neuverteilung der zur Verfügung stehenden Flächen einhergehen.

Der jahrelang betriebenen Förderung des MIV ist auch jetzt noch Rechnung zu tragen. Ein städtisches Straßennetz muss neben den Belangen des Rad- und Fußverkehrs auch den ÖPNV berücksichtigen und darüber hinaus eine leistungsfähige Abwicklung des (weiterhin notwendigen) MIV gewährleisten.

Bei Vernachlässigung eines der vier benannten Verkehrsträger ist eine zukunftsfähige und leistungsfähige Infrastruktur nicht mehr sicherzustellen. Unweigerlich entstehen Probleme für alle Verkehrsmittel, die den gleichen Straßenraum nutzen.

Ziel muss es daher sein, den Anteil des MIV im Stadtverkehr stetig zu reduzieren, um auf relevanten Straßenabschnitten Kapazitätsreserven zu erhalten, die eine Umgestaltung des Straßenraumes ermöglichen.

Bei Umgestaltungen des Straßenraumes ist stets abzuwägen, ob eine Fahrstreifenreduzierung (z.B. zu Gunsten einer separaten Radinfrastruktur, breiteren Führung des Rad- und Fußverkehrs im Seitenraum oder eines Bussonderfahrstreifens) bei den vorherrschenden Verkehrsbelastungen vertretbar ist.

Sofern davon auszugehen ist, dass eine Umgestaltung der Verkehrsinfrastruktur zu akzeptablen Verkehrsverlagerungen führt, kann eine solche Maßnahme in Betracht gezogen werden. Muss jedoch angenommen werden, dass die Maßnahme nicht zu einer Reduzierung des MIV führt und dieser auf den reduzierten Fahrstreifen nicht mit einer ausreichenden Qualität abgewickelt werden kann, kann eine Umgestaltung nicht, bzw. nur bedingt, umgesetzt werden.

Da in weiten Teilen des städtischen Straßennetzes der ÖPNV nicht frei vom MIV geführt wird bzw. werden kann, wirkt sich eine mangelhafte bis ungenügende Qualität der Verkehrsführung des MIV unmittelbar auf die Qualität im ÖPNV aus. Dies ist nach Möglichkeit zu vermeiden, um die Attraktivität des ÖPNV zu wahren und ggfs. zu steigern.

Wenn möglich, wird an für den Radverkehr neuralgischen Stellen, die Signalisierung zugunsten des Radverkehrs angepasst. Im Rahmen der Erneuerung der Lichtsignalanlage Heeserstraße/Bahnunterführung (Straßenquerung im Verlauf des Radweges entlang der Sieg) werden z.B. neue Detektionsmöglichkeiten und ein verändertes Signalprogramm eingebracht, um die Grünphase der Radverbindung nur bei Freigabeanforderung des MIV zu unterbrechen.

Die Umgestaltung der Hauptverkehrsstraßen erfordert eine detaillierte Prüfung und Planung aller relevanten Aspekte.

Es ist davon auszugehen, dass diese Planungsleistung aufgrund der bereits vorhandenen Auslastung des Personals auch bei externer Beauftragung von Ingenieurbüros nicht kurzfristig durchführbar ist.

Ferner muss sichergestellt sein, dass neben investiven Mitteln zur Umsetzung von Maßnahmen auch konsumtive Haushaltsmittel zur Verfügung stehen, die die Finanzierung ebensolcher Planungen und Untersuchungen sicherstellen.

Zu erwähnen ist darüber hinaus, dass insbesondere beim Neubau von Radwegen bzw. der Ertüchtigung von Wirtschaftswegen neben der reinen Planungsleistung und der Zuschussbeantragung bis zur Bewilligung zumeist auch Gutachten im Bereich des Natur- und Umweltsowie des Gewässerschutzes notwendig werden. Oftmals ist auch die Überprüfung von Bombenverdachtspunkten nötig. Für diese begleitenden Untersuchungen und Prüfungen sind mehrere Monate einzuplanen.

Verzögerungen, die auf begleitende Untersuchungen oder Abstimmungen in den vor genannten Bereichen zurückzuführen sind, sind beispielsweise der Radweg in den Siegauen oder die Verbindung zwischen Langenholdinghausen und Oberholzklau.

Ebenso ist anzumerken, dass für die Wartung, Pflege und Instandhaltung von Einbauten (Hinweisschilder/-tafeln, Fahrradabstellanlagen) entlang der Radverbindungen regelmäßig ein Zeitbudget vorgehalten werden muss.

Die hier genannten Rahmenbedingungen verdeutlichen, wie wichtig es ist, einen langfristig tragfähigen Rahmenplan zu erarbeiten, um den Radverkehr dauerhaft zielgerichtet und effizient zu fördern. Zudem ist erst mit einem solchen abgestimmten Konzept ersichtlich, welche Maßnahmen mit welchem personellen und finanziellen Aufwand verbunden sind. Im Zuge der Erstellung des Rahmenplans werden die Zielsetzungen des Ratsbeschlusses vom 19.02.2020 auf deren Realisierbarkeit überprüft.

2. Entwicklungen in den vergangenen Jahren

In den vergangenen Jahren wurde der Ausbau der Radinfrastruktur bereits durch viele Projekte vorangetrieben. Dazu zählt neben dem Neu- und Ausbau von Radwegen auch die Anlagen von Radschutzstreifen oder das Errichten und Erneuern von Fahrradabstellanlagen. Eine Übersicht über die in den letzten Jahren (seit 2017) umgesetzten und aktuell in Planung befindlichen Radverkehrsanlagen ist den Anlage 1 bis 4 zu entnehmen. Die Übersicht wird in der Sitzung vorgestellt.

Auch der Ausbau der Fahrradboxen in der Siegener Oberstadt sowie an vier Bahnhaltepunkten („Bike-and-Ride-Offensive“) wurde in den zurückliegenden Monaten geplant. Die Umsetzung ist spätestens 2022 vorgesehen.

Darüber hinaus wurden in den Jahren 2020 und 2021 die Planungen zur Schaffung eines öffentlichen Fahrradverleihsystems gemeinsam mit dem Kreis Siegen-Wittgenstein, weiteren Kommunen und interessierten Betrieben vorangetrieben. Zu diesem Zweck hat sich die Velocity Siegerland GmbH gegründet, die es zum Ziel hat, in der gesamten Region ein Verleihsystem auf E-Bike-Basis aufzubauen.

Geplant sind zunächst 100 E-Bikes in der Startphase. Ab 2022 ist der Netzausbau auf 50 Verleihstationen in der gesamten Region Siegen-Wittgenstein geplant. Neben E-Bikes ist auch der Einsatz von E-Lastenrädern vorgesehen.

Des Weiteren wurden in den zurückliegenden zwei Jahren Konzepte erarbeitet, deren Ergebnisse und Maßnahmenempfehlungen vor weiteren intensiven Planungen abzuwarten waren:

- Klimaschutzteilkonzept Mobilität der Stadt Siegen
- kreisweites Radverkehrskonzept des Kreises Siegen-Wittgenstein

Diese Konzepte dienen nun als Grundlage für die zukünftige Entwicklung der Infrastruktur und geben Hinweise und Empfehlungen auf notwendige Bedarfe sowie Handlungsmöglichkeiten.

3. Erarbeitung des Konzeptes „Strategischer Rahmenplan Radverkehr“ zum Ausbau einer attraktiven Radverkehrsinfrastruktur

Für den in Zukunft notwendigen stetigen Ausbau der Radverkehrsinfrastruktur ist ein strukturierter „Strategischer Rahmenplan Radverkehr“ notwendig, siehe dazu auch Anlage 5 „Maßnahmensteckbrief R15 des Klimaschutzteilkonzeptes Mobilität“.

Dieser Rahmenplan soll für das städtische Straßennetz präzise Angaben zu Maßnahmenempfehlungen machen und Abschnitte mit intensiverem Prüfungsbedarf aufzeigen.

Als Zielwert wird für das gesamte Stadtgebiet ein zusammenhängendes Radverkehrsnetz angegeben, dessen Umsetzung zukünftig systematisch vorangetrieben werden kann und nicht auf Zuruf untersucht wird.

Dieses so definierte Radverkehrsnetz beschränkt die Führung des Radverkehrs dabei nicht rein auf durch Markierung oder bauliche Maßnahmen angelegte Führungsformen, sondern lässt alle gemäß den gültigen Regelwerken und Richtlinien möglichen Führungsformen zu. Darin ist beispielsweise auch die gemeinsame Führung mit dem Kfz-Verkehr in Bereichen mit geringem Geschwindigkeitsniveau oder geringen Verkehrsstärken zu berücksichtigen (vgl. dazu VL 359/2021).

Nachfolgend werden die Bausteine des Strategischen Rahmenplanes Radverkehr sowie das Vorgehen zur Erstellung dieses Rahmenplanes erläutert.

3.1. Vorhandene Konzepte/Konzepte in der Erstellung

Der Rahmenplan wird auf Grundlage verschiedener Konzepte erstellt, die sich aktuell in der Bearbeitung befinden bzw. vor kurzem fertiggestellt wurden:

- Klimaschutzteilkonzept Mobilität inkl. Maßnahmenkatalog Radverkehr (2021)
- Kreisweites Radverkehrskonzept (2021)
- Potenzialstudie/Machbarkeitsstudie Radschnellweg Kreuztal – Übergang Rheinland-Pfalz (2021 ff)
- Geschwindigkeitskonzept (vgl. VL 359/2021)
- Masterarbeit „Radverkehrskonzept für die Stadt Siegen“, Bieneck (2016, bereits im Klimaschutzteilkonzept Mobilität berücksichtigt)

Die einzelnen Konzepte weisen verschiedene Detaillierungsgrade auf und haben einen unterschiedlichen Umfang an städtischen Strecken als Grundlage:

Konzept	Betrachtete Bestandteile
Masterarbeit „Radverkehrskonzept für die Stadt Siegen“, Bieneck	Hauptnetz und Vorrangroute (Erschließung in der Talachse) Grundnetz mit Grundnetzerweiterungen (Anbindung Stadtteile/-bezirke abseits der Talachse)

Klimaschutzteilkonzept Mobilität	Grundlage: Radverkehrskonzept Bieneck
Kreisweites Radverkehrskonzept	interkommunale Verbindungen
Potenzialstudie/Machbarkeitsstudie Rad-schnellweg Kreuztal - Übergang Rheinland-Pfalz	potenzielle Route zwischen Kreuztal und Siegen bis Betzdorf
Geschwindigkeitskonzept	alle Straßen im Stadtgebiet

3.1.1. Masterarbeit „Radverkehrskonzept für die Stadt Siegen“ (Hr. Bieneck)

Bereits im Jahr 2016 wurde durch eine Masterarbeit ein städtisches Radverkehrskonzept erstellt, in welchem ein funktionales Radverkehrsnetz definiert und mit unterschiedlichen Ausbaustufen belegt wurde. Diese bilden eine Vorrangroute sowie ein Haupt- und Grundnetz ab.

Neben der Netzdefinition wurden auch langfristige Maßnahmenprogramme sowie ein Sofortprogramm zur zeitnahen Umsetzung aufgestellt. Berücksichtigt wurden ergänzend auch Elemente der Wegweisung, zum Fahrradparken und Serviceangebote sowie notwendige Öffentlichkeitsarbeit. Detailliert wurde in dem Konzept ein Entwurf zur Umgestaltung der Weidenauer Straße ausgearbeitet.

Dieses Konzept wurde am 19.05.2016 im Verkehrsausschuss vorgestellt und dient seitdem u.a. als Grundlage für weitere Konzeptentwicklungen.

3.1.2. Klimaschutzteilkonzept Mobilität (KSTK)

Das für die Untersuchung und Bearbeitung definierte Radverkehrsnetz basiert auf der Netzanalyse des „Radverkehrskonzeptes für die Stadt Siegen“ (Bieneck) und legt die dort definierten Strecken als Grundlage fest. Ergänzt wurden diese partiell um Ausweichstrecken. Es erfolgte im Rahmen der Bearbeitung des KSTK eine umfangreiche Bestandsanalyse sowie ein Abgleich, ob die gemäß Regelwerken zulässige bzw. notwendige Radverkehrsführung vorhanden ist. Bei bestehendem Handlungsbedarf wurden Maßnahmenempfehlungen inkl. Kostenschätzungen ausgearbeitet.

Neben dem Handlungskonzept Radverkehr (konkrete Handlungs- & Prüfungsempfehlungen) wurden 16 Maßnahmensteckbriefe erarbeitet, die die notwendigen Arbeiten zum Ausbau der Radinfrastruktur durch verschiedene Teilaspekte näher spezifiziert. Darunter fallen beispielsweise Maßnahmen wie der Ausbau von Fahrradabstellanlagen oder Maßnahmen, die der Erhöhung des Komforts dienen.

Das Klimaschutzteilkonzept Mobilität wurde in der VL 356/2021 politisch vorgestellt.

3.1.3. Kreisweites Radverkehrskonzept

In Abstimmung mit den kreisangehörigen Kommunen wurden die maßgebenden Verbindungen zwischen den einzelnen Kommunen festgelegt und entsprechend ihrer Netzbedeutung definiert.

Unterteilt wurden die Strecken in drei Kategorien:

- Radpendler Routen (lila)
- Hauptrouten (rot)
- Nebenrouten (blau)

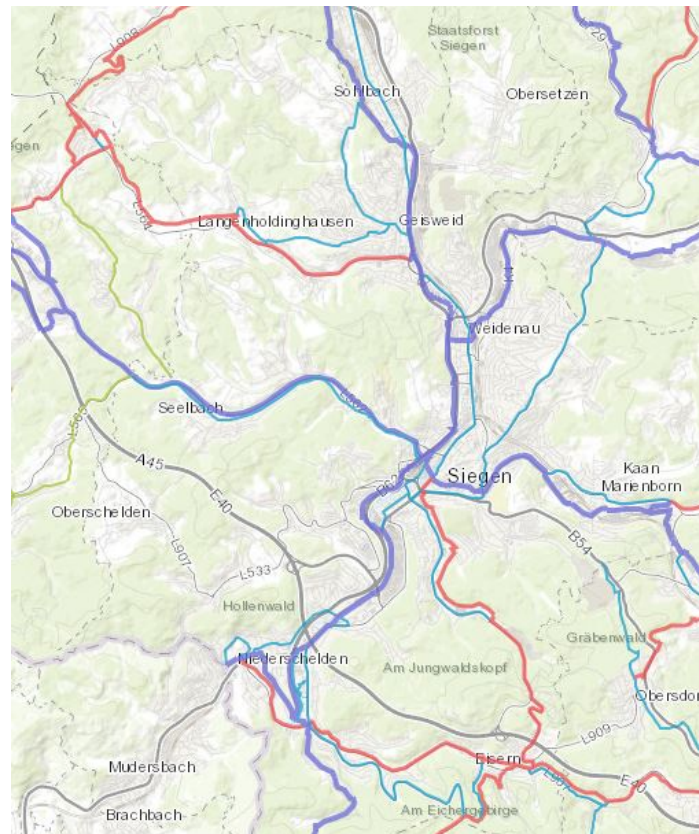


Abbildung 3: Kategorisierung der Verbindungen zwischen Siegen und den Nachbarkommunen

(Quelle: kreisweites Radverkehrskonzept des Kreises Siegen-Wittgenstein)

Es erfolgten umfängliche Analysen und Begehungen der einzelnen Strecken. Aus den festgestellten Defiziten wurden Maßnahmenempfehlungen entwickelt.

Die Aufstellung des kreisweiten Radverkehrskonzeptes erfolgte in regelmäßiger Abstimmung mit den kreisangehörigen Kommunen. Dabei wurde die Möglichkeit zum Austausch und zur Stellungnahme zu den einzelnen Definitionsvorschlägen sowie zu der Maßnahmenentwicklung gegeben. Die Stadt Siegen war daran beteiligt und hat bei Bedarf zu den Maßnahmenvorschlägen Änderungswünsche und Vorschläge geäußert.

Das kreisweite Radverkehrskonzept, die darin vorgenommene Priorisierung sowie die erstellten Maßnahmenempfehlungen sind als Hilfestellung für die städtischen Planungen zu sehen. Das Konzept ist kein zwingend bindendes Instrument zur Entwicklung der Radverkehrsinfrastruktur, sondern ein Planungsinstrument. Die aufgezeigten Maßnahmenvorschläge sind auf Grundlage der festgestellten Defizite entwickelt worden, bedürfen jedoch in weiten Teilen einer weiterführenden Überprüfung und Planung.

Der Kreis Siegen-Wittgenstein wird auch nach Aufstellung des Konzeptes beratend tätig sein und in Rahmen seiner Möglichkeiten Maßnahmen initiieren, vorantreiben und unterstützen.

Hinweise zur Einbindung des kreisweiten Radverkehrskonzeptes können dem Punkt „Überlagerung der vorhandenen Konzepte“ entnommen werden.

Die Vorstellung der Ergebnisse des kreisweiten Radverkehrskonzeptes erfolgt in der Sitzung.

3.1.4. Potenzialstudie/Machbarkeitsstudie Radschnellweg

Ein Radschnellweg von Nord nach Süd wurde bereits in einigen Kontexten eingebracht. Auch im Rahmen des kreisweiten Radverkehrskonzeptes wurde diese Thematik angeschnitten. Für den Bau eines Radschnellweges unter Gewährung von Bundes- und Landesmitteln ist es jedoch notwendig, eine Potenzialstudie zur Abschätzung des Potenzials für derartige Verbindungen durchzuführen.

Diese Potenzialstudie wurde als Ergänzung zum kreisweiten Radverkehrskonzept durch den Kreis Siegen-Wittgenstein durchgeführt.

Das Ziel der Potenzialstudie war es, zu ermitteln, wie hoch potenziell die Anzahl der Radfahrer auf einer Verbindungsrouten zwischen Kreuztal und Siegen bis Geisweid beim Ausbau dieser Verbindung sein kann.

Für die Potenzialstudie wurde die Trasse von Kreuztal-Littfeld über Kreuztal, Geisweid, Weidenau Siegen bis an die Kreis- und Bundeslandgrenze in Niederschelden angenommen. Dabei orientiert sich die Trasse am Verlauf von Ferndorf und Sieg sowie dem bereits bestehenden Radweg unter der HTS.

Es wurde noch keine Aussage über die bauliche Machbarkeit dieser Verbindung getroffen. In einem nächsten Schritt werden daher nun die Machbarkeit geprüft und Umsetzungsmöglichkeiten sowie notwendige Ausbaubereiche seitens des Kreises Siegen-Wittgenstein dargestellt. Dies erfolgt in einer separaten Beauftragung.

In diese Erstellung wird die Stadt Siegen wieder miteinbezogen werden, sodass die städtischen Belange und Möglichkeiten in jedem Fall Berücksichtigung finden.

3.1.5. Geschwindigkeitskonzept

Gemäß den gültigen Richtlinien und Regelwerken ist eine Radverkehrsanlage in Bereichen mit zulässiger Höchstgeschwindigkeit von 30 km/h erst bei sehr hohen Verkehrsstärken notwendig. Demnach ist es möglich, insbesondere in Wohngebieten auf baulich getrennte oder durch Markierung hergestellte Radverkehrsanlagen zu verzichten.

Aus diesem Grund ist vorgesehen, die Geschwindigkeiten auf städtischen Straßen zu ordnen und je nach Notwendigkeit und Möglichkeit eine Reduzierung des Geschwindigkeitsniveaus vorzunehmen (vgl. dazu VL 359/2021).

In diesem Konzept sollen alle Straßen im Stadtgebiet erfasst werden, sodass ein einheitliches Geschwindigkeitsniveau als Grundlage für die weitere Planung von Radverkehrsanlagen zur Verfügung steht.

Anhand der vorhandenen Geschwindigkeit kann dann angegeben werden, in welchen Bereichen auf eine Radverkehrsanlage verzichtet werden kann und hebt ergänzend auch die Bereiche hervor, in denen aufgrund der vorliegenden Geschwindigkeit (in Verbindung mit der Verkehrsstärke), die Herstellung einer Radverkehrsanlage dringlich ist.

Die Erstellung dieses Geschwindigkeitskonzeptes wurde im Klimaschutzteilkonzept Mobilität durch den Maßnahmensteckbrief K1 empfohlen.

3.2. Überlagerung der vorhandenen Konzepte

Um einen umfänglichen Überblick über alle empfohlenen Maßnahmen auf den einzelnen städtischen Streckenabschnitten zu erhalten, ist zunächst eine Überlagerung der einzelnen Konzepte durchzuführen.



Abbildung 4: Zusammenhang zwischen den einzelnen Konzepten

Auf dieser Basis lässt sich dann darstellen, für welche Straße/welchen Abschnitt es einen genau definierten Maßnahmenvorschlag gibt und für welche Abschnitte es womöglich mehrere Maßnahmenvorschläge gibt.

Diese Maßnahmen gilt es erforderlichenfalls gegeneinander abzuwägen und, sofern möglich, die geeignetere Maßnahme als Vorzug anzugeben.

In dieser Form lässt sich für das gesamte Stadtgebiet darstellen, welche Maßnahmenempfehlung nach Verschneidung der Konzepte für welche Straße empfohlen wird und welche Straßen bereits eine richtlinienkonforme Radverkehrsführung aufweisen.

Über die unter Punkt 3.1 beschriebenen Konzepte wird auch das Ergebnis des Verkehrskonzeptes zu „Siegen. Wissen verbindet“ in den Strategischen Rahmenplan Radverkehr einfließen. Im Wesentlichen werden in diesem Konzept Verbindungen zwischen den Campus sowie zu den geplanten Parkieranlagen betrachtet. Die Maßnahmenvorschläge werden zu einem hohen Anteil bereits in die Planungs- und Bautätigkeit im Zusammenhang mit dem Campusausbau einbezogen werden.

Selbstverständlich werden die Ergebnisse und Maßnahmenvorschläge jedoch auch in den Strategischen Rahmenplan Radverkehr eingearbeitet werden, da die Infrastruktur nicht ausschließlich den Studierenden vorbehalten sein wird, sondern allen Radfahrenden zur Verfügung stehen wird.

3.3. Priorisierung

Anhand der Netzdefinition in den einzelnen Konzepten (z.B. Vorrangroute, Hauptnetz, Nebennetz etc.) kann eine Priorisierung erarbeitet werden, die die notwendigen Maßnahmen gemäß ihrer zukünftigen Priorität im Radverkehrsnetz gliedert.

Weiterhin besteht die Möglichkeit, Maßnahmen dahingehend zu strukturieren, welcher sowohl monetäre als auch zeitliche Aufwand zur Umsetzung einer Maßnahme benötigt wird. Für den Neubau einer Radverbindung sind beispielsweise mehrere Jahre einzukalkulieren, wohingegen eine Markierungslösung unter bestimmten Umständen auch in deutlich kürzerer Zeit umgesetzt werden kann.

3.4. Kostenschätzungen

Sowohl in dem Klimaschutzteilkonzept Mobilität als auch im kreisweiten Radverkehrskonzept wurden seitens der erstellenden Ingenieurbüros in Absprache mit der Stadtverwaltung bzw. mit dem Kreis Siegen-Wittgenstein Kostenansätze für Einzelmaßnahmen hinterlegt. Diese sind im Rahmen der Erarbeitung des Strategischen Rahmenplanes Radverkehr zu prüfen und gemäß des gewählten Maßnahmenvorschlages anzusetzen.

Dadurch wird die Möglichkeit gewährt, bereits bei der langfristigen Umsetzungsplanung Kosten anzunehmen, die als Anhaltswerte für die Planung der benötigten Haushaltsmittel dienen.

3.5. Umsetzung

Anhand der Prioritätenliste kann schließlich das Arbeitsprogramm für die nächsten Jahre festgelegt werden, sodass systematisch anhand dieses Programmes der Ausbau und die Attraktivierung der Radinfrastruktur angegangen werden kann.

Planungs- und Abstimmungsprozesse können über mehrere Jahre hinweg geplant und Haushaltsmittel nach Bedarf frühzeitig eingestellt werden.

Detailprüfungen und nach Notwendigkeit zugehörige Vergabeprozesse können rechtzeitig eingeleitet werden.

Selbstredend ist, dass auch bei sorgfältiger Planung Verzögerungen in der Umsetzung des Arbeitsprogrammes auftreten können.

3.6. Einfluss auf die Umsetzung weiterer Maßnahmen aus dem Klimaschutzteilkonzept Mobilität

Der Strategische Rahmenplan Radverkehr bildet die Grundlage zur Abarbeitung einer Vielzahl der Maßnahmen aus dem Klimaschutzteilkonzept Mobilität, die insbesondere den Radverkehr betreffen. Für viele Maßnahmen kann durch den Rahmenplan der Handlungsbedarf ermittelt werden.

Durch Überlagerung der betrachteten Radhaupt- und -nebenrouten mit Einzelhandelsbereichen, Zentralen Versorgungsbereichen und weiteren publikumsintensiven Einrichtungen kann zudem lokalisiert werden, in welchen Bereichen Radabstellanlagen benötigt werden und in welchen Bereichen der Bedarf bereits gedeckt ist. Ähnliches kann beispielsweise auch für die Verknüpfung zwischen ÖPNV und Radverkehr durchgeführt werden.

Der Anlage 6 kann der Zusammenhang zwischen dem „Strategischen Rahmenplan Radverkehr“ und den weiteren Maßnahmen insbesondere des Handlungsfeldes Radverkehr des Klimaschutzteilkonzeptes Mobilität entnommen werden.

4. Zeithorizont

Die Bestandsaufnahme und der Abgleich zwischen den vorhandenen Konzepten soll zunächst in Eigenleistung erfolgen. Bei Bedarf ist das Hinzuziehen eines Fachbüros in Betracht zu ziehen.

Die Bearbeitung des Konzeptes soll nach Fertigstellung der als Grundlage dienenden Konzepte sowie der Übergabe zugehörigen Daten beginnen.

Die Fertigstellung ist für 2022 geplant, wobei zu beachten ist, dass sich dies aufgrund von Abstimmungen mit Dritten und einer möglichen Fremdvergabe an ein Fachbüro verschieben kann.

5. Überprüfung des Umsetzungsstandes und der Entwicklungen im Radverkehr

Der Fortschritt in der Umsetzung des Strategischen Rahmenplanes Radverkehr ist über eine stetige Fortschreibung der erstellten Dateien, insb. der Maßnahmenlisten, zu dokumentieren. Dabei wird dokumentiert, welche Maßnahmen sich aktuell in der Planung befinden, bereits umgesetzt wurden oder welche Planungen aktuell pausieren (ggfs. unter Angabe des Grundes).

So ist fortwährend ein Einblick in den Umsetzungsfortschritt und die Entwicklungsstufen der Radverkehrsinfrastruktur möglich.

Um parallel auch die Entwicklung des Radverkehrsanteil am städtischen Modal Split untersuchen zu können, schlägt das Klimaschutzteilkonzeptes Mobilität vor, etwa im Jahr 2025 eine erneute Mobilitätsbefragung durchzuführen.

Dauerhafte Entwicklungen zeigen sich meist erst nach einigen Monaten bzw. Jahren im Mobilitätsverhalten der Bevölkerung, daher ist es nicht ratsam in kurzen Abständen solche Befragung durchzuführen. Beachtet werden muss zudem auch der hohe monetäre Aufwand einer solchen Untersuchung.

Des Weiteren erfolgt die Erfassung der Radverkehrsmengen auf neuralgischen Streckenabschnitten weiterhin über die bereits vorhandenen Zähl Schleifen. Veränderungen im MIV können anhand von Verkehrszählungen an Knoten dokumentiert werden.

Finanzielle Auswirkungen ☐ ja ☒ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objektbezogene Einzahlungen	Abstimmung mit dem Kämmerer <input type="checkbox"/> ist erfolgt. <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen.
---------------------------	-----------------------	--------------------------	--	--

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im Finanzplan	<input type="checkbox"/> im Ergebnisplan	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Kostenträger/ Investitionscode Sachkonto
--	--	-------------------------------	----------------------------------	--

Klimaschutz

Klimarelevanz <input type="checkbox"/> Nein <input checked="" type="checkbox"/> Ja, positiv <input type="checkbox"/> Ja, negativ <input type="checkbox"/> Prüfbedarf	Veränderungen CO₂-Emissionen <input type="checkbox"/> erhebliche Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Erhöhung <input type="checkbox"/> erhebliche Erhöhung	Übereinstimmung mit dem Zielen bzw. dem Zielkonzept der Stadt Siegen <input checked="" type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unbekannt	Bestehen alternative Handlungsoptionen? <input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja
Erläuterung Klimarelevanz Die strukturierte Planung des Ausbaus der Radinfrastruktur sowie die sich anschließende Maßnahmenumsetzung führt langfristig zu einer Attraktivierung des Radverkehrs und damit zu einer Erhöhung des Radanteils am Modal Split. Die			

Verlagerung von Kfz-Fahrten auf das Rad geht mit einer Verringerung der CO₂-Emissionen einher.

Begründung (Veränderung / Übereinstimmung / Handlungsoptionen)

Die vorgestellte Vorgehensweise zur Erstellung des Rahmenplans Radverkehr hat keinen Einfluss auf die CO₂-Emissionen, ist aber notwendig, um den Ausbau der Radinfrastruktur systematisch voranzutreiben.

i. V.

gez.

Henrik Schumann
Stadtbaurat

Die Verwaltungsvorlage wurde im Rahmen eines Workflows durch die beteiligten Adressaten digital verifiziert und weitergegeben und ist ohne Unterschrift gültig.

Anlage(n):

1. [Anlage 1 Radwege](#)
2. [Anlage 2 Markierungen](#)
3. [Anlage 3 Fahrradstraßen](#)
4. [Anlage 4 Fahrradabstellanlagen neu](#)
5. [Anlage 5 Maßnahmensteckbrief R15](#)
6. [Anlage 6 Zusammenhang Strategischer Rahmenplan Radverkehr mit Maßnahmen KSTK](#)

Anlage 1: Planung / Neubau von Radwegen ab 2017

1. In Planung

- Radweg IV BA Siegauen Niederschelden
- Radweg I BA Bahnhof Eiserfeld bis Bühlstraße
- Radweg II BA Eisenhutstraße bis Hallenbad Eiserfeld
- Radweg Hainer Hütte / Jäher Hain
- Radweg An der Alche
- Radweg Langenholdinghausen bis Holzklau

2. Fertiggestellt bzw. in Vorbereitung zur Ausführung

- Radweg III BA Hallenbad Eiserfeld bis Bühlstraße
- Radweg Leimbachtal
- Radweg Siegufer
- Radweg Feuersbach
- Geisweid unter HTS Bereich Bahnhofstraße Stahlwerkstraße

Anlage 2: Planung / Neumarkierung von Radschutzstreifen, Radfahrstreifen, Piktogrammketten und Aufweitungen an LSA ab 2017

1. Planung

- Achenbacher Straße / Auf der Schemscheid
- Koblenzer Straße

2. Fertiggestellt bzw. in Vorbereitung zur Ausführung

- Hofbachstraße
- Boschgotthardtshütte
- Breitscheidstraße
- Am Eichenhang
- Siegstraße
- Poststraße
- Bahnhof Weidenau
- Giersbergstraße
- Fischbacherbergstraße
- Ypernstraße
- Uhlandstraße bis Am Schieferberg (Teilmaßnahme des Radweges Leimbachtal)
- Wichernstraße
- Gewerbegebiet Obere Leimbach
- Eiserfelder Straße
- Freudenberger Straße
- Siegtalstraße
- Radfahrerschleuse Hainer Hütte
- Marienborner Straße (Piktogrammkeette)

Anlage 3: Einrichtung von Fahrradstraßen ab 2017

1. Ausgeführt

- Siegufer
- Numbachstraße
- An der Alche
- Stahlwerkstraße

Anlage 4: Austausch / Neubau von Fahrradabstellanlagen ab 2017

1. Austausch

- Freibad Geisweid
- Freibad Kaan-Marienborn
- Klafelder Markt
- Rathausstraße
- Poststraße
- Bahnstraße
- Kaan – Marienborn Marienborner Straße
- Bahnhof Eiserfeld
- Bahnhof Siegen
- Busbereitstellungsplatz Siegen

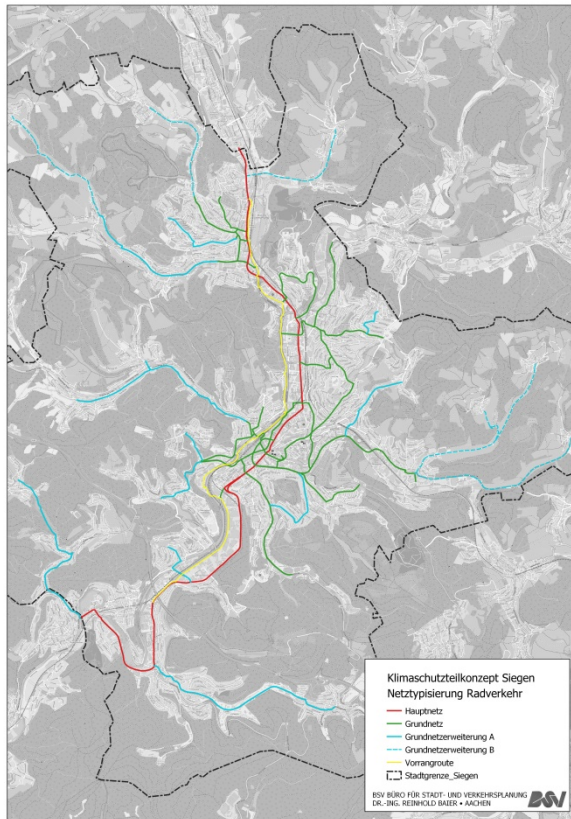
2. Neubau

- Eiserfeld Eiserntalstraße (Entfall eines Stellplatzes)
- Haltestellen Niederschelden Ortsmitte
- Haltestellen Eiserfeld Grabettstraße, Eiserfeld Bahnhof
- Haltestelle Geisweid Markt
- ZOB Geisweid
- Hallenbad Eiserfeld
- Bismarckhalle
- Alte Poststraße
- Rathaus Geisweid
- Rathaus Siegen
- Kornmarkt
- Koblenzer Straße (Deutsche Bank)
- Weidenau (Münkers Hütten)

Radverkehr

R15 Überlagerung des städtischen und des kreisweiten Radverkehrsnetzes sowie Ergänzung auf Stadt-/Ortsteilebene

Bestand



Städtische Netzdefinition Radverkehr

Ergänzung/Lösung

./.

Kurzbeschreibung

Für die Stadt Siegen liegt aus einer studentischen Arbeit ein definiertes Radverkehrsnetz (Untersuchungsgegenstand im Rahmen des Klimaschutzteilkonzeptes Mobilität, vgl. Maßnahmensteckbrief R1) vor. Die Netzdefinition enthält

- ein Hauptnetz, bei dem der Radverkehr im Hauptverkehrsstraßennetz in der Talachse geführt wird,
- eine parallel dazu verlaufende Vorrangroute, bei der der Radverkehr überwiegend abseits des Kfz-Verkehrs geführt wird,
- ein Grundnetz mit grundlegenden Radverkehrsverbindungen und relevanten Nebenverbindungen sowie
- Grundnetzerweiterungen (A und B), die der Anbindung der abseits der Talachse liegenden Stadtteile an die Talachse dienen.

Die Routenverläufe wurden unter Berücksichtigung der Topographie, der Siedlungsstruktur (Gebietsprioritäten) sowie der verkehrlichen Verbindungsfunktion zwischen Gebieten festgelegt.

Parallel zur Erarbeitung des Klimaschutzteilkonzeptes wird auch ein Radverkehrskonzept auf Kreisebene ausgearbeitet, welches Verbindungen zwischen den kreisangehörigen Kommunen berücksichtigt (nicht Untersuchungsgegenstand im Rahmen des Klimaschutzteilkonzeptes Mobilität). Auch hier gibt es eine Netzklassifizierung nach

- Hauptnetz, welches möglichst direkte Verbindungsrouten enthält, die in Siegen überwiegend im Hauptverkehrsstraßennetz verlaufen,

- Nebennetz, welches zum Hauptnetz alternative bzw. ergänzende Verbindungsrouten enthält sowie
- Radpendlerrouen, die eine hohe Pendlerbedeutung haben und möglichst topographisch günstig geführt werden.

Damit liegen für den Radverkehr im Stadtgebiet Siegen zwei Netzdefinitionen vor. Nach Fertigstellung des kreisweiten Radverkehrskonzepts gilt es die beiden Netzdefinitionen zu überlagern und zu vereinen, damit im Weiteren ein zusammengesetztes Radverkehrsnetz für die Stadt Siegen vorliegt. Das so entstehende Radverkehrsnetz deckt damit die gesamtstädtische Verbindungen (Verbindungen zwischen den Stadtteilen) sowie die interkommunalen Verbindungen (Verbindungen zu den Nachbarkommunen) ab. Im Hinblick auf die Feinerschließung (Stadtteilebene) fehlt eine Netzdefinition. Diese ist für alle Stadtteile im Nachgang an die Netzüberlagerung aufzustellen. Dabei ist die Erschließung von Wohngebieten zur Verbesserung der Anbindung des Radverkehrs an den ÖPNV zu berücksichtigen.

Die in den Netzdefinitionen enthaltenen Verbindungsrouten stellen für den Radverkehr bedeutende Radachsen dar und sind im Hinblick auf infrastrukturelle Verbesserungsmaßnahmen für den Radverkehr priorisiert zu behandeln.

Zielsetzung

- ➡ Festlegung der Feinverteilung des Radverkehrs (Lenkung des Radverkehrs)
- ➡ Räumliche Priorisierung von infrastrukturellen Verbesserungsmaßnahmen für den Radverkehr

Wirkung auf ...

	gering			hoch
Verkehrsmittelwahl (zu Gunsten des Umweltverbunds)				
Wegelängen (Verringerung)				
Besetzungs-/Auslastungsgrad (Steigerung)				
Öffentlichkeit (Wahrnehmung)				

Klimaschutzorientierte Bewertung

CO₂-Emissionen (Minderungspotenzial)	mittel
Kostenschätzung (Planung, Material, Umsetzung)	hoch
Fertigstellung der Maßnahme (Wirkungsbeginn)	mittelfristig
Klimaschutzorientierte Priorität (Gesamtbewertung)	☆☆☆

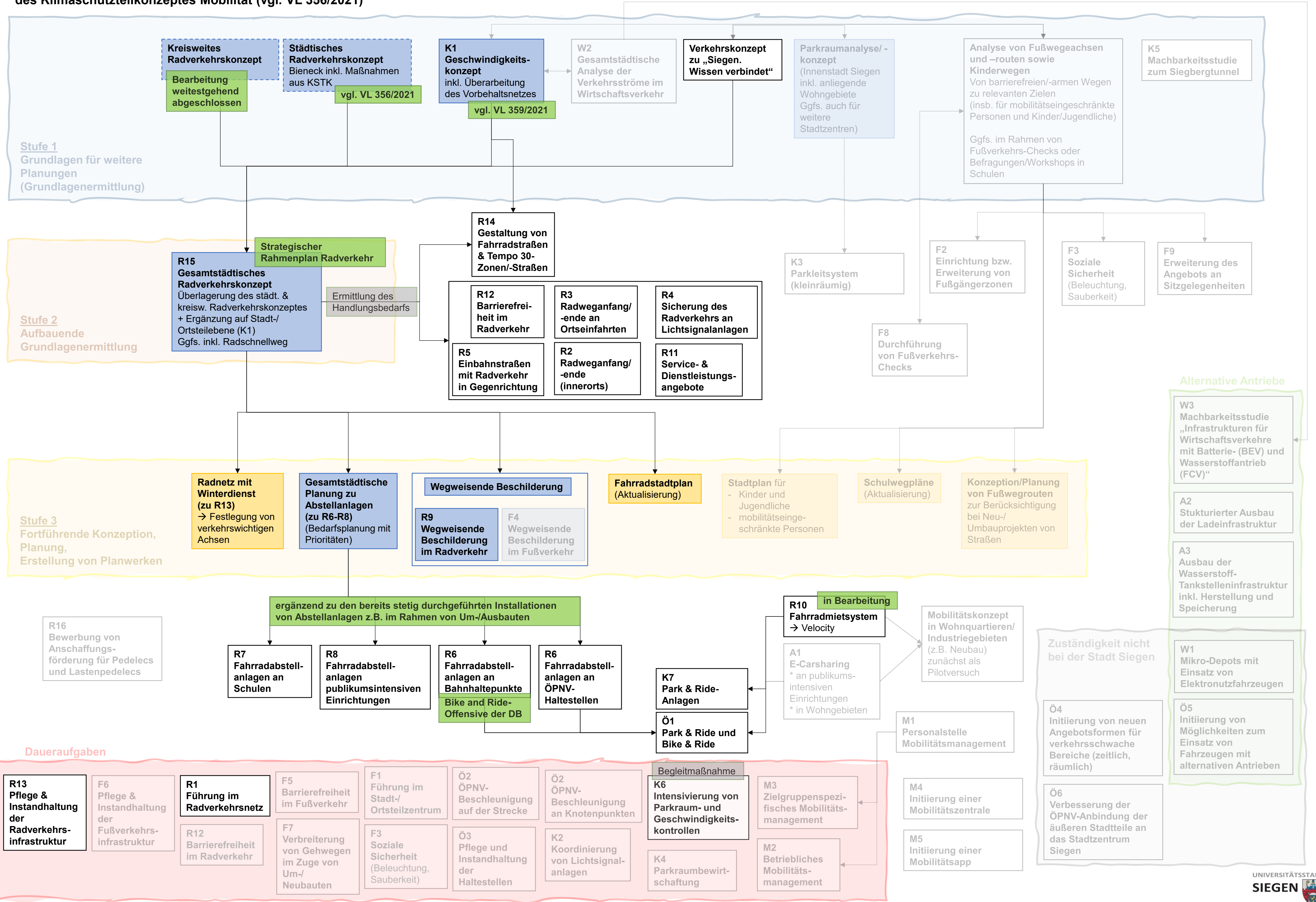
Umsetzungsorientierte Bewertung



Verantwortlichkeit/ Beteiligung

Stadt Siegen unter Beteiligung weiterer relevanter Akteure (z. B. ADFC)

Anlage 6: Zusammenhang „Strategischer Rahmenplan Radverkehr“ mit den Maßnahmen des Klimaschutzteilkonzeptes Mobilität (vgl. VL 356/2021)



VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich: 4
Bereich: Vermessung und Geoinformation
Bearbeitet von: Frau Krämer

Siegen, 19.05.2021

Beratungsfolge: ☒ öffentlich ☐ nichtöffentlich

Bezirksausschuss I - Siegen-Geisweid	15.06.2021
Bauausschuss	25.08.2021
Haupt- und Finanzausschuss	01.09.2021
Rat	22.09.2021

Kurzbezeichnung:

Satzung der Stadt Siegen über die Aufhebung von Festsetzungen für gemeinschaftliche Angelegenheiten des Flurbereinigungsverfahrens Langenholdinghausen 27591 (L. 422)

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt folgende Satzung:

Satzung der Stadt Siegen über die Aufhebung von Festsetzungen für gemeinschaftliche Angelegenheiten des Flurbereinigungsverfahrens Langenholdinghausen 27591 (L. 422);
Aufhebung der Zweckwidmung für einen Teilbereich des Wirtschaftsweges Gemarkung Meiswinkel Flur 2 Flurstück 23

Sachverhalt / Begründung:

Der genannte Weg ist im Zuge des Flurbereinigungsverfahrens Langenholdinghausen vom 10.05.1969, welches auch Teilabschnitte von Meiswinkel, Birlenbach und Buchen umfasst, gebildet und mit der Zweckwidmung Wirtschaftsweg festgesetzt worden. Das Eigentum wurde der damaligen Stadt Hüttental übertragen.

Gemäß § 3 Nummer 2.2 des Flurbereinigungsplanes haben die Wege den Zweck, „die land- und forstwirtschaftlichen sowie gärtnerischen Nutzflächen und die bei der Ausführung des Flurbereinigungsplanes vorhandenen bebauten oder in anderer Weise genutzten Grundstücke zu erschließen. Sie sind gemeinschaftliche Anlagen und nicht für den öffentlichen Verkehr bestimmt.“

§ 8 des Flurbereinigungsplanes besagt, dass die Festzungen in § 3 Nummern 2.2 (Zweckbestimmung der Wege), 2.3 (Benutzung), 2.4 (Nebennutzung) und 2.6 (Unterhaltung) im öffentlichen Interesse getroffen werden und nach § 58 Absatz 4 des Flurbereinigungsgesetzes (FlurbG) die Wirkung von Gemeindegsetzungen haben. Nach Beendigung des Flurbereinigungsverfahrens können die Festsetzungen mit Zustimmung der Gemeindegsetzungsbehörde durch Gemeindegsetzung geändert oder aufgehoben werden (§ 58 Absatz 4 Satz 2 FlurbG).

Der betreffende Wegeabschnitt ist in der Örtlichkeit nicht mehr als Teil des eigentlichen Wirtschaftsweges erkennbar und nutzbar. Nach Beendigung des Aufhebungsverfahrens soll das Teilstück in das Eigentum eines Anliegers übergehen. Die weitere Nutzbarkeit des Weges wird durch den Wegfall der Teilfläche nicht beeinträchtigt. Alle an den Weg angrenzenden landwirtschaftlich genutzten Grundstücke bleiben über den verbleibenden Weg sowie andere Wegeführungen erreichbar.

Die Landwirtschaftskammer Nordrhein-Westfalen (Kreisstelle Siegen-Wittgenstein) wurde vor Beginn des Satzungsverfahrens über das geplante Vorgehen der Stadt Siegen unterrichtet und hat mit Schreiben vom 06.01.2021 keinerlei Bedenken dagegen geäußert.

Am 31.03.2021 (Siegener Zeitung) und 10.04.2021 (Westfälische Rundschau und Westfalenpost) wurde die Absicht der Aufhebung der Zweckwidmung durch Satzung öffentlich bekannt gemacht. Allen Betroffenen wurde somit die Gelegenheit gegeben, Einwendungen vorzubringen und evtl. Rechte geltend zu machen.

Innerhalb der gesetzten einmonatigen Frist wurden keine Einwendungen erhoben.

Es wird daher empfohlen, die der Vorlage beigegefügte Satzung über die Aufhebung der Zweckwidmung für die in dem anliegenden Lageplan grau markierte Teilfläche des Weges Gemarkung Meiswinkel Flur 2 Flurstück 23 gemäß § 58 Absatz 4 des Flurbereinigungsgesetzes zu beschließen.

Finanzielle Auswirkungen ☐ ja ☒ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objektbezogene Einzahlungen	Abstimmung mit dem Kämmerer <input type="checkbox"/> ist erfolgt. <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen.
---------------------------	-----------------------	--------------------------	--	--

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im Finanzplan	<input type="checkbox"/> im Ergebnisplan	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Kostenträger/ Investitionscode Sachkonto
--	--	-------------------------------	----------------------------------	--

Klimaschutz

Klimarelevanz	Veränderungen CO ₂ -Emissionen	Übereinstimmung mit dem Zielen bzw. dem Zielkonzept der Stadt Siegen	Bestehen alternative Handlungsoptionen?
<input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, positiv <input type="checkbox"/> Ja, negativ <input type="checkbox"/> Prüfbedarf	<input type="checkbox"/> erhebliche Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Erhöhung <input type="checkbox"/> erhebliche Erhöhung	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unbekannt	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja
Erläuterung Klimarelevanz			
Begründung (Veränderung / Übereinstimmung / Handlungsoptionen)			

i. V.

gez.

Schumann
 Stadtbaurat

Die Verwaltungsvorlage wurde im Rahmen eines Workflows durch die beteiligten Adressaten digital verifiziert und weitergegeben und ist ohne Unterschrift gültig.

Anlage:

1. [Satzungsentwurf](#)

Satzung

der Stadt Siegen vom über die Aufhebung von Festsetzungen für gemeinschaftliche Angelegenheiten des Flurbereinigungsverfahrens Langenholdinghausen 27591 (L. 422); Aufhebung der Zweckwidmung für einen Teilbereich des Wirtschaftsweges Gemarkung Meiswinkel Flur 2 Flurstück 23

Aufgrund des § 7 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW. S. 666), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 29. September 2020 (GV. NRW. S. 916) und des § 58 Absatz 4 des Flurbereinigungsgesetzes (FlurbG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 16. März 1976 (BGBl. I S. 546), zuletzt geändert durch Artikel 17 des Gesetzes vom 19. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2794) hat der Rat der Stadt Siegen in seiner Sitzung am folgende Aufhebungssatzung beschlossen. Der Landrat des Kreises Siegen-Wittgenstein als untere staatliche Verwaltungsbehörde hat mit Verfügung vom seine Zustimmung zu dieser Satzung erteilt.

§ 1

Die in dem Flurbereinigungsplan Langenholdinghausen 27591 (L. 422) vom 10. Mai 1969 unter Berücksichtigung der Nachträge 1 - 9 in § 3 "Gemeindestraßen und Wirtschaftswege" festgesetzte Zweckwidmung wird für den nachfolgend aufgeführten und in dem beigefügten Lageplan grau markierten Teilbereich des Weges aufgehoben:

Gemarkung Meiswinkel Flur 2 Flurstück 23 teilweise, Wirtschaftsweg "Wieschen" - eingezäuntes Teilstück entlang der Grundstücksgrenze zu Flurstück 22

Der Plan ist Bestandteil der Satzung.

§ 2

Mit Inkrafttreten dieser Satzung erlöschen alle Rechte, Pflichten und Beschränkungen, die sich aus der Zweckwidmung für das in § 1 bezeichnete Wegegrundstück ergeben.

§ 3

Diese Satzung tritt nach aufsichtsbehördlicher Genehmigung mit dem Tage nach der Bekanntmachung in Kraft.

Bekanntmachungsanordnung

Die vorstehende Satzung wird hiermit öffentlich bekannt gemacht.

Die nach § 58 Absatz 4 Satz 2 des Flurbereinigungsgesetzes (FlurbG) erforderliche Genehmigung wurde mit Verfügung des Landrates des Kreises Siegen-Wittgenstein als untere staatliche Verwaltungsbehörde am erteilt.

Es wird darauf hingewiesen, dass eine Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften der Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NRW) beim Zustandekommen dieser Satzung nach Ablauf eines Jahres seit der Bekanntmachung nicht mehr geltend gemacht werden kann, es sei denn:

- a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt,
- b) diese Satzung ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekannt gemacht worden,
- c) der Bürgermeister hat den Ratsbeschluss vorher beanstandet oder
- d) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Gemeinde vorher gerügt und dabei auch die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Siegen, den

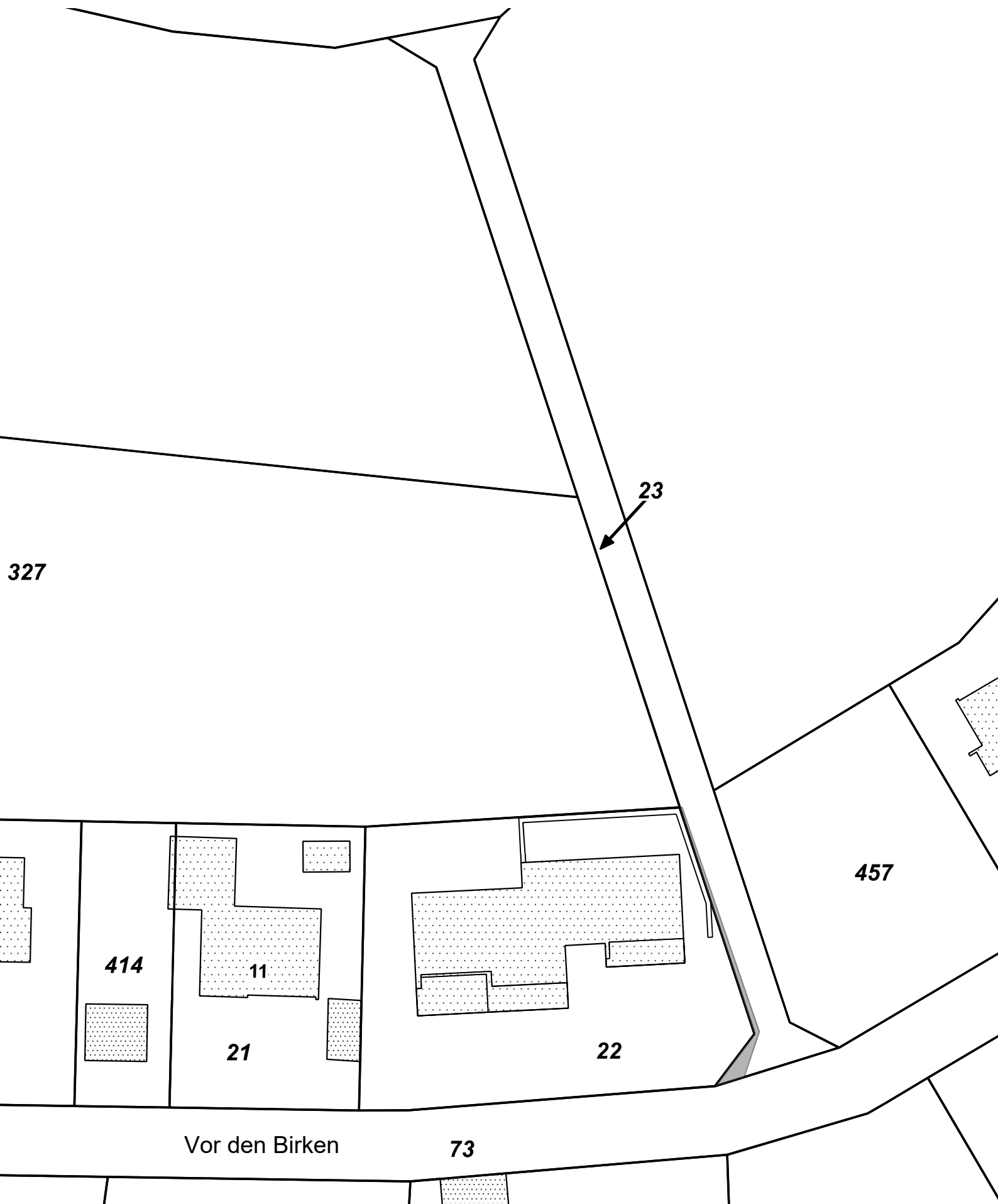
Gemarkung: Meiswinkel

Flur: 2

Flurstück: 23

Karte im Maßstab 1:500

© Universitätsstadt Siegen | Abteilung 4/2 Vermessung und Geoinformation



VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich: 4
Bereich: Stadtentwicklung
Bearbeitet von: Philipp Springmann

Siegen, 05.08.2021

Beratungsfolge: ☒ öffentlich ☐ nichtöffentlich

Haupt- und Finanzausschuss **01.09.2021**

Rat **22.09.2021**

Kurzbezeichnung:

Förderprojekt Fischbacherberg – Erfahrungsfeld Schön und Gut: Deckung voraussichtlicher Mehrkosten, aufgrund aktueller Preissteigerungen im Baugewerbe.

Beschlussvorschlag:

Der Haupt- und Finanzausschuss des Rates der Universitätsstadt Siegen beschließt, weil es sich um einen Fall von Dringlichkeit handelt, gem. § 60 Absatz 1 Satz 1 GO NRW:

1. dass die Stadt Siegen im Falle von auftretenden Mehrkosten zur baulichen Umsetzung des Projektes Fischbacherberg – Erfahrungsfeld Schön und Gut die zusätzlichen Kosten bis zu einer maximalen Höhe von 240.000 € aus ihren Haushaltsmitteln bezahlen wird.
2. die Bereitstellung einer außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung gemäß § 85 Abs. 1 GO NRW in Höhe von 400.000 € auf „T090201080/7851000 – Erfahrungsfeld Fischbacherberg/Auszahlung für Hochbaumaßnahmen“. Die Deckung erfolgt durch Nichtinanspruchnahme der Verpflichtungsermächtigung bei der Investitionsmaßnahme T120204084 – Kreisverkehr Schleifmühlchen.

Der Rat der Universitätsstadt Siegen genehmigt vorstehende Dringlichkeitsentscheidung vom 01.09.2021.

Sachverhalt / Begründung:

Auf dem Erfahrungsfeld Schön und Gut am Fischbacherberg soll ein weiteres Werkstattgebäude für die Arbeit mit sozial benachteiligten Kindern und Jugendlichen entstehen. Das Projekt zielt auf die Erlernung sozialer, handwerklicher und künstlerischer Fähigkeiten ab, die durch entsprechendes Fachpersonal auf dem Gelände vermittelt und gefördert werden

sollen. Hierbei handelt es sich um ein Kooperationsprojekt mit der Hoppmann-Stiftung-Demokratie im Alltag (zuständig für spätere Nutzung des Gebäudes und verantwortlich für das genannte Personal), welches die Stadt Siegen zu 70 % über Städtebaufördermittel, zu 20 % über Stiftungsmittel und zu 10 % über Eigenmittel finanziert. Der Zuwendungsbescheid von 2016 beläuft sich auf 754.198 € zuwendungsfähige Gesamtausgaben. Das erste, bereits bestehende Werkstattgebäude ist nicht Teil dieses Zuwendungsbescheides.

Da bereits ab 2017 für Abrissarbeiten und Baugrunduntersuchungen Kosten i. H. v. insgesamt rd. 40.000€ angefallen sind und allein für die Errichtung des Werkstattgebäudes Kosten von rd. 755.000 € kalkuliert wurden, sind im Haushalt bereits 800.000 € veranschlagt.

Aufgrund von derzeit erheblichen Preissteigerungen im Baugewerbe (Materialpreise und sehr gute Auftragslage) ist damit zu rechnen, dass die bevorstehenden Ausschreibungen verschiedener Einzelgewerke für den Bau des Werkstattgebäudes, darunter auch der Holzbau zur grundlegenden Konstruktion des Gebäudes, zu weiteren zusätzlichen Kosten führen werden. Nach heutigem Stand ist im worst-case von Mehrkosten in einer Größenordnung von bis zu 400.000 € auszugehen.

Durch die Suche nach Einsparpotenzial soll bei den anstehenden Ausschreibungen versucht werden, diese allgemeine Preissteigerung zu kompensieren. Durch Reduzierung der Leistungsverzeichnisse soll eine Begrenzung der Mehrkosten auf 300.000 € erreicht werden.

Im Hinblick auf die noch ausstehenden Ausschreibungen (siehe Folgeseite) sollte dennoch vorsorglich eine Finanzierungssicherung für 400.000 € Mehrkosten für den Bau des Werkstattgebäudes hergestellt werden, damit zukünftige Ausschreibungen und Vergaben unter der Voraussetzung „Finanzierung gesichert“ erfolgen können und die Gesamtumsetzung des Projektes nicht gefährdet ist.

Folgendes Mehrkostenkonzept wird vorgeschlagen und ist mit der Stiftung abgestimmt:

Für die Mehrkosten bis zur angestrebten Begrenzung auf maximal 300.000 € sind maximal 160.000 € durch die Stiftung zugesichert, sodass 140.000 € zu Lasten des städtischen Haushaltes gehen. Dabei ist zu beachten, dass die Stiftung bereits die vollständige Übernahme der (Abriss-) Kosten aus den Vorjahren in Höhe von rd. 40.000 € zugesichert hat, sodass die Stiftung insgesamt bis zu 200.000 € zusätzliche Mittel beisteuert.

Die darüber hinausgehenden Mehrkosten beim Werkstattbau würden bis zur maximalen Höhe von 400.000 € durch die Stadt übernommen. Dadurch erhöht sich der städtische Anteil um maximal 240.000 €.

Zudem wird derzeit eine einjährige Verlängerung des bis jetzt noch förderseitig festgelegten Fertigstellungsdatums 31.12.2021 beim Fördermittelgeber beantragt. Dieser hat hierfür mündlich bereits eine zuversichtliche Rückmeldung gegeben. Eine Deckung der voraussichtlich entstehenden Mehrkosten über den Fördermittelgeber wurde bereits erfragt und abgewiesen. Eine weitere Verlängerung über das Fertigstellungsdatum Ende 2022 hinaus ist nicht möglich, obgleich die prekäre Situation kommuniziert und um eine Ausdehnung der Frist gebeten wurde.

Um das soziale, integrative und inklusive Quartiersprojekt umsetzen zu können, muss neben der Fristverlängerung für den Fall der voraussichtlich auftretenden Mehrkosten eine entsprechende Kostendeckung gesichert sein. Dies ist für die bevorstehenden Ausschreibungen zwingend notwendig.

Die aktuellen Entwicklungen, die zu den zu erwartenden Preissteigerungen führen könnten und die unabänderliche Fristsetzung, sollten nicht alleine zu Lasten der Stiftung gehen. Die Verwaltung spricht sich dafür aus, das mögliche Risiko mit der Zielsetzung der Fertigstellung des Projektes gemeinsam zu tragen. Es kann nicht im Sinn der Stadt als Grundstückseigentümerin sein, ein in Bau befindliches Projekt (Bodenplatte fertig) nicht weiterzuführen und eine Bauruine in Kauf zu nehmen. Die Impulse, die von dem Projekt auch für das Quartier und weit darüber hinaus ausstrahlen, sprechen dafür, das finanzielle Engagement der Stadt bedarfsgerecht anzupassen.

Bisher abgeschlossene Gewerke:

(2016er- und 2017er-Mittel hierfür abgerufen; siehe dafür Abbildung 1):

- Abrissarbeiten
- Baugrunduntersuchung
- Bodenplatte

Noch ausstehende Gewerke:

- Holzbauarbeiten
- Heizungs-/Sanitärarbeiten
- Elektroarbeiten
- Fenster/Außentüren
- Trockenbauarbeiten
- Bodenbelagsarbeiten
- Malerarbeiten
- Innentüren

Abbildung 1: Übersicht Aufteilung Fördermittel auf Förderzeitraum*Hinweis: Fördermittel können bis zu 3 Jahre rückwirkend abgerufen werden*

Jahr	Fördermittel 70%	Eigenanteil 30%	Gesamtinvestition	Stiftung 20%	Stadt 10%	Stand Mittelabruf
2016	27.740,00 €	11.888,57 €	39.628,57 €	7.925,71 €	3.962,86 €	abgerufen
2017	124.597,58 €	53.398,96 €	177.996,54 €	35.599,31 €	17.799,65 €	abgerufen
2018	164.189,42 €	70.366,89 €	234.556,31 €	46.911,26 €	23.455,63 €	in Kürze abzurufen
2019	132.132,00 €	56.628,00 €	188.760,00 €	37.752,00 €	18.876,00 €	spätestens in 2022 abzurufen
2020	69.279,00 €	29.691,00 €	98.970,00 €	19.794,00 €	9.897,00 €	
2021	10.000,00 €	4.285,71 €	14.285,71 €	2.857,14 €	1.428,57 €	
	527.938,00 €	226.259,14 €	754.197,14 €	150.839,43 €	75.419,71 €	
	Kosten aus Vorjahren		40.000,00 €	40.000,00 €	0,00 €	
	Mehrkosten Werkstattbau		300.000,00 €	160.000,00 €	140.000,00 €	
		Gesamt	1.094.197,14 €	350.839,43 €	215.419,71 €	
Schlüssel für Gesamtkosten bei eintretenden Mehrkosten von 340T € (300T Werkstatt + 40T Abriss)						
Förderung		48%				
Stiftung		32%				
Stadt		20%				

Bei Mehrkosten von 340.000 € ergibt sich ein Finanzbedarf von 1.094.197,14 €. Im Haushalt bereitgestellt wurden bisher rd. 800.000 €, so dass sich ein zusätzlicher Mittelbedarf von rd. 300.000 € ergibt. Sollten sich trotz Anpassung der Leistungsverzeichnisse aus den Ausschreibungsergebnissen Mehrkosten von bis zu 400.000 € ergeben, erhöht sich der Mittelbedarf auf 400.000 €.

Da die Bauleistungen zum großen Teil erst in 2022 erbracht werden, sind im Haushalt 2021 keine kassenwirksamen Mittel erforderlich und die Finanzierung wird durch die außerplanmäßige Bereitstellung einer Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 400.000 € sichergestellt. Davon werden 100.000 € zunächst gesperrt, da eine Begrenzung der Mehrkosten für das Werkstattgebäude auf 300.000 € unterstellt wird. Die zusätzliche Kostenbeteiligung der Stiftung wird im Haushalt 2022 veranschlagt.

Die Deckung der außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung erfolgt über die Investitionsmaßnahme T120204084 – Kreisverkehr Schleifmühlchen –, da in 2021 keine Ausschreibung mehr erfolgen wird.

Der gesamte Finanzbedarf (1.094.197,14 €) von aufgerundet 1,1 Mio. € bzw. im schlechtesten Fall von aufgerundet 1,2 Mio. € führt zu einem Eigenanteil der Stadt von rd. 221.000 € bzw. rd. 321.000 € (siehe Tabelle „Finanzielle Auswirkungen“ am Vorlagenende). Diese Werte ergeben sich aus dem 10%-Anteil (75.419,80 €) der ursprünglichen zur Verfügung stehen-

den Gesamtmittel aus dem Zuwendungsbescheid (754.198,00 €) und den 140.000 € bzw. 240.000 € Zusatzmitteln seitens der Stadt, unter Berücksichtigung der Aufrundung der Gesamtkosten. Die verbleibenden Kosten werden über Fördermittel und Stiftungsmittel erbracht.

Begründung der Dringlichkeit:

Aufgrund der oben skizzierten Fristen und förderseitigen Vorgaben müssen bis Mitte Februar 2022 bereitstehende Mittel in Höhe von 234.556,31 € für umgesetzte Maßnahmen ausbezahlt werden, ansonsten verfallen diese (siehe Abbildung 1). Daher ist der weitere Zeitplan sehr eng getaktet und die ausstehenden Ausschreibungen der Baugewerke müssen Anfang September veröffentlicht werden. Dies kann nur rechtssicher erfolgen, wenn die Finanzierung gesichert ist - also das hier in Rede stehende Mehrkostenkonzept und die damit verbundene außerplanmäßige Mittelbereitstellung gebilligt wurde. Ein Beschluss erst in der Ratssitzung am 26.09.2021 würde die Umsetzung des Gesamtprojektes nahezu unmöglich machen.

Finanzielle Auswirkungen ☒ ja ☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objektbezogene Einzahlungen	Abstimmung mit dem Kämmerer
rd. 1,1 Mio. € (maximal 1,2 Mio. €)		rd. 221.000 € (max. rd. 321.000 €)	878.759,34 €	<input checked="" type="checkbox"/> ist erfolgt. <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen.

Veranschlagung

<input checked="" type="checkbox"/> im Finanzplan	<input type="checkbox"/> im Ergebnisplan	<input type="checkbox"/> Nein	<input checked="" type="checkbox"/> Ja, mit 761.840,00 €	Kostenträger/ Investitionscode T090201080 Sachkonto 0978510
---	--	-------------------------------	---	---

Klimaschutz

Klimarelevanz <input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, positiv <input type="checkbox"/> Ja, negativ <input type="checkbox"/> Prüfbedarf	Veränderungen CO₂-Emissionen <input type="checkbox"/> erhebliche Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Erhöhung <input type="checkbox"/> erhebliche Erhöhung	Übereinstimmung mit dem Zielen bzw. dem Zielkonzept der Stadt Siegen <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unbekannt	Bestehen alternative Handlungsoptionen? <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja
Erläuterung Klimarelevanz Es geht bei dieser Vorlage um ein Finanzierungskonzept, welches keine Klimarelevanz auslöst. Die Baumaßnahme befindet sich bereits in Umsetzung.			
Begründung (Veränderung / Übereinstimmung / Handlungsoptionen)			

i. A.

gez.

André Schmidt
Dezernent

Die Verwaltungsvorlage wurde im Rahmen eines Workflows durch die beteiligten Adressaten digital verifiziert und weitergegeben und ist ohne Unterschrift gültig.

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich: 4
Bereich: Stabsstelle Klimaschutz
Bearbeitet von: Herr Daub

Siegen, 20.05.2021

Beratungsfolge: ☒ öffentlich ☐ nichtöffentlich

Ausschuss für Umwelt, Klima und Energie	24.08.2021
Bauausschuss	25.08.2021
Haupt- und Finanzausschuss	01.09.2021
Rat	22.09.2021

Kurzbezeichnung:

Sofortmaßnahmen: Klimaneutraler Gebäudebetrieb 2040

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt, wie von der Verwaltung vorgeschlagen, bis zur Verifizierung durch die Roadmap/Fahrplan „Klimaneutraler Gebäudebetrieb 2040“ folgende Sofortmaßnahmen:

1. sich zunächst der Definition des EU-Parlaments zur Klimaneutralität anzuschließen.
2. Neubauten (auch Anbauten im Bestand) der Stadt Siegen mindestens im Passivhausstandard zu errichten. (vorbehaltlich Einzelfallfestlegungen für besondere Gebäude, wie etwa Schwimmbäder, Veranstaltungsgebäude)
3. die CO₂-neutrale Wärmeversorgung der Liegenschaften anzustreben (fossile Wärmeerzeuger sind nur in technisch zuvor begründeten Einzelfällen zulässig) und verfügbare Fördermittel bei jeder Heizungssanierung zu beantragen.
4. bei allen Neubauten und Dachsanierungen die solare Nutzung der Dachfläche verpflichtend umzusetzen, entweder in Eigenregie oder mit Hilfe eines externen Dienstleisters, welcher den Strom aus der Anlage an die Stadt direkt liefert. Die **Maximalauslegung** („Maximalauslegung bedeutet die Dachflächen abzüglich der Flächenanteile des Daches, die wegen Verschattung, Dachaufbauten, Dachfenstern, anderer Dachnutzungen oder Ausrichtung nach Norden (Himmelsrichtungen zwischen Ostnordost und Westnordwest) nicht genutzt werden können) der Anlagen ist anzustreben, wo möglich in Kombination mit einer Dachbegrünung.
5. schon jetzt Kompensationsmaßnahmen anzugehen und diese bilanziell zu erfassen.
6. dass die Kompensation von Emissionen zunächst vorrangig innerhalb des Stadtgebietes und erst nachrangig außerhalb des Stadtgebietes erfolgen muss.

Sachverhalt / Begründung:**Gliederung:**

1. Was bedeutet eigentlich Klimaneutralität?
2. Klimakompensation
3. Was sind Klimaneutrale Gebäude?
4. Fazit

Sachverhalt und Begründung:**1. Was bedeutet eigentlich Klimaneutralität?**

Der menschengemachte Klimawandel durch die Emission von Treibhausgasen ist eine der größten Herausforderungen der Menschheit. Ein ungebremsster Klimawandel führt zu massiven ökologischen Schäden und enormen volkswirtschaftlichen Kosten. Investitionen, welche heute zur Vermeidung bzw. Verminderung der globalen Erwärmung getätigt werden, führen daher zu Kosteneinsparungen, die sich auch volkswirtschaftlich auszahlen. Neben globalen Aspekten führen nachweislich regionale Klimaschutzaktivitäten zu konkreten Vorteilen in der Region wie etwa regionale Wertschöpfung, Akzeptanz und Identifikation von Unternehmen, Bürgerinnen und Bürgern. Um die Folgen des Klimawandels einzudämmen, wurde 2015 das Paris-Abkommen verabschiedet. Um die darin definierten Ziele zu erreichen, ist es notwendig, schnellst möglich die Treibhausgasemissionen auf das absolute Minimum reduzieren. Gleichzeitig müssen Treibhausgassenken ausgebaut werden, um zu einer ausgeglichenen Bilanz von null Emissionen zu kommen. Die Klimapolitik der EU sieht mit dem European Green Deal vor bis 2050 in der EU die Netto-Emissionen von Treibhausgasen auf null zu reduzieren und somit als erster Kontinent klimaneutral zu werden.

Der Rat der Stadt Siegen hat in seiner Sitzung am 26.02.2020 u.a. folgenden Beschluss zur Umsetzung der Klimaschutzerfordernisse gefasst (CO₂-neutralen kommunalen Gebäudebestand bis spätestens 2040):

„Die Stadt Siegen senkt ihren CO₂-Ausstoß durch Gebäudeheizung oder Gebäudebetrieb jährlich um mind. 5%. Ziel ist, spätestens 2040 einen CO₂-neutralen Gebäudebestand zu erreichen. Dies kann durch Heizungstausch, Heizungsoptimierung, Dämmmaßnahmen, durch Beleuchtungstausch oder die Optimierung anderer haustechnischer Anlagen (z.B. Pumpen) erfolgen. Kennzahlen sind jährlich im Rat vorzulegen, z.B. im Haushalt.“

Aktuelles:

Das **Bundesverfassungsgericht (BVerfG)** hat im April 2021 mehrere Klagen verschiedener Klimaschutzorganisationen für begründet und das 1,5 Grad-Ziel des Pariser Klimaabkommens mit seinem Urteil für verfassungsrechtlich verbindlich erklärt. Grund ist, dass die nach dem Pariser Klimaschutzabkommen notwendigen CO₂-Reduktionen weitgehend in die Zukunft verlagert seien, um die Gegenwart mit politisch mutmaßlich unbequemen, drastischen Maßnahmen zu verschonen. Das Klimaschutzgesetz hatte definiert, dass Deutschland, entsprechend der Pariser Verabredungen, bis zum Jahr 2050 klimaneutral werden soll-

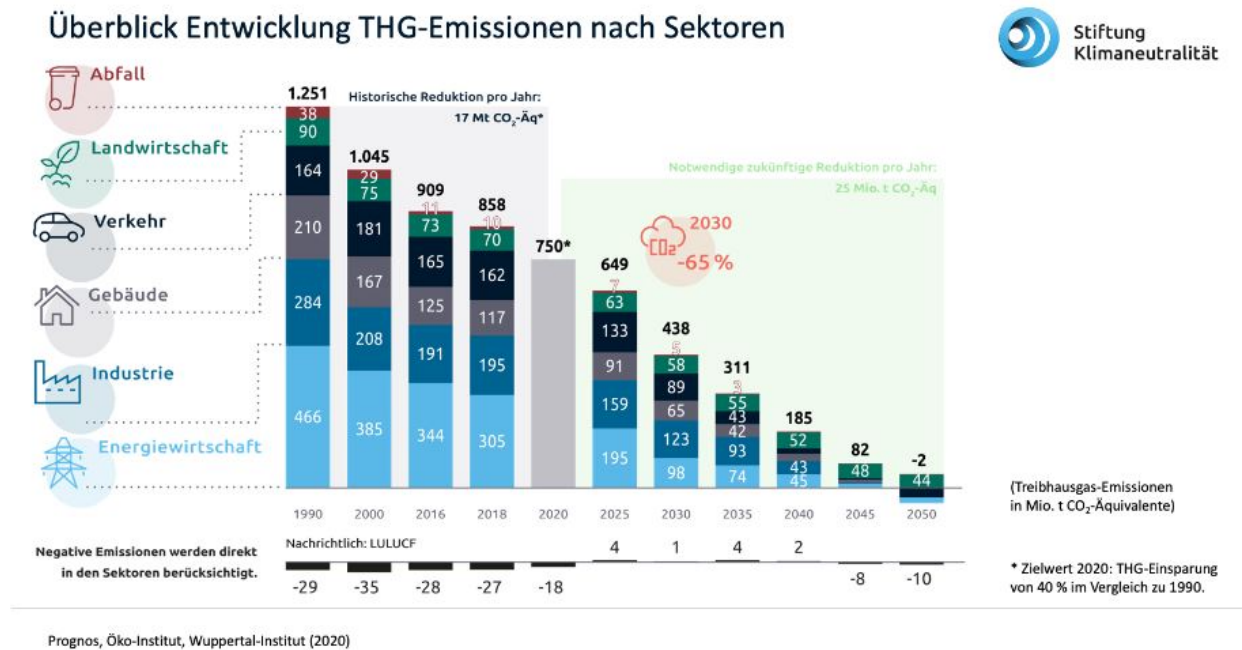
le. Bis 2030 sollen nach dem Gesetz 55 Prozent der notwendigen CO₂-Einsparungen erreicht werden, dazu wurden für verschiedene Gesellschaftsbereiche bestimmte Einsparziele festgelegt – aber nur bis zum Jahr 2030. Die notwendigen weiteren Reduktionen für die Zeit zwischen 2031 und 2050 hat der Gesetzgeber offengelassen, obwohl die mutmaßlich am schwersten zu erreichen sein werden.

Am 12. Mai 2021 verabschiedete das Bundeskabinett die Novelle des Klimaschutzgesetzes. Darin wird unter anderem ein verbindlicher Pfad zur Klimaneutralität beschrieben, die statt 2050 bereits im Jahr 2045 erreicht werden soll. Das Zwischenziel für 2030 wird von derzeit 55 auf 65 Prozent Treibhausgasminderung gegenüber 1990 erhöht, und für 2040 gilt ein neues Zwischenziel von 88 Prozent Minderung. Zusätzlich zum Beschluss des neuen Klimaschutzgesetzes kündigte die Bundesregierung ein Sofortprogramm an, das die Umsetzung der neuen Klimaschutzziele für die verschiedenen Sektoren unterstützen soll – mit einer zusätzlichen Förderung von bis zu acht Milliarden Euro sowie mit zusätzlichen Vorgaben. Unter anderem sollen die Energiestandards für Neubauten gestärkt werden.

Das im Dezember 2019 verabschiedete „**Gesetz über einen nationalen Zertifikatehandel für Brennstoffemissionen**“ (kurz: **Brennstoffemissionshandelsgesetz – BEHG**) regelt die zum 01.01.2021 eingeführte CO₂-Bepreisung für Brennstoffe in Form eines nationalen Emissionszertifikatehandels, die indirekt alle Bürger, Unternehmen und Kommunen betrifft. Die Bepreisung sieht zunächst für 2021 einen CO₂-Preis von 25[€/t CO₂] vor und soll wie folgt steigen (2022 – 30 €; 2023 – 35 €, 2024 – 45€, 2025 – 55 €, 2026 –55-65€). **Somit führen alle kommunal erzeugten CO₂-Emissionen (Heizungen, Verstromung mittels fossilen Brennstoffen, fahrtbedingte Verbräuche Benzin/Diesel etc.) zu Mehrkosten für die Stadt Siegen. Eine Tonne CO₂ verursacht gemäß Umweltbundesamt Schäden von 195 Euro, es ist daher davon auszugehen, dass die CO₂-Bepreisung in den Folgejahren weiter steigen wird, was bei kommunalen Entscheidungen Berücksichtigung finden muss.** Diesbezüglich gilt es jedoch Rahmenbedingungen und Begrifflichkeiten einheitlich zu definieren.

Treibhausgasemissionen - Was versteht man unter Klimaneutralität?

Würden die weltweiten Emissionen konstant bleiben, wäre das Budget für eine Erreichung des 1,5 °C-Zieles in etwa zehn Jahren aufgebraucht. Bei einer linearen Absenkung ist eine Klimaneutralität bis 2035 erforderlich, wobei entwickelte Staaten ihre Emissionen schneller senken müssen, um den anderen Staaten noch etwas mehr Zeit für die Entwicklung zu geben.



Definition des Europäischen Parlaments:

„Klimaneutralität bedeutet, ein Gleichgewicht zwischen Kohlenstoffemissionen und der Aufnahme von Kohlenstoff aus der Atmosphäre in Kohlenstoffsenken herzustellen. Um Netto-Null-Emissionen zu erreichen, müssen alle Treibhausgasemissionen weltweit durch Kohlenstoffbindung ausgeglichen werden.“

Bisher gibt es keine künstlichen Kohlenstoffsenken, die Kohlenstoff in dem Maße aus der Atmosphäre entfernen können, wie es zur Bekämpfung der globalen Erwärmung notwendig wäre. Als Kohlenstoffsenke wird ein System bezeichnet, das mehr Kohlenstoff aufnimmt als es abgibt. Die wichtigsten natürlichen Kohlenstoffsenken sind Böden, Wälder und Ozeane. Laut Angaben des EU-Parlaments entfernen natürliche Senken zwischen 9,5 und 11 Gt CO₂ pro Jahr.

(Quelle: [http-](https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/STUD/2018/626092/IPOL_STU(2018)626092_EN.pdf)

[ps://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/STUD/2018/626092/IPOL_STU\(2018\)626092_EN.pdf](https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/STUD/2018/626092/IPOL_STU(2018)626092_EN.pdf))

Der weltweite Kohlendioxidausstoß durch fossile Brennstoffe lag 2019 bei fast 37 Gigatonnen. [Global carbon emissions growth slows, but hits record high \(stanford.edu\)](https://www.globalcarbonproject.org/press-releases/global-carbon-emissions-growth-slows-but-hits-record-high)

Dabei verursachen die fossilen Brennstoffe nur etwa 85% der Treibhausgasemissionen.

<https://www.umweltbundesamt.de/daten/energie/energiebedingte-emissionen#energiebedingte-treibhausgas-emissionen>

Werden die übrigen Emissionen aus Landnutzungsänderungen und Zementherstellung berücksichtigt, ist von etwa 42 Gigatonnen Gesamtemissionen auszugehen. Mit zunehmender Erwärmung können die Ozeane zudem weniger CO₂ aufnehmen, sodass die Kohlenstoffsenken kleiner werden. Zudem geben Böden bei steigenden Temperaturen ebenfalls vermehrt CO₂ in die Atmosphäre ab.

Die konsequenteste Form der klimaneutralen Energienutzung ist die Nutzung von treibhausgasfreien Energiequellen wie der Sonnen-, Wind- und Wasserenergie in allen Ausprägungen.

Auch die Nutzung pflanzlicher, also nicht fossiler Brennstoffe, wird als klimaneutral angesehen. Das Wachstum der Pflanzen ist gleichbedeutend mit dem CO₂-Entzug aus der Luft. Dem entgegenstehen die Freisetzung von CO₂ bei deren Zersetzung oder Verbrennung und das Nachwachsen einer gleich großen Pflanzenmenge. Somit spricht man hier von einem geschlossenen Kreislauf, durch den die CO₂-Konzentration der Luft nicht relevant verändert wird. Bei der Biomassenutzung sind jedoch Auswirkungen auf den Nährstoffkreislauf in Verbindung mit Bodenabbau sowie Konkurrenzen zur Nahrungsmittelerzeugung ein limitierender Faktor, weshalb es da vorwiegend auf die Nutzung von Reststoffen hinausläuft. Zudem ist die Zeitspanne zum erneuten Binden des Kohlenstoffes zu berücksichtigen.

2. Klimakompensation:

Kompensieren bedeutet ausgleichen – heißt: eine bilanzierte Menge an Treibhausgasen bspw. einer Veranstaltung, eines Projektes, eines Gebäudes, eines Unternehmens oder einer Kommune, wird an einem Ort oder eben einer Stadt ausgestoßen. Nicht zu vermeidende Emissionen, müssen kompensiert werden, um Klimaneutralität zu erreichen. Dafür sind Investitionen in erneuerbare Energien, Energieeffizienz oder andere saubere und kohlenstoffarme Technologien nötig. Dafür werden in einem Klimaschutzprojekt an anderer Stelle Emissionen mit der mindestens gleichen Klimawirksamkeit vermieden bzw. aufgenommen. In der Summe bleiben die weltweiten Treibhausgasemissionen also gleich – die ausgestoßenen Gase werden „ausgeglichen“.

Das Prinzip der Kompensation funktioniert, weil es für das Klima unerheblich ist, an welchem Ort Treibhausgase ausgestoßen oder eingespart werden. Entscheidend ist die Konzentration von klimawirksamen Gasen insgesamt in der Atmosphäre. Das unterscheidet den Klimawandel von anderen, lokal begrenzteren Umweltproblemen wie beispielweise Wasser- oder Luftverschmutzung.

Darüber hinaus kann das Schaffen von natürlichen Kohlenstoffsinken über bspw. Aufforstung erfolgen. Perspektivisch, mit kleiner werdendem Restbudget, wird die Kompensation durch Vermeidung zusätzlicher Emissionen andernorts gegenüber der Kompensation durch Kohlenstoffsinken in den Hintergrund treten.

Zwischenergebnis:

Gemäß dem Ratsbeschluss vom 26.02.2020 muss die Stadt Siegen die Treibhausgasemissionen sukzessive senken (jährlich um mehr als 5%), um die Emissionen des Betriebs des Gebäudebestands insgesamt bis 2040 auf null zu reduzieren. **Bezogen auf den heutigen und zukünftigen Gebäudebestand bedeutet dies: Alle zur Zielerreichung notwendigen baulichen Aktivitäten, bei Sanierungen und Neubauten gleichermaßen, müssen mit einer deutlich niedrigeren CO₂-Intensität als bislang, durchgeführt und bis allerspätestens 2040 klimaneutral betrieben werden.** Hierfür ist eine systematische Herangehensweise notwendig, um die notwendigen Aktivitäten zielgerichtet umzusetzen. Der kommunale Gebäudebestand ist ein entscheidender Ansatzpunkt beim kommunalen Klimaschutz. Die Klimaschutzziele und der mittelfristige wirtschaftliche Betrieb (aufgrund der CO₂-Bepreisung), machen hohe Energiestandards bei jeder Sanierung und bei jedem Neubau **zwingend erforderlich und wirt-**

schaftlich. Wird dem keine oder zu spät Relevanz beigemessen, ist die Chance, für die nächsten zwanzig bis vierzig Jahre vergeben und die **Emissionen müssen mit nicht absehbaren Kompensationskosten hinterlegt werden.**

Zur Erreichung können und müssen unterschiedliche Bausteine umgesetzt werden, bspw. **Sanierungsfahrpläne für ganzheitliche Komplettisanierungen der Gebäude statt Einzel-Gewerke-Maßnahmen, besserer Baustandard als GEG bei Neubau und Sanierung (mind. Passivhaus im Neubau & KfW 55 im Bestand), Einzelfallfestlegungen für besondere Gebäude, wie Schwimmbäder, Veranstaltungsgebäude etc., CO₂-neutrale Wärmeversorgung und Stromerzeugung durch Erneuerbare Energien.** Heißt für die Stadt Siegen, dass die Stadtverwaltung mit ihren Liegenschaften mittelfristig mindestens so viele CO₂-Emissionen beseitigen muss, wie sie selbst produziert

Gemäß dem Ratsbeschluss vom 26.05.2021 ist die Verwaltung beauftragt, bis Ende des Jahres eine Strategie vorzulegen, wie und bis wann eine sogenannte „Roadmap“ für einen klimaneutralen Gebäudebetrieb im Jahr 2040 erarbeitet werden kann. Diese soll aufzeigen, **welcher Ressourcen (Finanzen, internes bzw. externes Personal, technische Leitlinien und Dienstanweisungen, Monitoring etc.) dafür eingesetzt werden müssen.** Bis zum Abschluss dieser Roadmap wird realistischer Weise eine gewisse Zeit vergehen. Um bis dahin keine Fehlinvestitionen zu treffen, sind Sofortmaßnahmen zu beschließen.

Dennoch ist zur Klimakompensation zu sagen, dass es unvermeidbare CO₂-Emissionen auch in Zukunft geben wird. Hier spielt dann die Kompensation durch (idealerweise) regionale Klimaschutzprojekte (Aufforstung, Windkraft, PV-Stromerzeugung, Verwendung biologischer Baustoffe, CO₂-neutrale Wärmeversorgung, Plus-Energie Häuser etc.), oder anderweitige Kompensationsprojekte, eine bedeutende Rolle für die Zielerreichung. **Diese sind mit steigenden Kosten (Aufgrund der CO₂-Bepreisung) im Haushalt zu berücksichtigen (siehe Gliederungspunkt 1.).**

3. Was sind „Klimaneutrale Gebäude“:

Energiebedarf über den gesamten Lebenszyklus betrachten:

Grundsätzlich gilt: um die Nachhaltigkeit eines Gebäudes zu beurteilen, sollten alle drei Phasen – Bau, Betrieb und Rückbau – berücksichtigt werden. Für den Gebäudesektor sind also die CO₂-Emissionen in drei Phasen zu erfassen bzw. zu bilanzieren. Hier muss durch die Erstellung der Roadmap und durch die politische Willensbildung definiert werden, welche Phasen für die Stadt in Betrachtung gezogen werden.

Vorgehen:

„Nur was gemessen wird, lässt sich systematisch verbessern“ (DGNB 2020). Dies bedingt zwingend ein umfassendes Controlling aller Maßnahmen (Bilanzierung) zur Erreichung der angestrebten Klimaneutralität. Es gilt sicherzustellen, dass die Maßnahmen die tatsächlichen Einsparungen bewirken und alle erzeugten Emissionen erfasst werden. Gleiches gilt stringenter Weise auch für die zu verbuchende CO₂-Kompensationsmenge. Es muss ein Bilanzrahmen je nach CO₂-Fussabdruck (Carbon Footprint) festgelegt werden. Bspw. für die Gesamtverwaltung (Organisation), die Wertschöpfungskette (eher im Unternehmen), oder für ein/mehrere Projekt/e (projektbezogene Emissionen).

Klimaneutral wäre die Energieversorgung dann, wenn die Bilanzsumme (der in einem Jahr durch die Versorgung verursacht) null oder gar negativ ist. Dies bedeutet, dass durchaus CO₂-Emissionen im Jahresverlauf verursacht werden können, wenn sie innerhalb desselben Jahres durch Gutschriften kompensiert werden. Gemäß den Bilanzierungsregeln nach dem BSKO Standard wird der Strombezug aus dem öffentlichen Netz, dabei unabhängig davon, aus welcher Quelle der Strom kaufmännisch bezogen wird, mit dem durchschnittlichen CO₂-Mix des öffentlichen Netzes bewertet. Diese Regel verhindert, dass Klimaneutralität einfach durch den Zukauf von Grünstromzertifikaten erreicht wird. Um Klimaneutralität sicherzustellen, muss also der gesamte Strombezug lokal vor Ort ohne CO₂-Emissionen erzeugt werden. Ein sommerlicher Stromüberschuss, z. B. von PV-Anlagen, der in das Netz exportiert wird, kann dabei mit dem Stromimport im Winter verrechnet werden.

Die **Dienst- und oder Planungsanweisungen** zum energieeffizienten Bauen beziehen sich auf Neubau- und Sanierungsvorhaben sämtlicher kommunaler Gebäude und sind auf die Zielsetzungen anzupassen.

Zur Erreichung der Vorgaben müssen auch neue Betriebsanweisungen für eine höchstmögliche Energieeffizienz erarbeitet werden.

Vergabe:

Die öffentliche Hand ist zur Wirtschaftlichkeit verpflichtet. **Aus diesem Grund müssen zwingend neben den Baukosten auch die Kosten der „Grauen Energie“ bei der Herstellung und die Lebenszykluskosten eines Gebäudes als Kriterium berücksichtigt werden.** Nur so kann gewährleistet werden, dass Betriebskosten und Verbrauchskosten angemessen in die Kalkulation einfließen. Ein nicht vorherzuberechnender Faktor sind aber vor allem auch die Kompensationskosten für nicht vermiedene THG-Emissionen.

Damit lässt sich verdeutlichen, warum es sinnvoll ist, bessere Energiestandards als die aktuell im Gebäudeenergiegesetz (GEG 2020) geforderten umzusetzen. Zumal das Gesetz in § 9 GEG für 2023 eine strikte Überprüfung der Anforderungen an zu errichtende und bestehende Gebäude vorsieht. Vor diesem Hintergrund regt die Verwaltung die Aufstellung eines entsprechenden Handlungskonzeptes an. Darin sollen die Themen Klimaneutralität und Biodiversität als Vergabekriterien entwickelt und in den Grundstückskaufverträgen verankert werden; zudem sind ansiedlungsinteressierte, aber auch bestehende Unternehmen dabei zu unterstützen, ihre Gebäude und Technik klimaneutral und biodiversitätsfördernd zu gestalten.

HINWEISE: Die Stadt Nürnberg beschließt ein so genanntes Klimaschutz- und Energieeffizienzgebot statt bisherigem Wirtschaftlichkeitsgebot, und hinterlegt dieses mit den CO₂-Vermeidungskosten – die von 50 €/t auf 200 €/t erhöht werden. Die Stadt Aachen realisiert bereits seit dem Jahr 2010 Passivhaus-Standard. Ebenso die Städte Ulm und Heidelberg. Planungsgrundsatz dabei ist, die Summe der Baukosten im Zusammenhang mit den Betriebs- und Folgekosten über die Jahre der Lebensdauer zu minimieren. Die Stadt Köln hat in Energieleitlinien 2017 den Passivhausstandard politisch beschlossen und für alle städtischen Neubau- und Sanierungsvorhaben zum Ziel gesetzt. Auch Nürnberg, Arnsberg, Soest, der Kreis Soest, Essen oder Münster haben sich politisch auf den Weg der Klimaneutralität bis 2030-2035 gemacht.

4. Fazit

Die internationale Klimakonferenz Ende 2015 in Paris hat ein eindeutiges Signal an die Gesellschaft gegeben, welches der European Green Deal aufgreift. Auch das jüngste Urteil des **Bundesverfassungsgerichts** verdeutlicht eine deutliche **Fokussierung auf die Treibhausgasemissionen und wird zu steigenden CO₂-Preisen und höheren Grenzwerten** führen. Der menschengemachte Klimawandel ist unbestritten und die Umsetzung der Ratsbeschlüsse bedürfen weitreichender Entscheidungen und Strukturierungen innerhalb der Verwaltung.

Ergänzend zur Versorgung und eigenen THG-Kompensation ist zu beschließen, zukünftig auf den Liegenschaften der Verwaltung die Solarnutzung über Thermische oder Photovoltaik-Anlagen mit größtmöglicher Leistung auszulegen und auch bei der Sanierung von Dächern, nach statischer Überprüfung und oder Verbesserung, mit maximaler Fläche (Vorbild Nürnberg) zur errichten. Dabei ist die Kombination mit Gründächern umzusetzen.

Für alle Maßnahmen muss ein umfassendes Controlling und Monitoring erarbeitet und implementiert werden. Ebenso gilt es Dienst- und oder Planungsanweisungen, Betriebsanweisungen und Vergabegrundsätze dahingehend anzupassen. **Alle im städtischen Betrieb genutzten fossilen Energieträger werden zu massiven Preissteigerungen und zusätzlichen Kosten im Haushalt führen. Mit der aktuellen personellen und finanziellen Ausstattung sind die zu erreichenden Zielsetzungen nicht umsetzbar.**

Bezüglich der „Sofortmaßnahmen Klimaneutraler Gebäudebetrieb 2040“ können keine konkreten finanziellen Auswirkungen für noch fiktive individuelle Bauprojekte und Maßnahmen in Zahlen beziffert werden. Ab sofort müssen für die zukünftigen planungsreifen Neubauten im „neuen“ Standard, und die anfallenden Dachsanierungen (für die PV-/bzw. Solaranlagen) jeweils Haushaltsmittel projektbezogen eingestellt werden. Demgegenüber stehen Einsparungen durch Fördermöglichkeiten, geringere Verbräuche, Verdrängung des Stromfremdbezugs und mögliche Zahlungen der EEG-Vergütung bei Überschusseinspeisung sowie die vermiedenen CO₂-Kosten.

Die zugrundeliegende Definition von Klimaneutralität und Klimaneutralem Gebäudebetrieb führt dazu, dass Grundsatzbeschlüsse zum Baustandard für Neu- und Sanierungsbauten, sowie klare Vorgaben für die CO₂-neutrale Wärmeversorgung getroffen werden müssen. Des Weiteren müssen Kosten für Personal und die Maßnahmen, Kompensation über einen Fahrplan (bspw. „Klimaneutraler Gebäudebetrieb 2040“) definiert und beschlossen werden. Dies muss aufgrund der Komplexität und Tragweite extern erarbeitet werden. Bis dahin wird die Stadtverwaltung gemäß der Beschlussvorschläge alle Bauten bearbeiten. Die Komplettsanierungen von Gebäuden statt Einzel-Gewerke-Maßnahmen müssen perspektivisch Standard werden.

Finanzielle Auswirkungen ☒ ja ☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objektbezogene Einzahlungen	Abstimmung mit dem Kämmerer <input type="checkbox"/> ist erfolgt. <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen.
---------------------------	-----------------------	--------------------------	--	--

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im Finanzplan	<input type="checkbox"/> im Ergebnisplan	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Kostenträger/ Investitionscode Sachkonto
--	--	-------------------------------	----------------------------------	--

Klimaschutz

Klimarelevanz	Veränderungen CO ₂ -Emissionen	Übereinstimmung mit dem Zielen bzw. dem Zielkonzept der Stadt Siegen	Bestehen alternative Handlungsoptionen?
<input type="checkbox"/> Nein <input checked="" type="checkbox"/> Ja, positiv <input type="checkbox"/> Ja, negativ <input type="checkbox"/> Prüfbedarf	<input checked="" type="checkbox"/> erhebliche Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Erhöhung <input type="checkbox"/> erhebliche Erhöhung	<input checked="" type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unbekannt	<input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja
Erläuterung Klimarelevanz <p>Mit der Umsetzung der Sofortmaßnahmen zielt die Stadt Siegen auf die Umsetzung der Klimaschutzbeschlüsse des Rates vom 25.09.2019 und 26.02.2020 ab. Dadurch werden Neu- und Anbaumaßnahmen, welche vor Fertigstellung der Roadmap für den klimaneutralen Gebäudebestand erfolgen, bereits so errichtet, dass sie den zu erwartenden Anforderungen an den Klimaschutz im Gebäudebereich gerecht werden.</p>			
Begründung (Veränderung / Übereinstimmung / Handlungsoptionen) <p>Das Ausmaß der Reduktion ist abhängig von der Anzahl und Ausgestaltung der durchgeführten baulichen Maßnahmen.</p> <p>Folgende Ziele aus dem Zielkonzept werden mit den Beschlüssen unterstützt: Teilziel Energieeffizienz; Teilziel Einsatz regenerativer Energien / geringer emittierender Energieträger</p> <p>Mit den Sofortmaßnahmen werden die Klimaschutzbeschlüsse des Rates vom 25.09.2019 und 26.02.2020 umgesetzt, sodass keine Alternative besteht.</p>			

i. V.

gez.

Schumann

Die Verwaltungsvorlage wurde im Rahmen eines Workflows durch die beteiligten Adressaten digital verifiziert und weitergegeben und ist ohne Unterschrift gültig.

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich: 5

Siegen, 25.06.2021

Bereich: 5/2-2 - Fachberatung / Verw. Kindertagesstätten

Bearbeitet von: Merle Pelkner, Dr. Raimund Jung

Beratungsfolge:

☒ öffentlich

☐ nichtöffentlich

Haupt- und Finanzausschuss	01.09.2021
Jugendhilfeausschuss	16.09.2021
Rat	22.09.2021

Kurzbezeichnung:

Mittelbereitstellung für das Außengelände der zukünftigen DRK-Kita Breitscheidstraße

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt, dem DRK-Kreisverband Siegen-Wittgenstein als zukünftigen Träger der Kita Breitscheidstraße einen freiwilligen Zuschuss zur Herrichtung des Außenspielgeländes in Höhe von 25.000,00 € zu gewähren.

Die erforderlichen Mittel werden im Haushaltsplan 2022 eingestellt.

Sachverhalt / Begründung:

Die ehemalige Hüttentalschule, Breitscheidstraße, Siegen-Geisweid, soll nach Beendigung des bisherigen Provisoriums künftig für den Regelbetrieb einer Kindertageseinrichtung hergerichtet werden.

Die Inbetriebnahme der Kita ist für den 01.08.2022 vorgesehen.

Das Außenspielgelände befindet sich in einem sehr desolaten Zustand.

Die Fördermittel, die von Land und Bund im Rahmen des Ausbaus der Betreuungsplätze zur Verfügung gestellt werden, reichen nicht aus, um den Spielplatz für die Kita-Nutzung auszustatten.

Es müssen nicht nur neue Spielgeräte angeschafft werden, sondern es ist erforderlich, das komplette Gelände neu anzulegen und kindgerecht unter Einhaltung der geltenden Sicherheitsstandards auszustatten und herzurichten.

Die Verwaltung des Jugendamtes empfiehlt daher, die erforderliche Herrichtung des Außengeländes durch einen einmaligen freiwilligen Investitionskostenzuschuss in Höhe von 25.000,00 € aus städtischen Mitteln zu fördern.

Finanzielle Auswirkungen ☒ ja ☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objektbezogene Einzahlungen	Abstimmung mit dem Kämmerer <input checked="" type="checkbox"/> ist erfolgt. <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen.
25.000,00 €				

Veranschlagung

<input checked="" type="checkbox"/> im Finanzplan 2022	<input type="checkbox"/> im Ergebnisplan	<input type="checkbox"/> Nein	<input checked="" type="checkbox"/> Ja, mit 25.000,00 €	Kostenträger/ Investitionscode H060201106 Sachkonto 7818000
---	--	-------------------------------	--	---

Klimaschutz

Klimarelevanz <input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, positiv <input type="checkbox"/> Ja, negativ <input type="checkbox"/> Prüfbedarf	Veränderungen CO₂-Emissionen <input type="checkbox"/> erhebliche Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Erhöhung <input type="checkbox"/> erhebliche Erhöhung	Übereinstimmung mit dem Zielen bzw. dem Zielkonzept der Stadt Siegen <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unbekannt	Bestehen alternative Handlungsoptionen? <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja
Erläuterung Klimarelevanz 			
Begründung (Veränderung / Übereinstimmung / Handlungsoptionen) 			

Im Auftrag

gez.

Andree Schmidt
Dezernent

Die Verwaltungsvorlage wurde im Rahmen eines Workflows durch die beteiligten Adressaten digital verifiziert und weitergegeben und ist ohne Unterschrift gültig.

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich: 5
Bereich: 5/2 – Kinder-, Jugend- und Familienförderung
Bearbeitet von: Verena Bahrami, Dr. Raimund Jung

Siegen, 09.08.2021

Beratungsfolge: ☒ öffentlich ☐ nichtöffentlich

Haupt- und Finanzausschuss	01.09.2021
Jugendhilfeausschuss	16.09.2021
Rat	22.09.2021

Kurzbezeichnung:

Verteilung der Fördermittel zur Flexibilisierung der Betreuungszeiten nach § 48 KiBiz für den Zeitraum 01.08.2020 bis 31.07.2024

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt:

1. Die Förderung der seit 01.08.2020 im Projekt „Flexibilisierung von Betreuungszeiten“ gemäß § 48 KiBiz befindlichen 4 Tageseinrichtungen für Kinder wird längstens bis zum 31.07.2024 fortgesetzt.
2. Gefördert werden die in Punkt 2 der Vorlage genannten Angebote.
3. Die Angebote werden prozessbegleitend evaluiert. Über die Entwicklung der Angebote wird dem Jugendhilfeausschuss im Rahmen der jährlichen Bedarfsplanung berichtet.

Sachverhalt / Begründung:

1. Flexible Betreuungszeiten

Gemäß § 48 Kinderbildungsgesetz (KiBiz) NRW gewährt das Land NRW den Jugendämtern ab 01.08.2020 einen Zuschuss für die Flexibilisierung von Betreuungszeiten in Tageseinrichtungen und Tagespflege für Kinder.

Das Land NRW stellt den Jugendämtern dafür in den Jahren ab 2020/2021 40 Mio. €, ab 2021/2022 60 Mio. € und ab 2022/2023 80 Mio. € zur Verfügung. Auf das Jugendamt der Stadt Siegen entfallen davon für 2020/2021 zunächst 229.600,00 €. Die Summe erhöht sich in den Folgejahren entsprechend der Steigerung der zur Verfügung gestellten Landesmittel. Voraussetzung für die Inanspruchnahme der Landesmittel ist, dass das Jugendamt diesen Zuschuss an Träger weiterleitet und um 25 % aus eigenen Mitteln aufstockt. Die dafür erforderlichen städtischen Mittel sind im Haushalt 2021 und im Entwurf des Haushalts 2022 eingestellt. Danach ergibt sich für das kommende Kindergartenjahr eine Gesamtfördersumme in Höhe von bis zu 287.000,00 €.

Gefördert werden seit dem Kindergartenjahr 2020/2021 die folgenden Einrichtungen, für die die Förderung längstens bis zum Ende der Förderperiode zum 31.07.2024 fortgesetzt werden soll (vgl. Vorlage 2959 / 2020):

- Tageseinrichtung für Kinder „Kinder(T)Räume“, Hengsbachstraße 158, 57080 Siegen, in Trägerschaft der Diakonie Klinikum GmbH
- Familienzentrum und Tageseinrichtung der Stadt Siegen, Gläserstraße 29, 57072 Siegen
- Tageseinrichtung für Kinder „Himmelszelt“, Leineweberstraße 8, 57074 Siegen, in Trägerschaft der Hilfe zum Leben gGmbH
- Tageseinrichtung für Kinder „Lillipuz“, Johann-Friedrich-Bender-Weg 11, 57074 Siegen, in Trägerschaft der Alternative Lebensräume GmbH

Weitere Interessensbekundungen zur Teilnahme an dem Projekt liegen derzeit trotz mehrfacher Abfragen nicht vor. Dies erklärt sich aufgrund der angespannten Situation in den Einrichtungen durch vielfältige Verpflichtungen aus den gesetzlichen Anforderungen, den Herausforderungen durch spezielle Förderungen, z.B. als Familienzentren oder Sprachkitas, dem anhaltenden Fachkräftemangel und hinsichtlich der besonderen Situation während der Corona-Pandemie.

2. Angebote für flexible Betreuungsformen

Gemäß § 48 KiBiz sollen Angebote bereitgestellt werden, wie:

- „1. Öffnungszeiten in Kindertageseinrichtungen, die über eine wöchentliche Öffnungszeit von 47 Stunden hinausgehen,
2. Öffnungszeiten an Wochenend- und Feiertagen,
3. Öffnungszeiten und Betreuungszeiten nach 17.00 Uhr und vor 07.00 Uhr,
4. bis zu 15 der Öffnungstage im Kindergartenjahr für Kindertageseinrichtungen, die nur 15 Tage oder weniger jährlich schließen,
5. zusätzliche Betreuungsangebote bei unregelmäßigem Bedarf oder für ausnahmsweise kurzfristig erhöhten Bedarf der Familien und Notfallangebote sowie
6. ergänzende Kindertagespflege gemäß § 23 Abs. 1.“

„Die Bezuschussung dient der finanziellen Förderung von kind- und bedarfsgerechten, familienunterstützenden Angeboten in der Kindertagesbetreuung (...)“ so § 48 KiBiz, ab 01.08.2020.

3. Bisherige Erfahrungen und Ausblick

Mit den v .g. Trägern wurde eine Vereinbarung zum Angebot flexibler Öffnungszeiten und zur Finanzierung abgeschlossen. Die Vereinbarung ist jährlich kündbar.

Hinsichtlich der Herausforderungen vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie ist das Projekt in den vier beteiligten Einrichtungen insbesondere durch den Zielkonflikt von eingeschränktem Pandemie- / Regelbetrieb und den in § 48 KiBiz formulierten Zielvorstellungen geprägt gewesen.

Die oben genannte Vereinbarung sieht zur Begleitung der Prozesse in den Kindertageseinrichtungen die Zusammenarbeit in einer Arbeitsgruppe aus Fachberatungen des Jugendamtes der Universitätsstadt Siegen und den Kita-Leitungen vor. In der Zeit von September 2020 bis Juli 2021 bearbeitete die Arbeitsgruppe u. a. die Erfahrungen aus der Teilnahme an Vorläuferprogrammen, die Möglichkeiten, welche sich aus den verschiedenen flexiblen Betreuungsformen im pädagogischen und organisatorischen Bereich ergeben, die Zusammenarbeit mit den Eltern / Sorgeberechtigten vor und während der Durchführung und formulierte Kriterien zur Umsetzung des Angebotes in den Kindertageseinrichtungen.

Dies betrifft folgende Bereiche:

1. Die Rahmenbedingungen und Strukturen beinhalten die in § 48 KiBiz formulierten Angebotsformen, Anforderungen zum Personaleinsatz, Wege zur Elterninformation und die trägerübergreifende Zusammenarbeit.
2. Die Prozessqualität wurde in drei Bereiche untergliedert. Diese umfassen die konzeptionellen Grundlagen, die pädagogischen Kernaufgaben in der Arbeit mit den Kindern und den Bereich Zusammenarbeit mit den Familien.
3. Die Ergebnisqualität bildet die Inanspruchnahme und die pädagogische Umsetzung ab.

Inanspruchnahme der Angebote

Tageseinrichtung für Kinder „Kinder(T)Räume“, Hengsbachstraße 158, 57080 Siegen, in Trägerschaft der Diakonie Klinikum GmbH:

- 11 Kinder nahmen an dem Angebot zur Betreuungszeit vor 07.00 Uhr und nach 17.00 Uhr teil.
- 40 – 45 Kinder nahmen im Durchschnitt an der flexiblen Nutzung innerhalb des vertraglich vereinbarten Umfangs von 25, 35 oder 45 Wochenstunden teil. Die Nutzung steht allen Familien jederzeit zur Verfügung.

Familienzentrum und Tageseinrichtung der Stadt Siegen, Gläserstraße 29, 57072 Siegen

- 2 Kinder nahmen an dem Angebot zur Betreuungszeit vor 07.00 Uhr und nach 17.00 Uhr teil.

- 12 Kinder nahmen an der flexiblen Nutzung innerhalb des vertraglich vereinbarten Umfangs von 25, 35 oder 45 Wochenstunden teil.
- 4 Kinder nutzen zusätzliche Betreuungsangebote bei unregelmäßigem Bedarf oder für ausnahmsweise kurzfristig erhöhten Bedarf der Familien und Notfallangebote.

Tageseinrichtung für Kinder „Himmelszelt“, Leineweberstraße 8, 57074 Siegen, in Trägerschaft der Hilfe zum Leben gGmbH

- 1 Kind nahm an dem Angebot der Öffnungszeiten an Wochenend- und Feiertagen teil.
- 3 Kinder nahmen an der flexiblen Nutzung innerhalb des vertraglich vereinbarten Umfangs von 25, 35 oder 45 Wochenstunden teil.

Tageseinrichtung für Kinder „Lillipuz“, Johann-Friedrich-Bender-Weg 11, 57074 Siegen, in Trägerschaft der Alternative Lebensräume GmbH

- 3 Kinder nahmen an der flexiblen Nutzung innerhalb des vertraglich vereinbarten Umfangs von 25, 35 oder 45 Wochenstunden teil.

Eine Auswertung konnte nur mit Einschränkungen vorgenommen werden. Dazu wurden im Juli 2021 die Zahlen der Kinder erfasst, die insgesamt teilgenommen haben sowie die jeweils in Anspruch genommene Form der flexiblen Betreuung. Während des gesamten Kita-Jahres wurde in allen Sitzungen das Thema der konzeptionellen Umsetzung, orientiert an den Bedürfnissen der Kinder, bearbeitet und, angeregt durch den kollegialen Austausch, in den Kitas angepasst und weiter entwickelt. Die Anpassung der pädagogischen Arbeit während der flexiblen Betreuungsangebote konnte ohne Probleme erfolgen. Das Thema Dienstplangestaltung stellte u. a. wegen Personalmangel eine besondere Herausforderung dar.

Die Auswirkungen der Corona-Pandemie, wie z. B. Stundenreduzierungen und Schließungen schränkten den ersten Durchlauf immer wieder massiv ein und ließen nur kurzfristig Routinen zu.

Ausblick

Das Kita-Jahr 2021 / 2022 ist aufgrund der besonderen Situation als nächste Probephase für die beteiligten Kitas geplant. Der Prozess zur Kriterienentwicklung mit den entsprechenden Maßnahmen in den jeweiligen Einrichtungen wird im Kita-Jahr 2021 / 2022 fortgeführt. Zum Teil wird der Bedarf an flexiblen Betreuungsformen durch die Träger bezweifelt. Die weitere Entwicklung ist abhängig von der Akzeptanz aller Beteiligten wie Eltern, Kinder, Personal und Träger.

Finanzielle Auswirkungen ☒ ja ☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objektbezogene Einzahlungen	Abstimmung mit dem Kämmerer <input type="checkbox"/> ist erfolgt. <input checked="" type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen.
2021/2022 max. 287.000 €		57.400 €	229.600 €	

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im Finanzplan	<input checked="" type="checkbox"/> im Ergebnisplan 2021	<input type="checkbox"/> Nein	<input checked="" type="checkbox"/> Ja, mit 39.300.000 € 2.400.000 €	Kostenträger/ Investitionscode 06020101 Sachkonto 5318020/5318030
--	---	-------------------------------	--	---

Klimaschutz

Klimarelevanz	Veränderungen CO ₂ -Emissionen	Übereinstimmung mit dem Zielen bzw. dem Zielkonzept der Stadt Siegen	Bestehen alternative Handlungsoptionen?
<input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, positiv <input type="checkbox"/> Ja, negativ <input type="checkbox"/> Prüfbedarf	<input type="checkbox"/> erhebliche Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Erhöhung <input type="checkbox"/> erhebliche Erhöhung	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unbekannt	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja
Erläuterung Klimarelevanz 			
Begründung (Veränderung / Übereinstimmung / Handlungsoptionen) 			

Im Auftrag

gez.

Andree Schmidt
Dezernent

Die Verwaltungsvorlage wurde im Rahmen eines Workflows durch die beteiligten Adressaten digital verifiziert und weitergegeben und ist ohne Unterschrift gültig.

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich: 5
Bereich: Schulen
Bearbeitet von: M. Schumacher, C. Uhr

Siegen, 16.06.2021

Beratungsfolge: ☒ öffentlich ☐ nichtöffentlich

Ausschuss für Schule und Bildung	29.06.2021
Haupt- und Finanzausschuss	01.09.2021
Rat	22.09.2021

Kurzbezeichnung:

Schulentwicklungsplanung 2020/2021 - 2024/2025
- Teilplanung Gymnasien -

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt die nachstehenden Maßnahmen.

1. Das Ganztagsgymnasium Peter-Paul-Rubens-Gymnasium, Rosterstraße 143, 57074 Siegen, nimmt am Anmeldeverfahren des Schuljahres 2022/2023 nicht mehr teil. Die Schule wird zum Schuljahresende 2021/2022 (31.07.2022) geschlossen und ab dem 01.08.2022 übergangsweise als Teilstandort des Gymnasiums Am Löhrtor, Oranienstraße 27, 57072 Siegen, geführt.
2. Für die Gymnasien wird gemäß § 46 Abs. 6 Schulgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen (Schulgesetz NRW – SchulG) festgelegt, dass Schülerinnen und Schülern, die in ihrer Gemeinde eine Schule der gewählten Schulform Gymnasium im Sinne des § 10 SchulG besuchen können, die Aufnahme verweigert wird, wenn die Zahl der Anmeldungen die Aufnahmekapazität der Schule übersteigt.
3. Die Zügigkeit der dann drei städtischen Gymnasien wird ab dem Schuljahr 2022/2023 auf insgesamt 10 Züge, je 4 Züge am Fürst-Johann-Moritz-Gymnasium und Gymnasium Am Löhrtor sowie 2 Züge am Gymnasium Auf der Morgenröthe, festgelegt.

Für die schulorganisatorischen Maßnahmen nach Ziff. 1 und 3 ist das Genehmigungsverfahren nach § 81 Abs. 3 SchulG einzuleiten.

Sachverhalt / Begründung:**Ausgangssituation**

Mit der Veröffentlichung der Schülerzahlenprognose im Rahmen der Schulentwicklungsplanung 2020/2021 – 2024/2025 (Vorlage Nr. 3146/2020) wurde dargestellt, dass für die städtischen Gymnasien zu prüfen ist, wie diese zu gleichmäßig ausgelasteten und stabilen, möglichst mindestens drei Züge umfassenden, Schulsystemen ausgebaut werden können, um so ein insgesamt zukunftsfähiges, wohnortnahes Angebot dieser Schulform zu sichern.

In dieser Vorlage sollen nun die Prüfergebnisse für die städtischen Gymnasien vorgestellt werden.

Mindestgröße

Gymnasien müssen in der Sekundarstufe I nach § 82 Abs. 6 SchulG bei der Errichtung mindestens drei Parallelklassen pro Jahrgang haben, bei der Fortführung mindestens zwei Parallelklassen. Ein Gymnasium kann bei Unterschreitung der Mindestgröße fortgeführt werden, wenn sich aus der Schulentwicklungsplanung ergibt, dass dies im Planungszeitraum nur vorübergehend der Fall ist und den Schülerinnen und Schülern der Weg zu einem anderen Gymnasium mit mindestens zwei Parallelklassen pro Jahrgang nicht zugemutet werden kann.

In der gymnasialen Oberstufe ist gemäß § 82 Abs. 8 SchulG eine Jahrgangsbreite von mindestens 42 Schülerinnen und Schülern im ersten Jahr der Qualifikationsphase erforderlich. Das Ministerium kann Ausnahmen von dieser Mindestgröße zulassen.

- ➔ Die rechtlich vorgeschriebene Mindestgröße in der Sekundarstufe I wird mit der Bildung von jeweils mindestens zwei Parallelklassen pro Jahrgang an allen vier städtischen Gymnasien eingehalten. Gleiches gilt für die Mindestgröße der Sekundarstufe II.

Klassenbildung

Der Klassenfrequenzrichtwert in der Sekundarstufe I des Gymnasiums beträgt gemäß § 6 Abs. 5 der Verordnung zur Ausführung des § 93 Abs. 2 Schulgesetz (VO zu § 93 Abs. 2 SchulG) 27. Es gilt die Bandbreite 25 bis 29.

Werden rechnerisch pro Parallelklasse mindestens zwei Schülerinnen und Schüler mit festgestelltem sonderpädagogischen Unterstützungsbedarf aufgenommen und im Durchschnitt aller Parallelklassen die Bandbreite eingehalten, kann die Bandbreite in Klassen des Gemeinsamen Lernens unterschritten werden.

Über- oder Unterschreitungen der Bandbreite sind unter den in § 6 Abs. 5 der Verordnung genannten Bedingungen möglich.

Im Gebiet eines Schulträgers sollen in Schulen einer Schulform nach § 6 Abs. 7 S. 1 VO zu § 93 Abs. 2 SchulG unter Beachtung des Klassenfrequenzrichtwertes möglichst gleich starke Klassen gebildet werden.

Der Klassenfrequenzrichtwert in der gymnasialen Oberstufe (Gymnasium, Gesamtschule) beträgt 19,5. Grundkurse und Leistungskurse dürfen nur in dem Maße gebildet werden, dass die durchschnittliche Teilnehmerzahl dieser Kurse in der gymnasialen Oberstufe diesen Wert nicht unterschreitet.

- ➔ In den letzten fünf Schuljahren sowie dem aktuellen Schuljahr 2020/2021 fielen bzw. fallen die durchschnittlichen Klassengrößen teils sehr unterschiedlich aus. Für die Jahrgangsstufen 5, 7 und 9 werden sie nachfolgend jeweils zum Stand der Schulstatistik (amtliche Haupterhebung zum 15.10. eines Jahres) dargestellt.

Jahrgangsstufe 5

Schuljahr	Ø Klassengröße	FJM	GAL	GAM	PPR
2015/2016	28,7	29,3	30,3	24,5	29,3
2016/2017	27,8	28,3	29,0	29,0	25,3
2017/2018	27,8	28,7	28,7	30,0	24,7
2018/2019	28,2	28,3	30,0	30,5	24,7
2019/2020	27,3	27,0	30,3	26,5	24,0
2020/2021	27,6	26,3	30,7	27,3	25,5

unter	innerhalb	über
Bandbreite		

Jahrgangsstufe 7

Schuljahr	Ø Klassengröße	FJM	GAL	GAM	PPR
2015/2016	26,0	26,7	29,0	27,5	21,3
2016/2017	27,0	26,7	26,0	31,5	25,7
2017/2018	26,4	25,3	28,7	24,0	26,7
2018/2019	25,5	24,3	28,3	28,5	22,0
2019/2020	25,7	24,0	24,3	29,5	26,5
2020/2021	26,8	27,3	29,3	30,5	21,3

Jahrgangsstufe 9

Schuljahr	Ø Klassengröße	FJM	GAL	GAM	PPR
2015/2016	26,3	25,3	27,5	28,5	25,3
2016/2017	27,8	29,3	29,5	23,7	29,3
2017/2018	25,7	25,3	28,7	26,5	22,7
2018/2019	25,1	24,3	23,0	31,0	24,7
2019/2020	24,1	25,0	26,7	22,0	22,0
2020/2021	26,6	24,3	26,7	30,0	26,5

* Nach dem ehemals geltenden Klassenfrequenzrichtwert von 28 sowie einer Bandbreite von 26 bis 30.

Die Vorgabe, an Schulen einer Schulform im Gebiet eines Schulträgers möglichst gleich starke und dem Klassenfrequenzrichtwert von 27 entsprechende Klassen zu bilden, wurde und wird insofern verfehlt.

Wegen Anmeldezahlen, welche die Bandbreite unterschritten, waren am Gymnasium Auf der Morgenröthe und dem Peter-Paul-Rubens-Gymnasium teils ausschließlich in enger Abstimmung bzw. mit Duldung der Bezirksregierung Arnsberg Eingangsklassenbildungen möglich. Nachstehend werden die Anmeldeverfahren aufgeführt, bei denen auch bis zum Schuljahresbeginn (Stand jeweilige Schulstatistik) keine ausreichende Schülerzahl für die Einhaltung der Bandbreite zusammen kam.

Schuljahr	GY Auf der Morgenröthe	Peter-Paul-Rubens-GY
2015/2016	< 50 Anmeldungen, aber 2 Eingangsklassen	
2017/2018		< 75 Anmeldungen, aber 3 Eingangsklassen
2018/2019		< 75 Anmeldungen, aber 3 Eingangsklassen
2019/2020		< 50 Anmeldungen, aber 2 Eingangsklassen

Zügigkeiten und Aufnahmekapazitäten

Gemäß § 81 Abs. 1 SchulG sind Gemeinden, die Schulträgeraufgaben erfüllen, verpflichtet, durch schulorganisatorische Maßnahmen angemessene Klassen- und Schulgrößen zu gewährleisten. Sie legen hierzu die Schulgrößen fest. Zudem stellen sie sicher, dass in den Schulen Klassen nach den Vorgaben des Ministeriums (§ 93 Abs. 2 Nr. 3) gebildet werden können.

- ➔ Die vier städtischen Gymnasien sind auf insgesamt 12 Züge festgelegt. Innerhalb der Bandbreite ergibt sich für 12 Züge eine Aufnahmekapazität von 300 bis 348 Schüle-

rinnen und Schülern. Auf die einzelnen Schulen verteilen sich die Züge und die damit einhergehende Aufnahmekapazität wie folgt.

Schule	Zügigkeit	Aufnahmekapazität		
		innerhalb Bandbreite	nach Klassenfrequenzrichtwert	über Bandbreite
FJM	4	100 – 116	108	120
GAL	3	75 – 87	81	93
GAM	2	50 – 58	54	62
PPR	3	75 – 87	81	93
Insgesamt	12	300 – 348	324	368

Tatsächlich wurden in den letzten Anmeldeverfahren jeweils nur 11 Eingangsklassen gebildet. Diese verfügten über eine Aufnahmekapazität für 275 bis 319 Schülerinnen und Schüler innerhalb der Bandbreite (nach Klassenfrequenzrichtwert: 297; über Bandbreite: 341).

Eine Ausnahme stellt hier das Schuljahr 2019/2020 dar, in welchem abweichend 10 Eingangsklassen eingerichtet wurden.

In den 11 bzw. 10 Eingangsklassen der Jahrgangsstufe 5 wurden die nachstehenden Schülerzahlen beschult.

Schuljahr	Insgesamt	Eingangsklassen	Ø Klassengröße
2015/2016	316	11	28,7
2016/2017	306	11	27,8
2017/2018	306	11	27,8
2018/2019	310	11	28,2
2019/2020	273	10	27,3
2020/2021	304	11	27,6

Schulformempfehlungen und Schulformwunsch

Nach § 11 Abs. 5 SchulG erstellt die Grundschule mit dem Halbjahreszeugnis der Klasse 4 auf der Grundlage des Leistungsstands, der Lernentwicklung und der Fähigkeit der Schülerin oder des Schülers eine zu begründende Empfehlung für die Schulform, die für die weitere schulische Förderung geeignet erscheint. Ist ein Kind nach Auffassung der Grundschule für eine weitere Schulform mit Einschränkungen geeignet, wird diese auch mit dem genannten Zusatz benannt.

Über den weiteren Bildungsgang ihres Kindes in der Sekundarstufe I entscheiden die Eltern nach Beratung durch die Grundschule.

- ➔ Die zu den Schuljahren 2017/2018 bis 2021/2022 an den städtischen Gymnasien angemeldeten Kinder erhielten mit dem Halbjahreszeugnis der Klasse 4 die nachstehenden Schulformempfehlungen.

Schuljahr	HS / GE / SK	RS mit Einschränkungen	RS / GE / SK	GY mit Einschränkungen	GY / GE / SK	ohne Angabe	Gesamt
2017/2018	4	3	58	40	195	4	304
2018/2019	1	4	44	53	203	7	312
2019/2020	2	5	38	50	168	4	267
2020/2021	2	2	40	45	207	5	301
2021/2022		5	25	51	218	3	302

Wäre die Schulformempfehlung bindend und Eltern in der Schulformwahl nicht frei, würden an den städtischen Gymnasien pro Schuljahr etwa ein bis zwei Züge weniger gebildet.

Bei den Anmeldungen zu den städtischen Gymnasien handelt es sich zu 97,7 bis 99,7 Prozent um Schülerinnen und Schüler, die sich unmittelbar für die Schulform Gymnasium entschieden haben.

Schuljahr	1. Wahl Gymnasium		1. Wahl Gesamtschule 2. Wahl Gymnasium		Gesamt
	SuS	in %	SuS	in %	
2017/2018	297	97,7	7	2,3	304
2018/2019	304	99,7	1	0,3	305
2019/2020	263	98,5	4	1,5	267
2020/2021	295	98,0	6	2,0	301
2021/2022	297	98,3	5	1,7	302

Schülerinnen und Schüler, die von einer Siegener Grundschule eine Schulformempfehlung für das Gymnasium oder eine eingeschränkte Empfehlung für das Gymnasi-

um erhalten, jedoch nicht zu den städtischen Gymnasien angemeldet wurden, haben sich wie folgt entschieden.

Schuljahr	Gymnasien anderer Träger	Gesamtschulen	Realschulen	Sekundarschulen	Wegzug	ohne Angabe	Gesamt
2017/2018	69	80	8	2	1		160
2018/2019	74	69	20	1	3	4	171
2019/2020	58	73	8	5	3		147
2020/2021	61	55	16	3	2	1	138
2021/2022	64	72	11	3	2		152

Herkunftsorte

Der Schulträger kann gemäß § 46 Abs. 6 SchulG festlegen, dass Schülerinnen und Schüler, die in ihrer Gemeinde eine Schule der gewählten Schulform im Sinne des § 10 besuchen können, die Aufnahme verweigert wird, wenn die Zahl der Anmeldungen die Aufnahmekapazität der Schule übersteigt.

- ➔ An den Siegener Gymnasien wurden und werden neben den Schülerinnen und Schülern aus dem eigenen Stadtgebiet auch Schülerinnen und Schüler beschult, die in ihrer eigenen Gemeinde ein Gymnasium besuchen könnten.

Schuljahr	Siegen	Burbach	Freudenberg	Kreuztal	Netphen	Wilnsdorf	Kreis AK	Sonstige	Gesamt
2017/2018	237	1	26	7	5	12	18		306
2018/2019	247		29	3	1	10	20		310
2019/2020	220		21	2	4	3	22	1	273
2020/2021	245		24	3	1	3	27	1	304
2021/2022	245	2	23	7	4	2	19	1	303

Wären in den oben aufgeführten Schuljahren vorrangig oder gar ausschließlich Schülerinnen und Schüler mit Wohnort Siegen sowie aus Nachbarkommunen, die kein eigenes Gymnasium vorhalten, aufgenommen worden, würden an den städtischen Gymnasien etwa ein bis zwei Züge weniger gebildet.

Zusammenfassung

In den Anmeldeverfahren der Siegener Gymnasien werden grundsätzlich Eingangsklassen unterhalb der festgelegten Zügigkeit von 12 Zügen gebildet.

Die Verteilung der Anmeldezahlen auf die vier Schulen fällt unterschiedlich aus und lässt zumeist nicht die Einrichtung von Eingangsklassen entsprechend der für die einzelne Schule festgelegten Zügigkeit zu. Teils kann die Einrichtung von Eingangsklassen wegen Unterschreitung der Bandbreite nur in enger Abstimmung mit der Bezirksregierung Arnsberg vorgenommen werden.

Insofern zeigen sich, trotz der Vorgabe, möglichst gleich starke Klassen zu bilden, deutliche Unterschiede bei den durchschnittlichen Klassengrößen der Eingangsklassen und den Klassen in den höheren Jahrgangsstufen.

Mit der Begrenzung der Beschulungsorte als auch der Zügigkeit soll diesen Punkten entgegengesteuert werden, d.h. die städtischen Gymnasien zu einem gleichmäßig ausgelasteten Schulsystem umgebaut werden.

Bei einer Auflösung des Peter-Paul-Rubens-Gymnasiums werden mit den Gymnasien Fürst-Johann-Moritz-Gymnasium, Gymnasium Am Löhrtor und Gymnasium Auf der Morgenröthe weiterhin wohnortnahe Schulangebote in allen drei Planungsbereichen Siegen-Nord, -Mitte und -Süd vorgehalten.

Die im Übergang vorgesehene Fortführung als Teilstandort des Gymnasiums Am Löhrtor ermöglicht, dass – je nach Organisation des Schulverbundes – ein Teil oder gar alle Schülerinnen und Schüler des Peter-Paul-Rubens-Gymnasiums den ihnen bekannten und in den Anmeldeverfahren der Schuljahre 2017/2018 bis 2021/2022 gewählten Standort weiterhin besuchen können.

Die Auflösung eines Gymnasiums und Konzentrierung auf dann drei Gymnasien muss räumlich bedingt mit einer Begrenzung der Zügigkeit auf insgesamt 10 Züge einhergehen. Durch die Festlegung gemäß § 46 Abs. 6 SchulG, also einer vorrangigen Aufnahme von gemeindeeigenen Schülerinnen und Schülern sowie Kindern aus Nachbarkommunen ohne Gymnasium im Falle von Aufnahmeüberhängen, dürfte für ebendiese Schülergruppen eine ausreichende Anzahl von Schulplätzen in den dann 10 Zügen gegeben sein.

Ausblick

Seitens der Verwaltung wird die Errichtung einer vierzügigen Gesamtschule insbesondere mit Blick auf die Punkte Schülerpotential, Standorte und Projekt- / Zeitplan geprüft.

Finanzielle Auswirkungen ☐ ja ☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objektbezogene Einzahlungen	Abstimmung mit dem Kämmerer <input type="checkbox"/> ist erfolgt. <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen.
---------------------------	-----------------------	--------------------------	--	--

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im Finanzplan	<input type="checkbox"/> im Ergebnisplan	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Kostenträger/ Investitionscode Sachkonto
--	--	-------------------------------	----------------------------------	--

Klimaschutz

Klimarelevanz <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, positiv <input type="checkbox"/> Ja, negativ <input type="checkbox"/> Prüfbedarf	Veränderungen CO₂-Emissionen <input type="checkbox"/> erhebliche Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Erhöhung <input type="checkbox"/> erhebliche Erhöhung	Übereinstimmung mit dem Zielen bzw. dem Zielkonzept der Stadt Siegen <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unbekannt	Bestehen alternative Handlungsoptionen? <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja
Erläuterung Klimarelevanz <div style="height: 60px;"></div>			
Begründung (Veränderung / Übereinstimmung / Handlungsoptionen) <div style="height: 100px;"></div>			

gez.

A. Schmidt
Dezernent

Die Verwaltungsvorlage wurde im Rahmen eines Workflows durch die beteiligten Adressaten digital verifiziert und weitergegeben und ist ohne Unterschrift gültig.

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich: 5
Bereich: 5/4 Schulen
Bearbeitet von: C. Uhr

Siegen, 30.08.2021

Beratungsfolge: ☒ öffentlich ☐ nichtöffentlich

Haupt- und Finanzausschuss	01.09.2021
Ausschuss für Schule und Bildung	14.09.2021
Rat	22.09.2021

Kurzbezeichnung:

**Schulentwicklungsplanung 2020/2021 - 2024/2025
- Teilplanung Gymnasien -**

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt die nachstehenden Maßnahmen.

1. Das Ganztagsgymnasium Peter-Paul-Rubens-Gymnasium, Rosterstraße 143, 57074 Siegen, nimmt am Anmeldeverfahren des Schuljahres 2022/2023 nicht mehr teil. Die Schule wird ab dem Schuljahr 2022/2023 (01.08.2022) sukzessive aufgelöst.
2. Für die Gymnasien wird gemäß § 46 Abs. 6 Schulgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen (Schulgesetz NRW – SchulG) festgelegt, dass Schülerinnen und Schülern, die in ihrer Gemeinde eine Schule der gewählten Schulform Gymnasium im Sinne des § 10 SchulG besuchen können, die Aufnahme verweigert wird, wenn die Zahl der Anmeldungen die Aufnahmekapazität der Schule übersteigt.
3. Die Zügigkeit der dann drei städtischen Gymnasien wird ab dem Schuljahr 2022/2023 auf insgesamt 10 Züge, je 3 Züge am Fürst-Johann-Moritz-Gymnasium und Gymnasium Auf der Morgenröthe sowie 4 Züge am Gymnasium Am Löhrtor, festgelegt.

Für die schulorganisatorischen Maßnahmen nach Ziff. 1 und 3 ist das Genehmigungsverfahren nach § 81 Abs. 3 SchulG einzuleiten.

Sachverhalt / Begründung:Ausgangssituation

Mit der Vorlage VL 413/2021 wurden die Ergebnisse der im Rahmen der Schulentwicklungsplanung notwendig gewordenen Prüfungen der städtischen Gymnasiallandschaft dargestellt und die folgenden Beschlussvorschläge unterbreitet.

„Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt die nachstehenden Maßnahmen.

1. Das Ganztagsgymnasium Peter-Paul-Rubens-Gymnasium, Rosterstraße 143, 57074 Siegen, nimmt am Anmeldeverfahren des Schuljahres 2022/2023 nicht mehr teil. Die Schule wird zum Schuljahresende 2021/2022 (31.07.2022) geschlossen und ab dem 01.08.2022 übergangsweise als Teilstandort des Gymnasiums Am Löhrtor, Oranienstraße 27, 57072 Siegen, geführt.
2. Für die Gymnasien wird gemäß § 46 Abs. 6 Schulgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen (Schulgesetz NRW – SchulG) festgelegt, dass Schülerinnen und Schülern, die in ihrer Gemeinde eine Schule der gewählten Schulform Gymnasium im Sinne des § 10 SchulG besuchen können, die Aufnahme verweigert wird, wenn die Zahl der Anmeldungen die Aufnahmekapazität der Schule übersteigt.
3. Die Zügigkeit der dann drei städtischen Gymnasien wird ab dem Schuljahr 2022/2023 auf insgesamt 10 Züge, je 4 Züge am Fürst-Johann-Moritz-Gymnasium und Gymnasium Am Löhrtor sowie 2 Züge am Gymnasium Auf der Morgenröthe, festgelegt.“

Ausgangslage für die in Ziff. 1 aufgeführte übergangsweise Fortführung des Peter-Paul-Rubens-Gymnasiums als Teilstandort des Gymnasiums Am Löhrtor war dabei die Annahme, dass das Gymnasium Am Löhrtor für die dann vier Züge auf weitere Räumlichkeiten außerhalb des eigenen Schulgebäudes zurückgreifen muss und es für die Schulgemeinschaften von Schulen, die gemeinsam in einem Gebäude untergebracht sind, großen organisatorischen Aufwand als auch viel Arbeit am guten Miteinander mit sich bringt – insbesondere, wenn es sich um die gleiche Schulform handelt. Zudem wird das sukzessive Auslaufen des Peter-Paul-Rubens-Gymnasiums mit einer sich stetig verkleinernden Schüler- und Lehrerschaft einhergehen. Die Organisation eines für diese zum Peter-Paul-Rubens-Gymnasium aufgenommenen Schülerinnen und Schüler geregelten und möglichst bis zum Ende ihrer Schullaufbahn anhaltenden Unterrichtsbetriebs ließe sich dabei mit der Aufgabe der Eigenständigkeit und Fortführung des Standortes als Teilstandort des Gymnasiums Am Löhrtor verlässlicher sicherstellen.

Prüfungen

Angesichts der Tatsache, dass seitens des Schulleitungsteams des Gymnasiums Am Löhrtor Nutzungsänderungen von Räumlichkeiten und Optimierungen der Stundenplangestaltung zurückgemeldet wurden, die aus Sicht der Schule im Übergang eine Vierzügigkeit im eigenen Schulgebäude möglich machen, bedurfte es näherer Betrachtungen und Abstimmungen von Schulleitung, Schulträger und Schulaufsicht.

In diesem Zusammenhang sollte auch das Raumprogramm des Gymnasiums Auf der Morgenröthe auf die Frage, inwiefern im Übergang eine Dreizügigkeit statt der aktuell festgelegten und ehemals weiterhin angedachten Zweizügigkeit möglich ist, untersucht werden.

Insofern wurde die Verwaltung in der Sitzung des Ausschusses für Schule und Bildung am 29.06.2021 beauftragt zu prüfen, ob sich die beabsichtigte Vierzügigkeit des Gymnasiums Am Löhrtor im eigenen Schulgebäude (Oranienstraße 27, 57072 Siegen) – genehmigungsfähig durch die Schulaufsicht – verwirklichen lässt.

Für den Fall, dass die Vierzügigkeit im Gebäude des Gymnasiums Am Löhrtor möglich ist, wurde festgehalten, dem Rat der Universitätsstadt Siegen vorzuschlagen, das Peter-Paul-Rubens-Gymnasium ab dem Schuljahr 2022/2023 (01.08.2022) sukzessive aufzulösen.

Hinsichtlich der Prüfungen des Raumbedarfes des Gymnasiums Auf der Morgenröthe wurde in ebendieser Sitzung des Ausschusses für Schule und Bildung beschlossen, dass – sofern im Übergang die Dreizügigkeit im Bestandsgebäude des Gymnasiums Auf der Morgenröthe umsetzbar ist – dem Rat der Universitätsstadt Siegen vorgeschlagen werden soll, je 3 Züge für das Fürst-Johann-Moritz-Gymnasium und das Gymnasium Auf der Morgenröthe sowie 4 Züge für das Gymnasium Am Löhrtor festzulegen.

Prüfergebnisse

Die Prüfung des Raumprogramms des Gymnasiums Am Löhrtor ergab Möglichkeiten zur Raumgewinnung, die eine Vierzügigkeit in einer Übergangszeit von drei bis vier Schuljahren zulassen. So können PC-Räume im Hinblick auf die voranschreitende Nutzung von mobilen digitalen Endgeräten zu Unterrichtsräumen bzw. Klassenräumen umgewandelt, punktuelle Leerstände von Unterrichtsräumen durch optimierte Stundenplangestaltungen reduziert und Räume multifunktional genutzt werden.

Auch für das Gymnasium Auf der Morgenröthe kann festgehalten werden, dass die Umwandlung von Fach- / Kursräumen (z.B. PC-Räume) bzw. deren multifunktionale Nutzung sowie optimierte Stundenplangestaltungen eine Dreizügigkeit ermöglichen. Im Gebäude selbst stehen Räumlichkeiten für eine Dreizügigkeit in einer Übergangszeit von zunächst zwei Schuljahren zur Verfügung.

Vor diesem Hintergrund wurden die Prüfergebnisse in die mit dieser Vorlage vorgestellten Beschlussvorschläge eingearbeitet.

Um im Vorfeld des später einzuleitenden Genehmigungsverfahrens die Genehmigungsfähigkeit der Beschlussvorschläge abzustimmen, wurde Kontakt zur Schulaufsicht aufgenommen. Es wurde zurückgemeldet, dass der übergangsweisen Festlegung der Zügigkeiten in der vorgeschlagenen Verteilung (Fürst-Johann-Moritz-Gymnasium 3, Gymnasium Am Löhrtor 4, Gymnasium Auf der Morgenröthe 3) im anschließenden Genehmigungsverfahren zugestimmt werden kann.

Finanzielle Auswirkungen ☐ ja ☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objektbezogene Einzahlungen	Abstimmung mit dem Kämmerer <input type="checkbox"/> ist erfolgt. <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen.
---------------------------	-----------------------	--------------------------	--	--

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im Finanzplan	<input type="checkbox"/> im Ergebnisplan	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Kostenträger/ Investitionscode Sachkonto
--	--	-------------------------------	----------------------------------	--

Klimaschutz

Klimarelevanz <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, positiv <input type="checkbox"/> Ja, negativ <input type="checkbox"/> Prüfbedarf	Veränderungen CO₂-Emissionen <input type="checkbox"/> erhebliche Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Erhöhung <input type="checkbox"/> erhebliche Erhöhung	Übereinstimmung mit dem Zielen bzw. dem Zielkonzept der Stadt Siegen <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unbekannt	Bestehen alternative Handlungsoptionen? <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja
Erläuterung Klimarelevanz 			
Begründung (Veränderung / Übereinstimmung / Handlungsoptionen) 			

gez.

A. Schmidt
Dezernent

Die Verwaltungsvorlage wurde im Rahmen eines Workflows durch die beteiligten Adressaten digital verifiziert und weitergegeben und ist ohne Unterschrift gültig.

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich: Entsorgungsbetrieb der Stadt Siegen
Bearbeitet von: Jörg Tiller

Siegen, 24.08.2021

Beratungsfolge:

☒ öffentlich

☐ nichtöffentlich

Haupt- und Finanzausschuss

01.09.2021

Rat

22.09.2021

Kurzbezeichnung:

Rückbau Weißwehr Lothar-Irle-Straße: Deckung von Mehrkosten

Beschlussvorschlag:

Der Haupt- und Finanzausschuss des Rates der Universitätsstadt Siegen beschließt, weil es sich um einen besonderen Fall von Dringlichkeit handelt, gem. § 60 Absatz 1 Satz 1 GO NRW:

Die Bereitstellung einer außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung gem. § 85 GO NRW in Höhe von 320.000,- € für die Vergabe der submittierten Bauleistungen Bauarbeiten „**Rückbau Weißwehr Lothar-Irle Straße**“ Die Deckung erfolgt durch Nichtinanspruchnahme der Verpflichtungsermächtigung bei der Investition T 130203017 -Verrohrung Hofbach-.

Der Rat der Universitätsstadt Siegen genehmigt vorstehende Dringlichkeitsentscheidung vom 01.09.2021.

Sachverhalt / Begründung:

Zur Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie ist seitens des Gewässerunterhaltungspflichtigen die Gewässerdurchgängigkeit wiederherzustellen. Die Wehranlage Lothar-Irle-Straße stellt mit einer Höhe von ca. 3 m ein unüberwindbares Hindernis für alle Lebewesen im Gewässer dar. Die Wehranlage soll zu einer Rampe 1: 30 umgebaut werden.

Die Maßnahme wurde öffentlich ausgeschrieben.

Submission: 12.08.2021

Gepl. Bauzeit

Oktober 2021

Zuschlagsfrist 18.09.2021

Gepl. Bauende

Oktober 2022

Zur Submission lagen 3 Angebote vor.

Das Angebot des günstigsten Bieters liegt mit 1.140.738,76 € ca. 36 % oberhalb der Kostenberechnung von 835.558,50 €. Die Preisdifferenz ist im Wesentlichen in der vorgeschriebenen Verwendung von speziellen Betonfertigteilen begründet. Aufgrund der aktuellen Marktlage und der stark gestiegenen Baustoffpreise verspricht eine erneute Ausschreibung kein günstigeres Ergebnis.

Die Maßnahme wird zu 90 % gefördert. Die Fördermittel in Höhe von 1.242 T € sind für 2021 bereitgestellt und werden nach 2022 übertragen.

Im Haushaltsplan 2021 sind 1.000 T€ bereitgestellt wovon 860 T€ verfügbar sind.

Begründung der Dringlichkeit:

Aufgrund der oben skizzierten Fristen müssen die Mittel bereitgestellt werden, um den preisgünstigsten Bieter beauftragen zu können. Ein Beschluss erst in der Ratssitzung am 22.09.2021 wäre nach Ablauf der Zuschlags- und Bindefrist. Des Weiteren soll mit den Bauarbeiten noch vor den im Winter üblichen hohen Wasserständen begonnen werden.

Finanzielle Auswirkungen ☒ ja ☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objektbezogene Einzahlungen	Abstimmung mit dem Kämmerer <input checked="" type="checkbox"/> ist erfolgt. <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen.
---------------------------	-----------------------	--------------------------	--	---

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im Finanzplan	<input type="checkbox"/> im Ergebnisplan	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Kostenträger/ Investitionscode Sachkonto
--	--	-------------------------------	----------------------------------	--

Klimaschutz

Klimarelevanz <input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, positiv <input type="checkbox"/> Ja, negativ <input type="checkbox"/> Prüfbedarf	Veränderungen CO₂-Emissionen <input type="checkbox"/> erhebliche Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Erhöhung <input type="checkbox"/> erhebliche Erhöhung	Übereinstimmung mit dem Zielen bzw. dem Zielkonzept der Stadt Siegen <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unbekannt	Bestehen alternative Handlungsoptionen? <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja
Erläuterung Klimarelevanz			
Begründung (Veränderung / Übereinstimmung / Handlungsoptionen)			

--

In Vertretung

gez.

Christof Quandel

Daniel Scheidt
Betriebsleitung

Die Verwaltungsvorlage wurde im Rahmen eines Workflows durch die beteiligten Adressaten digital verifiziert und weitergegeben und ist ohne Unterschrift gültig.